

9. Tätigkeitsbericht (2017/2018)

Vorwort.....	7
Bildung und Vermittlung.....	9
Besucherservice	10
Prominente Besucher	15
Pädagogische Arbeitsstelle	17
Koordinierendes Zeitzeugenbüro	19
Projekt „Linke Militanz“	21
Ausstellungen.....	23
Dauerausstellung	24
Sonderausstellungen	26
Wanderausstellungen	29
Veranstaltungen.....	31
Podiumsdiskussionen und Vorträge	32
Kulturelle Veranstaltungen	35
Gedenkveranstaltungen	36
Sonderveranstaltungen	36
Zeitzeugenbüro.....	41
Forschung.....	45
Sammlungen.....	51
Objektsammlung	52
Fotoarchiv	55
Bibliothek	56
Mediathek	57
Zeitzeugenarchiv	57
Dokumentenarchiv	58

Öffentlichkeitsarbeit.....	59
Medienbetreuung	62
Publikationen	63
Internationale Zusammenarbeit.....	65
Bautätigkeit.....	69
Bauunterhalt	70
Investive Maßnahmen	71
Haushalt.....	73
Personal.....	77
Stiftungsorgane.....	79
Anhang.....	81
Veranstaltungschronik 2017/2018	81
Stiftungsgesetz	83
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	86
Besucherreferentinnen und Besucherreferenten	87
Besucherstimmen	89



Vorwort

Nach einem Jahr voller Turbulenzen legt die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen nunmehr den Tätigkeitsbericht für die Jahre 2017 und 2018 vor. Auch im Zeitraum, den dieser Bericht abbildet, hat die Gedenkstätte mit ihrem Team eine beeindruckende Leistungsbilanz vorzuweisen. Die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war breit aufgefächert und reichte von der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit über Ausstellungen bis hin zur Forschung. Die größte Herausforderung stellte die Betreuung der erfreulich großen Zahl von Besucher, 438.000 im Jahr 2017, 473.000 2018 dar; am 11. April 2018 begrüßte Staatsministerin Prof. Monika Grütters den fünfmillionsten Besucher. Die Herausforderung konnte nur dank des unermüdlichen Einsatzes von etwa 120 Besucherbegleiterinnen und Besucherbegleitern bewältigt werden, die knapp 28.000 Führungen durch die Untersuchungshaftanstalt realisierten. Damit hat die Gedenkstätte ihre Hauptaufgabe, ein Bild vom Repressionsapparat des SED-Staates erfahrbar zu machen, erfüllt – bis an die Grenze des Leistbaren. Denn die räumlichen Kapazitäten sind endlich, nur eine bestimmte Anzahl von Besucherinnen und Besuchern können gleichzeitig durch die Gebäude geführt werden. Zugleich sind die Abnutzungserscheinungen in den historischen Gefängnisteilern mittlerweile so gravierend, dass umfangreiche Renovierungsarbeiten nötig sind.

Ein Highlight war der Besuch der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in der Gedenkstätte am 11. August 2017. Im Mittelpunkt standen die historischen Gefängnistraktate, die ab 2019 für eineinhalb Jahre saniert werden. Während der Besichtigung betonte die Kanzlerin, wie wichtig die Erinnerung an das DDR-Unrecht für die heutigen Generationen ist. Ihr Dank galt vor allem den ehemaligen Gefangenen für ihren Einsatz.

Daneben sind aber auch die anderen Tätigkeitsfelder nicht vernachlässigt worden: Die Sonderausstellung „Der rote Gott. Stalin und die Deutschen“ wurde am 25. Januar 2017 vom

Senator für Kultur und Europa eröffnet und zog mehr als 25.000 Besucher an. Der 360-Grad-Film „Was wollen Sie in Berlin?“, der auf einem Werk von Jürgen Fuchs basiert, wurde im Dezember 2017 mit dem Deutschen Reporterpreis in der Kategorie Web-Video ausgezeichnet. Im Juni 2018 bewilligte das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Projektförderung den Antrag „Landschaften der Verfolgung. Forschungsverbund zur Erfassung und Analyse der politischen Repression in SBZ und DDR“, in dessen Rahmen die Gedenkstätte mit ihren Partnern aus Universitäten und Gedenkstätten nun mehrere Teilprojekte umsetzt.

Überschattet, vor allem medial, wird diese Erfolgsbilanz durch die Krise der Stiftung im Herbst 2018, die ihren Höhepunkt mit der Ablösung des alten Direktors und seines Stellvertreters fand. Hier hat der Stiftungsrat, unterstützt durch den Beirat, klare Entscheidungen getroffen, die den Weg frei machten für einen Neustart. Maßgeblich haben Marianne Birthler und Jörg Arndt vor Ort die Neuausrichtung vorbereitet: Birthler, indem sie den Klimawandel in der Gedenkstätte einleitete, Arndt setzte strukturelle Maßnahmen, die erforderlich und bisweilen überfällig waren, um. Diese Entscheidungen haben die Stiftung auf ein neues Niveau gehoben.

Mit meiner Bestellung zum neuen Direktor – ich greife nun weit über den Berichtszeitraum hinaus – verbinde ich die Hoffnung, dass die Stiftung ruhigeres, produktives Fahrwasser erreicht. Wir, die Führungskräfte sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, müssen den eingeleiteten Klimawandel leben und neue inhaltliche Dimensionen entwickeln, ohne im Kerngeschäft, den Besucherführungen, nachzulassen.

Wir setzen dabei auch in den kommenden Jahren auf die Unterstützung und wohlwollende Begleitung von Betroffenen, Interessierten und der Politik.

Dr. Helge Heidemeyer



Bildung und Vermittlung

Besucherservice

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen klärt am Beispiel der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) über das System der politischen Justiz in der DDR auf. Ehemalige Häftlinge sowie Historikerinnen und Historiker führen über das Gelände und in die einzelnen Haftbereiche des Alt- und Neubaus. Die Besucherinnen und Besucher besichtigen den Zellentrakt und die Verhörräume der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt. Sie erfahren etwas über die Geschichte des Haftortes, den Haftbetrieb und die Erlebnisse der ehemaligen Gefangenen. Einzelbesucherinnen und -besucher haben die Möglichkeit, ohne Anmeldung an einem der öffentlichen Rundgänge teilzunehmen. Darüber hinaus erzählt die Dauerausstellung die Geschichte der Haftanstalt anhand zahlreicher Exponate und historischer Fotos, während Sonderausstellungen das Themenspektrum mit speziellen Akzentsetzungen weiten.

Die Betreuung der Gäste steht im Mittelpunkt der Stiftungsarbeit. 2018 begrüßte die Gedenkstätte insgesamt 472.851 (2017: 437.795) Personen in der ehemaligen zentralen Haftanstalt. Davon nahmen 382.523 (2017: 379.541) Interessierte an einem zweistündigen Programm teil, das aus einem 30-minütigen Einführungsfilm und einer 90-minütigen Führung bestand (siehe Abb. 1). Die Besucherzahlen sind im Vergleich zum letzten Tätigkeitsbericht um 8 Prozent (ohne Besucherinnen und Besucher der Dauerausstellung um 0,8 Prozent) gestiegen.

In den besucherstarken Monaten stieß die Gedenkstätte im Berichtszeitraum erneut an die Grenzen ihrer Kapazitäten. Die Führungen waren so stark nachgefragt, dass keine weiteren Buchungen mehr angenommen werden konnten. Besonders von März bis Juli sowie im Herbst kam es zu Engpässen. Die Zahl der registrierten Absagen (schriftlich oder telefonisch) lag im Jahr 2018 bei etwa 13.400 Personen (2017: 30.000).

Um der anhaltend hohen Nachfrage nachkommen zu können, bietet die Gedenkstätte seit 2016 auch Rundgänge durch den ehema-

ligen Sperrbezirk Hohenschönhausen und die Außenbereiche der früheren Untersuchungshaftanstalt an. Diese Führung dauert 90 Minuten und wurde in den Monaten März bis Oktober je nach Nachfrage täglich an bis zu zehn Terminen angeboten. In den besucherstarken Monaten waren auch diese Führungen ausgebucht. Insgesamt nahmen 13.894 (2017: 9.860) Gäste das Angebot wahr, das entspricht etwa 726 (2017: 514) geführten Gruppen.

Die Zahl der individuellen Besucherinnen und Besucher ist im dritten Jahr in Folge mit insgesamt 84.969 Personen zurückgegangen (2017: 92.969). Da man das ehemalige Stasi-Gefängnis nicht ohne Führung besichtigen kann, bot die Gedenkstätte an Wochenenden stündlich von 10 bis 16 Uhr Führungen für Einzelpersonen an, an Werktagen mindestens dreimal täglich (11 Uhr, 13 Uhr und 15 Uhr). Zwischen März und Oktober fanden zwischen 10 und 16 Uhr auch an Werktagen stündlich Führungen statt.

Für die zahlreichen ausländischen Gäste wurden in den besucherschwachen Wintermonaten täglich zwei englischsprachige Rundgänge angeboten (11.30 und 14.30 Uhr). Von März bis Oktober wurde das Angebot auf drei englischsprachige Rundgänge am Tag erweitert (10.30, 12.30 und 14.30 Uhr). Seit 2016 bietet die Gedenkstätte sonntags um 14 Uhr auch einen öffentlichen Rundgang in russischer Sprache an.

Das Besucheraufkommen unterlag 2017/18 erneut starken saisonalen Schwankungen. Besonders gut besucht war die Gedenkstätte in den Monaten Juni, Juli, September und Oktober. In den Wintermonaten und im August gab es die wenigsten Nachfragen. Dennoch kamen selbst im schwächsten Monat Dezember 2018 noch über 12.200 (2017: 11.078) Gäste in die Gedenkstätte. Mit 45.810 geführten Besucherinnen und Besuchern war der Oktober der besucherstärkste Monat (2017: 45.306 Personen im Oktober) (siehe Abb. 2).

Der größte Teil der Gäste kam – wie in den Vorjahren – aus den alten Bundesländern. 2018 traf dies auf 87,3 Prozent (2017: 87,6 Prozent) aller deutschen Gruppenbesucherinnen und -besucher zu. Die meisten Gruppen kamen aus den bevölkerungsreichsten Bundesländern

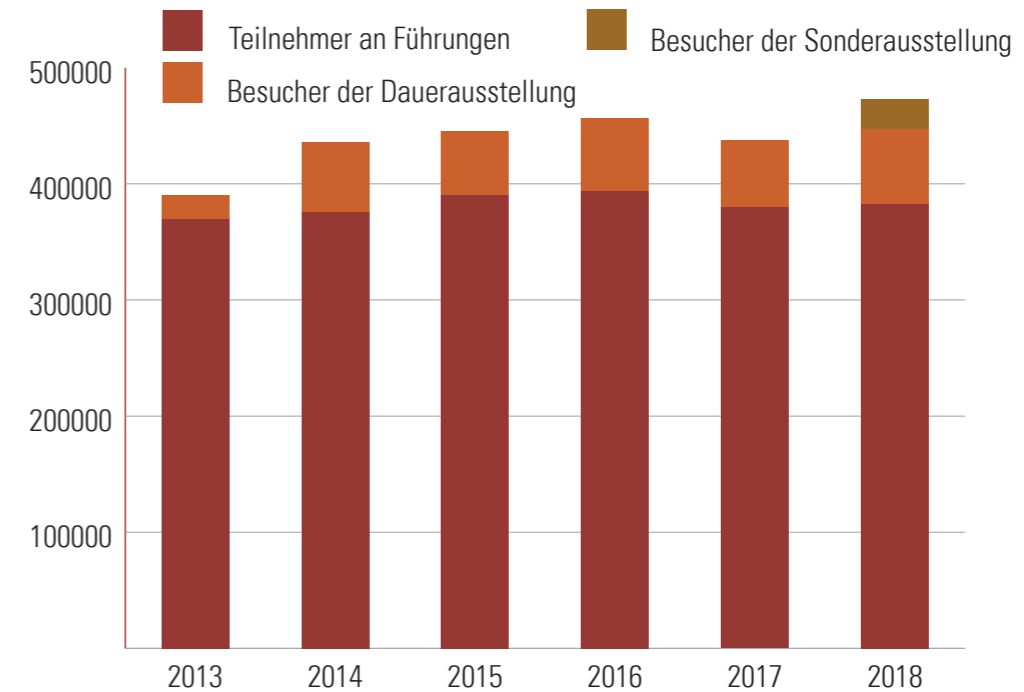


Abb. 1: Teilnehmende an Führungen und Ausstellungsbesucherinnen und -besucher 2013 bis 2018

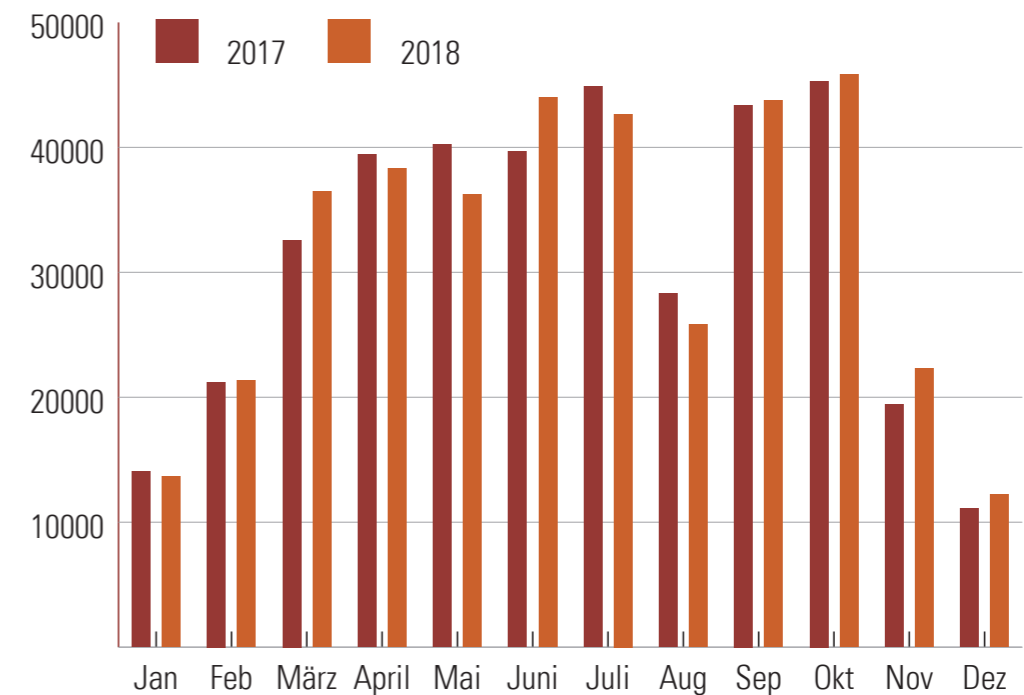


Abb. 2: Teilnehmende an Führungen pro Monat 2017 und 2018

Nordrhein-Westfalen (41.058; 2017: 43.725), Bayern (44.376; 2017: 42.691) und Baden-Württemberg (36.966; 2017: 34.858). Aus Berlin kamen zahlenmäßig deutlich weniger Interessierte (15.500 oder 7 Prozent; 2017: 14.086 oder 6,5 Prozent). Im Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen Bundeslandes war Berlin allerdings am stärksten vertreten. Die Gruppen aus den neuen Bundesländern kamen dagegen zusammen nur auf 5,8 Prozent (2017: 5,9 Prozent) (siehe Abb. 3).

Die Zahl der Gruppen mit jungen Teilnehmenden ist im Jahr 2018 weiter angestiegen. Insgesamt besuchten 226.212 Schülerinnen und Schüler (2017: 218.069) das ehemalige Stasi-Gefängnis (siehe Abb. 4). Davon kamen 160.989 aus Deutschland (2017: 157.939) und 65.223 aus dem Ausland (2017: 60.130).

Die meisten Schülerinnen und Schüler stammen aus den alten Bundesländern – vor allem aus Bayern (35.786; 2017: 33.518), Nordrhein-Westfalen (28.093; 2017: 30.387) und Baden-Württemberg (27.957; 2017: 28.840). Aus Berlin kamen 2018 im Vergleich zum Vorjahr mehr

Jugendliche in die Gedenkstätte (7.435; 2017: 6.267). Geringer fiel die Zahl der Jugendlichen aus den neuen Bundesländern aus. Im Verhältnis zur jeweiligen Gesamteinwohnerzahl in den Bundesländern relativieren sich die absoluten Zahlen zwar etwas, doch es bleibt bei der Tendenz, dass deutlich mehr westdeutsche als ostdeutsche Schulklassen die Gedenkstätte besuchen.

Den größten Anteil der Besuchergruppen im Jahr 2018 stellten weiterhin Schulen und andere Bildungseinrichtungen (64,9 Prozent; 2017: 63,4 Prozent) (siehe Abb. 5). An zweiter Stelle folgten die Einzelbesucherinnen und -besucher („Öffentliche Rundgänge“: 22,2 Prozent; 2017: 24,5 Prozent). Den drittgrößten Anteil nahmen „politische“ Besuchergruppen ein, von denen die meisten auf Initiative ihres örtlichen Bundestagsabgeordneten in die Gedenkstätte kamen („Parteien“: 7,4 Prozent; 2017: 6,6 Prozent).

Die Zahl der ausländischen Besucherinnen und Besucher ist im Jahr 2018 mit 98.580 Personen im Vergleich zum Vorjahr leicht gestie-

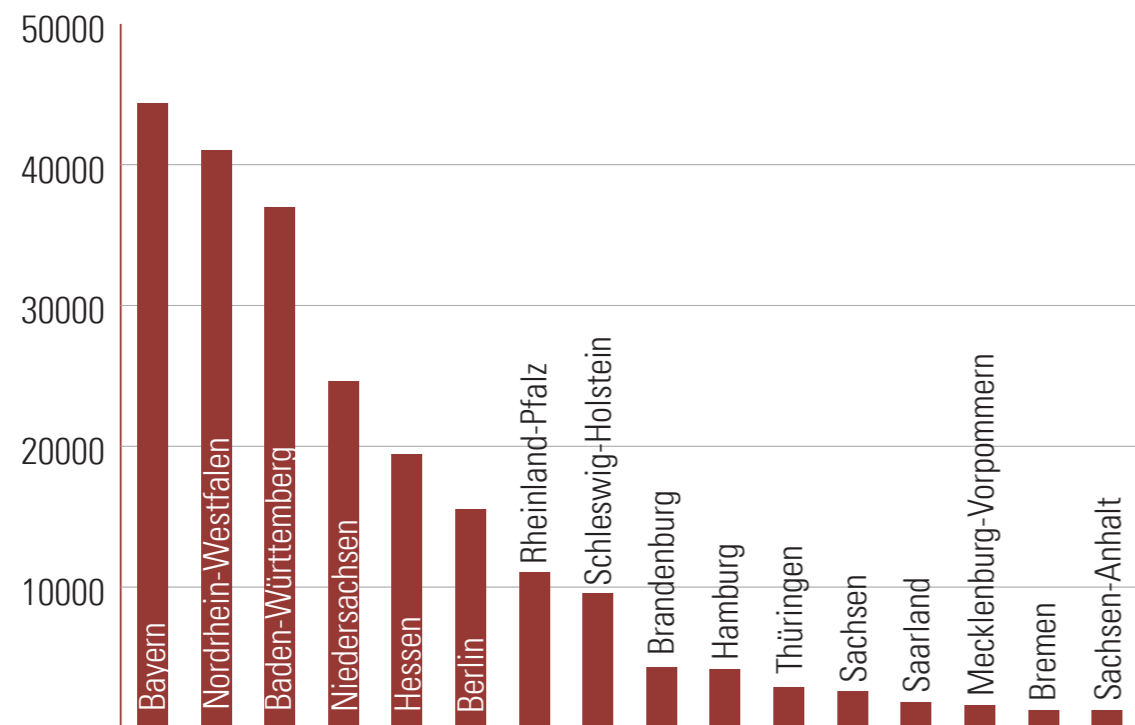


Abb. 3: Teilnehmende an Gruppenführungen nach Bundesland 2018

gen (2017: 96.161) (siehe Abb. 6). So kamen etwa 26 Prozent der Gruppenbesucherinnen und -besucher aus dem Ausland, die meisten aus Dänemark (17.092; 2017: 15.315), Norwegen (14.800; 2017: 15.065) und den Niederlanden (12.080; 2017: 12.610) (siehe Abb. 7). Um die große Nachfrage nach fremdsprachigen Führungen befriedigen zu können, wurden neue Referentinnen und Referenten mit zusätzlichen Sprachkenntnissen eingesetzt. Die Gedenkstätte bietet mittlerweile Rundgänge in den Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Norwegisch, Dänisch, Niederländisch und Russisch an.

Insgesamt fanden 2018 fast 21.800 Rundgänge statt (2017: 20.225). Die Führungen hatten durchschnittlich 18 Teilnehmende. Wie im Jahr zuvor machten mehr Historikerinnen und Historiker als Kolleginnen und Kollegen mit einem Zeitzeugen hintergrund Führungen durch die Gedenkstätte (siehe Abb. 8). Nur noch 44 Prozent der Rundgänge fanden 2018 mit ehemaligen politisch Verfolgten statt (2017: 48 Prozent). Verantwortlich für diesen Rückgang waren sowohl gesundheitliche Probleme der

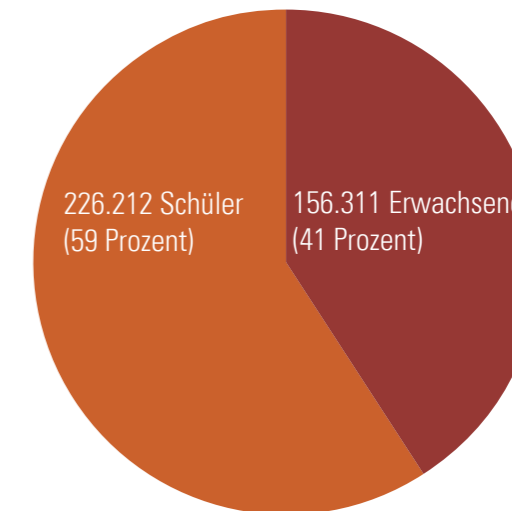


Abb. 4: Verhältnis der Schulgruppen zu Erwachsenengruppen 2018

Betroffenen als auch die zahlreichen ausländischen Interessierten, die fremdsprachige Führungen buchten. Insgesamt setzte die Gedenkstätte im Jahr 2018 106 Besucherreferentinnen und -referenten ein (2017: 110). Unter ihnen befand sich aufgrund der benannten Aspekte

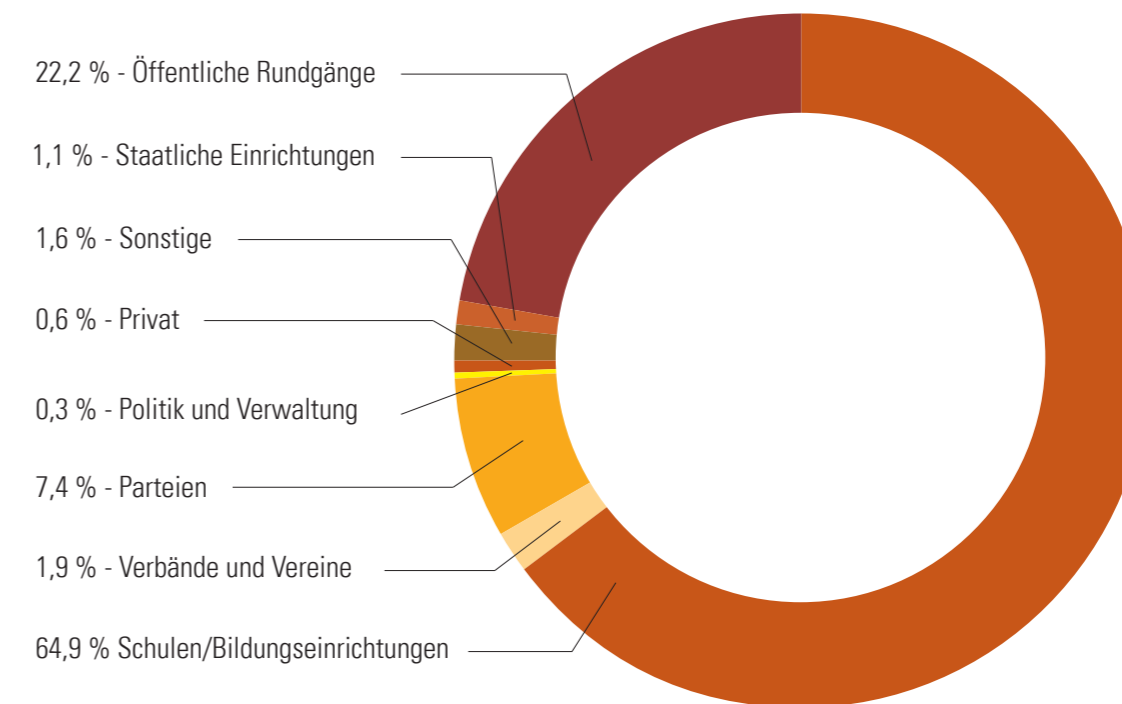


Abb. 5: Art der Gruppen 2018

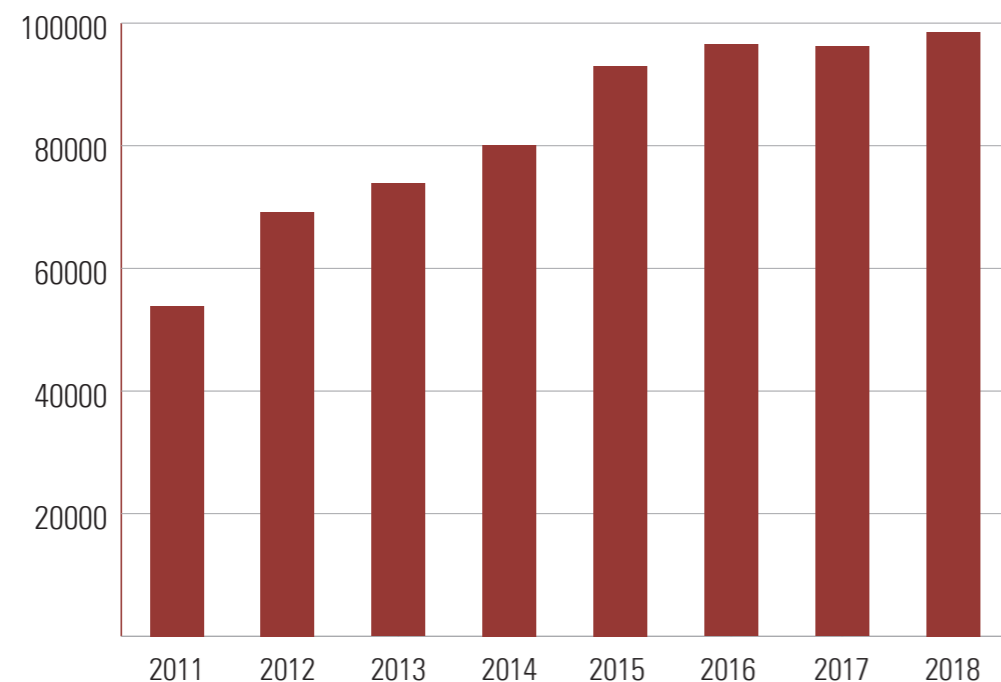


Abb. 6: Entwicklung der Gruppenbesucherinnen und -besucher aus dem Ausland 2011 bis 2018

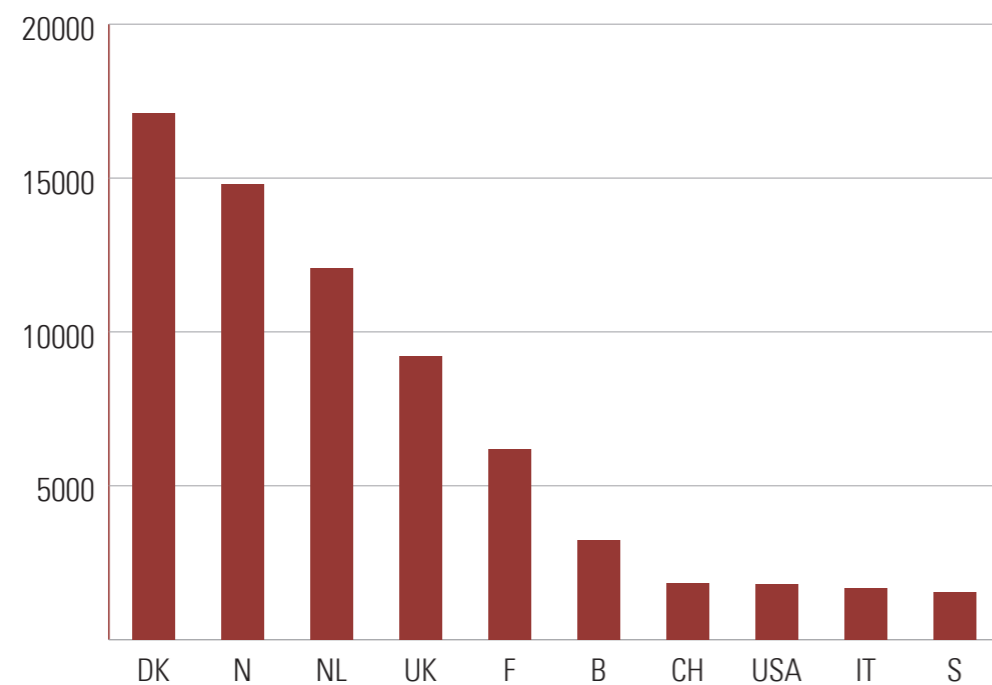


Abb. 7: Top-Ten der Herkunftsländer ausländischer Gruppen 2018

eine wachsende Zahl von Absolventinnen und Absolventen der Geschichts-, Politik- oder Kulturwissenschaften (63; 2017: 60). Die Fluktuation bei den Akademikern war in den Jahren 2017 und 2018 sehr hoch, weshalb ständig neue Referentinnen und Referenten gesucht wurden.

Für die Belegschaft und die Honorarkräfte wurden verschiedene Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt. Sie konnten zum Beispiel 2017 die ehemalige Stasi-Haftanstalt in Neustrelitz und 2018 die Gedenkstätte Bautzener Straße in Dresden besichtigen. Im August nahm die Belegschaft der Gedenkstätte an einer Führung durch das ehemalige SA-Gefängnis in der Papestraße teil.

Die Reaktionen der Gäste der Gedenkstätte – in Briefen, E-Mails, Gästebucheinträgen und in den sozialen Medien – wurden von der Gedenkstätte systematisch erfasst und in Teilen ausgewertet. Sie zeigen, dass die Besichtigung des ehemaligen Stasi-Gefängnisses einen nachhaltigen Eindruck hinterlässt. Viele äußerten sich erstaunt, dass sie bislang so wenig über den Repressionsapparat in der SED-Diktatur wussten. Andere brachten ihre Wertschätzung für die Arbeit der Stiftung zum Ausdruck.

Selbst junge Menschen, die keinen Bezug mehr zur DDR haben, zeigten sich oft tief beeindruckt. Bei Bewerbungsgesprächen in der Gedenkstätte wiesen junge Uni-Absolventinnen und Absolventen regelmäßig darauf hin, dass sie selbst einmal als Jugendliche die Gedenkstätte besucht hatten und sie sich noch gut an ihre Eindrücke erinnern könnten.

Prominente Besucher

In den letzten beiden Jahren besuchten erneut zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus dem In- und Ausland die Gedenkstätte. Während ihres Besuchs erhielten sie einen ganz persönlichen Eindruck vom System politischer Verfolgung in der DDR und würdigten die historisch-politische Bildungsarbeit der Gedenkstätte.

Einen besonderen Höhepunkt stellte der Besuch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Mer-

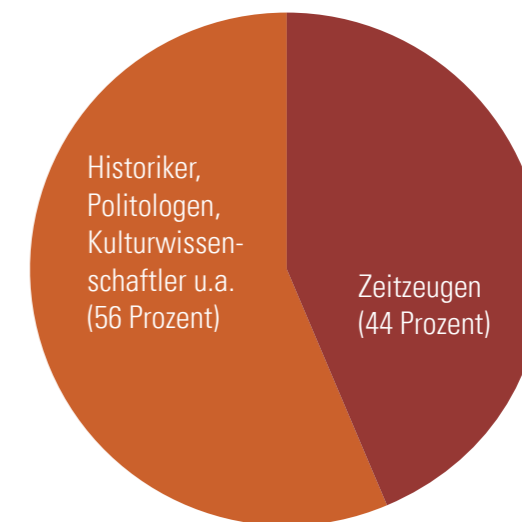


Abb. 8: Anteil der Zeitzeuginnen und -zeugen an der Zahl der Besucherreferenten 2018

kel im Vorfeld des Jahrestags des Mauerbaus im August 2017 dar. Zusammen mit Staatsministerin Prof. Monika Grütters informierte sie sich über den geplanten Bauabschnitt II und besichtigte anschließend die Dauerausstellung. Ein bedeutendes Ereignis war auch der Besuch des damaligen Bundesinnenministers, Dr. Thomas de Maizière, im September 2017. Er informierte sich über die Arbeit im Bereich der Linksextremismusprävention und tauschte sich beim Besuch eines Grundlagenseminars mit Jugendlichen und Projektverantwortlichen

Besucherdienst 2018

106 Besucherreferentinnen und -referenten

12.527 geführte Gruppen

8.989 Führungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen

11.496 Führungen mit Historikerinnen und Historikern

aus. Hervorzuheben ist auch der Besuch von Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters zur Begrüßung des fünfmillionsten Besuchers der Gedenkstätte im April 2018. Darüber hinaus besichtigten die Berliner Staatssekretärin für Justiz, Martina Gerlach, sowie der Beauf-



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit dem Zeitzeugen Arno Drefke, August 2017 (links) und Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière während eines Seminars zu Linksextremismusprävention, September 2017 (rechts)



Begrüßung des fünfmillionsten Besuchers durch Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters und den Leiter der Gedenkstätte, Dr. Hubertus Knabe, April 2018 (links) sowie Rundgang des Botschafters Südkoreas, Dr. Bum Goo Jong, mit dem Zeitzeugen Andreas Mehlstäubl, August 2018 (rechts)

tragte der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein, die Gedenkstätte.

Auch Abgeordnete aus dem Bundestag und den Landesparlamenten waren in der Gedenkstätte im Berichtszeitraum zu Gast. So etwa die Bundestagsabgeordneten Karl Schiewerling, Elisabeth Motschmann, Hans-Jürgen Irmer (CDU), Alois Rainer (CSU), Dr. Christoph Jung (FDP), der Chef der Hessischen Staatskanzlei, Staatsminister Axel Wintermeyer, und der Bezirksbürgermeister von Lichtenberg, Michael Grunst (Die Linke). Auch eine Delegation der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus unter Leitung der Fraktionsvorsitzenden Antje Kapek und Silke Gebel besuchte die Gedenkstätte. Ausländische Gäste wie der russische Politiker und Unternehmer Anatoli Tschubais, der südkoreanische Botschafter Dr. Bum Goo Jong, der erste demokratisch gewählte Staatspräsident der Mongolei, Punsalmaagiin Otschirbat, sowie der Justizminister Liechtensteins, Dr. Thomas Zwiefelhofer, zeigten ebenfalls großes Interesse an dem authentischen Ort und seiner Geschichte.

Von besonderer fachlicher Bedeutung waren Besuche verschiedener NGOs und verwandter Aufarbeitungs- und Menschenrechtsinitiativen. So begrüßte die Gedenkstätte eine Delegation des Center for North Korean Human Rights Records, eine Abordnung von Rechtsberatern aus verschiedenen Ländern in Begleitung des Völkerrechtsberaters der Bundesregierung sowie eine Delegation aus Taiwan mit dem Direktor des National Human Rights Museum, Chun-Hung Chen. Aus Russland kamen Tatjana Kursina und Viktor Schmyrow vom Gulag-Museum Perm-36 zu Besuch, um über die allgemeine Situation der Erinnerungspolitik in ihrer Heimat zu diskutieren sowie eine mögliche künftige Zusammenarbeit auszuloten. Der Direktor des Tuol Sleng Genocide Museum in Kambodscha, Visoth Chhay, besuchte die Gedenkstätte ebenso wie eine Delegation der Seodaemun Prison History Hall aus Korea und die russische Bürgerrechtlerin Olga Romanowa.

Weitere Gäste aus Wirtschaft und Medien wie etwa der Präsident und Chefjustiziar der

Microsoft Cooperation, Brad Smith, und Frank X. Shaw, Vizepräsident desselben Unternehmens. Auch die Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg, Patrizia Schlesinger, informierte sich im Rahmen einer Führung mit anschließendem Gespräch über die Geschichte des Gedenkortes.

Seit Februar 2018 konzentriert sich die historisch-politische Bildungsarbeit der Gedenkstätte in dem neu geschaffenen Bereich Bildung und Vermittlung. Sie wird seitdem von dem Historiker Jörg von Bilavsky geleitet und umfasst neben der fachlichen Betreuung der Besucherreferentinnen und -referenten die Pädagogische Arbeitsstelle (PAS), das Koordinierende Zeitzeugenbüro (KZB) sowie das vom Bundesfamilienministerium geförderte Drittmittelprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart.“ Damit deckt die Gedenkstätte inhaltlich wie thematisch ein breites Spektrum an Bildungsangeboten ab, die sich an Interessierte aller Altersstufen (ab 14 Jahren) und Bildungsniveaus richten.

Pädagogische Arbeitsstelle

Die pädagogische Arbeit besitzt für die Gedenkstätte einen hohen Stellenwert. Zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer besuchen mit ihren Klassen regelmäßig das ehemalige Stasi-Gefängnis, um ihren Schülerinnen und Schülern ein unmittelbares Bild von der SED-Diktatur und ihrem Repressionsapparat vermitteln zu können. Sie können an einer Führung (2 Stunden), an Zeitzeugen-Seminaren (3 Stunden) und Projekttagen (5 Stunden) teilnehmen. Für die Durchführung dieser Programme unterhält die Stiftung seit 2004 eine Pädagogische Arbeitsstelle (PAS). Drei Berliner Lehrerinnen und Lehrer sind von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBildJug-Fam) mit je 50 Prozent ihrer Arbeitszeit an die Gedenkstätte abgeordnet. Mit Unterstützung eines Volontärs, drei freiberuflicher Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und einer von der Gedenkstätte finanzierten pensionierten Gymnasiallehrerin betreuten sie 2018 insgesamt 132 Gruppen (2017: 108) mit 4.552 Teil-



Der Künstler und Zeitzeuge Gino Kuhn (Mitte) während eines Kunst-Workshops mit Schülerinnen und Schülern, Juli 2017



Einsatz des Mobile Learning Centers mit Hörstationen am Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953

nehmenden (2017: 2.953). Insgesamt fanden 208 Projektstage (2017: 143) statt.

Bei den Projekttagen wird der Besuch des ehemaligen Stasi-Gefängnisses durch verschiedene Quellen und Materialien historisch kontextualisiert. Genutzt wird dazu insbesondere die Dauerausstellung, in der sich die Jugendlichen selbstständig auf Spurensuche begeben können. Anhand verschiedener Exponate bearbeiten sie in Kleingruppen Fragestellungen zur politischen Haft, zum Selbstverständnis der Täter, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur oder zum Erwachsenwerden in der DDR. Anschließend präsentieren sie ihre Ergebnisse der Klasse und diskutieren am Ende auch über gegenwärtige Formen von Menschenrechtsverletzungen und Diktaturen. Für die Sonderausstellung „Der Rote Gott“ wurde ein gesonderter Projekttag entwickelt, an dem 40 Schülerinnen und Schüler teilnahmen.

Ein weiterer Projekttag widmete sich der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Thema politische Repression und Haft. Unter Anleitung des Künstlers und ehemaligen Häftlings Gino Kuhn fertigten die Teilnehmenden dabei eigene Bilder und Plastiken an. An den mehrtägigen Workshops nahmen 134 (2017: 85) Schülerinnen und Schüler teil. Die ursprünglich auf drei bis fünf Tage angelegten Workshops wurden im Jahr 2018 als Ein- und Zweitagesformate angeboten, um sie auch für Schulen außerhalb Berlins attraktiv zu machen.

Wie im Jahr 2017 führte die Gedenkstätte im Oktober 2018 auch einen Projekttag in französischer Sprache durch. Die Carl-Strehl-Schule aus Marburg buchte im März 2018 wieder einen speziell entwickelten Projekttag für blinde und sehbehinderte Jugendliche. Dabei wurden auch die Hörstationen des ehemaligen Gefangenentransporters Barkas B 1000 (Mobile Learning Center) und die Ausstellung genutzt. Durch zeitlich flexiblere Angebote wie etwa kürzere Projektstage oder Projektstage an Wochenenden kam die Gedenkstättenpädagogik den Bedürfnissen der Schulen nach.

Um auch Schulen zu erreichen, die bislang nicht in das ehemalige Stasi-Gefängnis kommen konnten, hat die Gedenkstätte das soge-

nannte Mobile Learning Center (MLC) entwickelt. Ein ehemaliger Gefangenentransporter des Staatssicherheitsdienstes wurde dazu mit Hörstationen, einer Ausstellung und Unterrichtsmaterialien auf iPads ausgestattet. Das MLC kann von Berliner Schulen gebucht werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PAS besuchen mit einem ehemaligen politischen Häftling die jeweilige Schule vor Ort, um den Projekttag durchzuführen. 2018 wurden vier solcher Projektstage (2017: 2) an Berliner Schulen realisiert.

Im Rahmen ihrer Vorbereitung für die Prüfung zum Mittleren Schulabschluss bzw. für die fünfte Prüfungskomponente beim Abitur im Fach Geschichte unterstützte die PAS sechs Schülergruppen aus vier Berliner Schulen bei ihrer Themengestaltung und Recherche.

Bei ihren Bildungsangeboten kooperierte die Gedenkstätte mit verschiedenen Partnerschulen. Mittlerweile bestehen Partnerschaften zu sieben Schulen sowie zur evangelischen Schulstiftung Berlin-Brandenburg. Mit der nahe gelegenen Manfred-von-Ardenne Oberschule wurden mehrere Projekte durchgeführt. Zudem fanden Fortbildungen für Lehrpersonal des Melanchthon- und des Manfred-von-Ardenne Gymnasiums statt. Seit mehreren Jahren arbeitet die Gedenkstätte eng mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) zusammen, von der 2018 insgesamt 32 Gruppen (2017: 19) betreut wurden. Es fanden 64 Projektstage (2017: 35) mit diesen Gruppen statt.

Die langjährige Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut wurde im Jahr 2018 durch fünf Lehrerfortbildungen fortgeführt. Hier hatten vor allem internationale Delegationen großes Interesse an der pädagogischen Arbeit der Gedenkstätte. So war eine sechsköpfige Delegation der Bildungsverwaltung aus Wolgograd/Russland zu Besuch in der Gedenkstätte ebenso wie eine Gruppe tunesischer Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler unter der Leitung des renommierten Historikers und früheren Dekans der Universität Manouba, Prof. Habib Kazdaghli. 18 Mitglieder des Diplomatischen Corps aus Lateinamerika und der Karibik besuchten im Rahmen eines Fort-

bildungslehrgangs, unter anderem zur Vergangenheitsbewältigung, die Gedenkstätte. Zehn Professorinnen und Professoren, Verbandsmitglieder und Behörden sowie Medienschaffende aus Kroatien informierten sich insbesondere über Kommunikations-, Jugend- und Bildungskonzepte.

Koordinierendes Zeitzeugenbüro

Auf enorme Resonanz stieß 2018 das Angebot des Koordinierenden Zeitzeugenbüros (KZB), das über das Onlineportal www.ddr-zeitzeuge.de deutschlandweit Zeitzeugengespräche an Schulen und Bildungseinrichtungen vermittelt. Mit 832 (2017: 707) Veranstaltungen, einer Steigerung um rund 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, und 35.839 (2017: 31.276) Teilnehmenden erzielte das zusammen mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung Berliner Mauer konzipierte Kooperationsprojekt einen enormen Buchungszuwachs.



Die Zeitzeugin Evelyn Zupke (1. Reihe, zweite von links) im Berufsbildungszentrum Norderstedt, April 2017

Das KZB profitierte dabei sowohl von seiner erfolgreichen Akquise der vergangenen Jahre als auch von der außerordentlich hohen Zu-

Statistik KZB 2018

226 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen

832 Veranstaltungen

4 bis 5 Veranstaltungen pro Schultag

35.839 Teilnehmende

friedenheit mit dem Bildungsangebot an den Schulen und bei den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Wegen des enormen Zuspruchs geriet das KZB – wie schon im Jahr 2017 – an seine finanziellen Grenzen. Das jährliche Gesamtbudget des zu 100 Prozent von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geförderten Drittmittelprojekts in Höhe von 156.000 EUR (2017: 150.000 EUR) reichte nicht aus, um die hohe Nachfrage zu bedienen. War 2017 eine Erhöhung der Finanzmittel nicht

möglich, wurde 2018 eine Aufstockung um 20.000 EUR bewilligt.

Im Rahmen der Begleitung und Qualitätssicherung von Zeitzeugengesprächen wurde eng mit der Forschungsabteilung der Gedenkstätte zusammengearbeitet. Im Jahr 2018 standen insgesamt 226 (2017: 222) Personen für die Zeitzeugenvermittlung zur Verfügung.

Pro Monat fanden durchschnittlich 69 (2017: 59) Zeitzeugengespräche statt, was 2018 rund vier bis fünf Veranstaltungen pro Schultag entspricht. Insbesondere in den Monaten November und März 2018 war die Nachfrage mit 119 bzw. 110 Terminen sehr hoch. Die meisten Veranstaltungen wurden zum wiederholten Mal in Bayern vermittelt (149; 2017: 128). Auch in Hessen hat sich die Zahl (104; 2017: 67) deutlich gesteigert. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl lag wie im Vorjahr erneut das Bundesland Thüringen (54; 2017: 29) vorn. Auch Berlin (70; 2017: 50) und Sachsen (57; 2017: 63) waren zahlreich vertreten. Stark aufgeholt haben Rheinland-Pfalz (71; 2017: 41) und Hessen (104; 2017: 67) in dieser Statistik. Wie in den Vorjahren führten zur Hälfte Gymna-



Der Zeitzeuge Thomas Mahler (2. von rechts) im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Hermeskeil, April 2017



sien Zeitzeugengespräche durch (48 Prozent; 2017: 50 Prozent).

Um die Veranstaltungen im Vorfeld vorzubereiten, bekamen Lehrkräfte „10 Tipps für ein erfolgreiches Zeitzeugengespräch an Schulen“ und ehemalige Häftlinge das Papier „10 Tipps für Zeitzeugen für ein erfolgreiches Gespräch an Schulen“ ausgehändigt. Außerdem wurden Muster von Pressemitteilungen zur Information der Medien sowie Leitfäden zum Führen von Zeitzeugeninterviews zur Verfügung gestellt. Um die Zeitzeugengespräche vor Ort weiter zu optimieren, hospitierten die beiden Projektbeschäftigten in beiden Jahren bei mehreren Veranstaltungen. Darüber hinaus intensivierten sie die Evaluation von Zeitzeugengesprächen. Regelmäßig wurde ein entsprechender Evaluationsbogen versendet. Der ausdrückliche Wunsch, dass die Zeitzeugengespräche auch zukünftig als fester Bestandteil der Geschichtsvermittlung institutionalisiert werden, konnte im Rahmen der Auswertung von 458 Evaluationsbögen nachdrücklich belegt werden. Vereinbart wurde darüber hinaus eine Kooperation mit einer Doktorandin der Universität Tübingen, die das Angebot in Baden-Württemberg begutachtet. Die Auswertung ihrer Evaluationsergebnisse erfolgt im Laufe des Jahres 2019.

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag im Mai 2017 in Berlin sowie während der Feierlichkeiten am Tag der Deutschen Einheit 2017 in Mainz und 2018 in Berlin präsentierte sich das KZB mit Zeitzeugeninterviews auch einem breiten Publikum.

Mehr denn je bewiesen unzählige Rückmeldungen von Lehrerinnen und Lehrern sowie Jugendlichen, welchen unschätzbaren Wert das Bildungsangebot für den Schulunterricht hat und wie gut es den politischen Häftlingen gelingt, die Zuhörenden durch authentisches Erzählen für das DDR-Unrecht und die Bedeutung von Demokratie und Freiheit zu sensibilisieren. Es ist davon auszugehen, dass das Interesse an den Zeitzeugengesprächen 2019, zum Jubiläum „30 Jahre Mauerfall“, und 2020, zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung, nochmalig steigen wird. Zum Jahresende 2018 lagen dem KZB bereits 110 Buchungen für das Folgejahr vor.

Projekt „Linke Militanz“

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) seit 2011 geförderte Modellprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ (LiMi) arbeitete auch 2017/18 erfolgreich mit verschiedenen Bildungseinrichtungen zusammen.

2018 wurden 370 Linksextremismus-Seminare durchgeführt (2017: 346), teils in der Gedenkstätte (138 Seminare; 2017: 191), teils vor Ort in der jeweiligen Bildungseinrichtung (232 Seminare; 2017: 155). Dies übertraf das im Förderantrag anvisierte Ziel von 250 Seminaren. Die meisten Teilnehmenden kamen 2018 mit 24 Prozent aus Niedersachsen. Regelmäßige Anfragen kommen auch aus Einrichtungen in Bayern, Baden-Württemberg und Berlin, die seit 2015 anhaltend ca. 10 Prozent der Teilnehmenden ausmachen. Zudem wurden zwei Multiplikatorenschulungen im September und Oktober 2018 in Zusammenarbeit mit dem



Präsentation eines VR-Films, produziert im Rahmen des Projekts Linke Militanz während der G20-Krawalle 2017 in Hamburg

Landeskriminalamt Berlin mit Kriminalkommissaranwärterinnen und -anwärtern durchgeführt.

Das Seminarangebot, Kernstück des Modellprojekts, stößt auf großes Interesse und wird zunächst bis Ende 2019 vom BMFSFJ gefördert. Das Familienministerium unterstützte die Präventionsarbeit mit Jugendlichen im Jahr 2018 mit Projektmitteln in Höhe von 212.803 EUR (2017: 199.000 EUR).

Statistik „Linke Militanz“ 2018

370 Präventionsseminare

davon 138 Seminare in der Gedenkstätte

und 232 in externen Bildungseinrichtungen

5.968 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Neu zum Programm gehört ein vom Projektteam konzipierter 360-Grad-Virtual-Reality-Film (VR-Film) über linksextreme Ausschreitungen während des G20-Gipfels 2017 in Hamburg. Der VR-Film zeigt Szenen demokratischer, radikaler und extremistischer Protestformen und veranschaulicht verschiedene Perspektiven auf das Phänomen „linke Militanz“. Besonders gut eignet sich dieses Format als Vorbereitung für Rollenspiele, Diskussionsrunden oder Gruppenarbeiten. Das Modul „Revolutionäre Gewalt“ wurde in ausgewählten Seminaren und während der Jugendbildungswoche eingesetzt.

Die Jugendbildungswoche fand im August 2018 statt. Sie war hinsichtlich ihrer inhaltlichen wie auch methodischen Ausgestaltung

ein großer Erfolg. Neben einem Besuch im Bundestag diskutierten die Jugendlichen mit ehemaligen Insassen des Stasi-Gefängnisses und Fachkundigen, setzten sich eigenständig mit theoretischen Grundlagen des politischen Extremismus auseinander und bekamen Einblicke in szenetypische Handlungsfelder linksextremer Gruppierungen. Die Stärkung demokratischer Werte, von Pluralismus und Partizipation standen dabei im Vordergrund.

Am Beispiel aktueller Erscheinungsformen des Linksextremismus regten die ganzjährig durchgeführten Seminare und Projektstage Jugendliche zur Auseinandersetzung mit dem historischen Kommunismus sowie derzeitigen Erscheinungen des Linksextremismus in seiner marxistisch-leninistischen oder militant-anarchistischen Ausprägung an. In Seminaren diskutierten die Teilnehmenden historische und aktuelle Phänomene von Linksextremismus im Kontext von Rechtsstaat und Demokratie. Originalquellen wie Fotos und Videos, Dokumente sowie Sachtexte und Expertenaussagen können auf Tablet-PCs abgerufen werden. Aktuelle und regionale Ereignisse und Entwicklungen wurden in die Seminargestaltung einbezogen.

Das Modellprojekt wird auf der Internetseite der Gedenkstätte und auf der Webseite des BMFSFJ vorgestellt. Außerdem ist das Projekt über diverse Internetpräsenzen verlinkt.

Am 5. Juli 2018 veranstaltete die Gedenkstätte eine Podiumsdiskussion zum Thema „Linksextremismus – eine unterschätzte Gefahr? Eine Bilanz zum Jahrestag der G20-Krawalle in Hamburg“ (siehe Veranstaltungen). In dem Zusammenhang wurde erstmalig der VR-Film vorgeführt.



Ausstellungen

Dauerausstellung

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hat den gesetzlichen Auftrag, auch durch Ausstellungen zur kritischen Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung in der kommunistischen Diktatur anzuregen. Mit der Eröffnung der Dauerausstellung „Inhaftiert in Hohenschönhausen. Zeugnisse politischer Verfolgung 1945-1989“ verfügt die Gedenkstätte seit Oktober 2013 über eine 700 Quadratmeter große Ausstellungsfläche zum Haftort Hohenschönhausen.

In der Ausstellung werden Interessierten rund 500 Exponate und mehr als 300 Fotos zum Haftort Hohenschönhausen präsentiert. Neben den Ausstellungstexten bieten 100 Medienstationen (darunter Videos, Hörstationen, interaktive Info-Terminals, digitale Blätterbücher usw.) sowie zahlreiche Grafiken, Statistiken und Organigramme vertiefende Informationen.

Ein Kernstück der Ausstellung stellen die Berichte ehemaliger Gefangener dar. Insgesamt können die Besucherinnen und Besucher 68 Aussagen zu verschiedenen Aspekten des Haftgeschehens abrufen.

In Infotexten, Kurzbiografien und Medienstationen werden zudem die Schicksale von rund 100 namentlich genannten Inhaftierten beleuchtet. Ergänzend sind in der Ausstellung 34 verschiedene Sequenzen aus Wochenschauberichten, Schulungsfilmen des MfS und weiteren Filmdokumenten zu sehen. Die Inhalte der Ausstellung werden durchgängig in den Sprachen Deutsch und Englisch angeboten.

Im Berichtszeitraum informierten sich rund 122.000 Personen (2017: 58.254; 2018: 64.160) in der Dauerausstellung, vor allem interessierte Individualbesucherinnen und -besucher, aber auch Jugendliche, die an Seminaren der Pädagogischen Arbeitsstelle teilnahmen. Im Rahmen von Kuratorenführungen wurden zudem die Beschäftigten der Gedenkstätte fort-



Besuch der Bundeskanzlerin mit Besichtigung der Dauerausstellung, August 2017: Gedenkstätdirektor Dr. Hubertus Knabe, die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie der Kurator und Ausstellungsleiter Andreas Engwert (von links nach rechts)



Prolograum der Dauerausstellung mit erkennungsdienstlichen Fotoaufnahmen ehemaliger Inhaftierter



Themeninseln zu verschiedenen Haftaspekten in der zentralen Ausstellungshalle



Historischer Leiterflur der Haftabteilung XIV



Büro des früheren Gefängnisleiters, rekonstruiert 2013 im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen

gebildet sowie Delegationen verschiedener Museen, Gedenkstätten und anderer kultureller Einrichtungen durch die Ausstellung geleitet. Im August 2017 ließ sich die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei einem Besuch der Gedenkstätte ausgesuchte Stationen der Dauerausstellung zeigen.

Sonderausstellungen

In den Jahren 2017 und 2018 arbeitete die Gedenkstätte intensiv an der Realisierung von zwei umfangreichen Ausstellungsprojekten. Als erstes großes Sonderausstellungsprojekt der Gedenkstätte wurde im Berichtszeitraum die Ausstellung „Der rote Gott. Stalin und die Deutschen“ über die Zeit des Stalinismus in der SBZ/DDR realisiert. Die Ausstellung präsentierte Motive und Objekte des inszenierten Personenkultes um Josef Stalin und illustrierte mit Hilfe von Fotos und Filmaufnahmen die gesamte Bandbreite der eingesetzten Propagandamittel. Zugleich arbeitete sie die quasireligiösen Züge der kultischen Überhöhung des Diktators heraus.

Der propagandistisch verbrämten Bilderwelt setzte die Ausstellung die maßlose Gewaltanwendung beim Umbau der Gesellschaft entgegen: Sie schilderte die verschiedenen Stationen zur Errichtung der stalinistischen Diktatur in Ostdeutschland und dokumentierte die brutale Unterdrückung politischer Gegner.

Die Recherche von Exponaten erfolgte deutschlandweit in zahlreichen Archiven bzw. Museen. Als Leihgeber einiger einzigartiger Objekte zum Stalin-Kult konnten darüber hinaus Museen in Moskau und Budapest gewonnen werden. Besondere Bedeutung kam dem Einsatz von audiovisuellen Medien zu, da sich die Selbstinszenierung des Regimes besonders gut über zeitgenössisches Filmmaterial darstellen lässt.

Am 25. Januar 2018 fand die Eröffnung der Sonderausstellung statt. Das Grußwort sprach der Berliner Senator für Kultur und Europa und Stiftungsratsvorsitzende der Gedenkstätte, Dr. Klaus Lederer. Er betonte, dass den bizarren Auswüchsen des Stalinkultes in der DDR-Gesellschaft der 40er und 50er Jahre ein

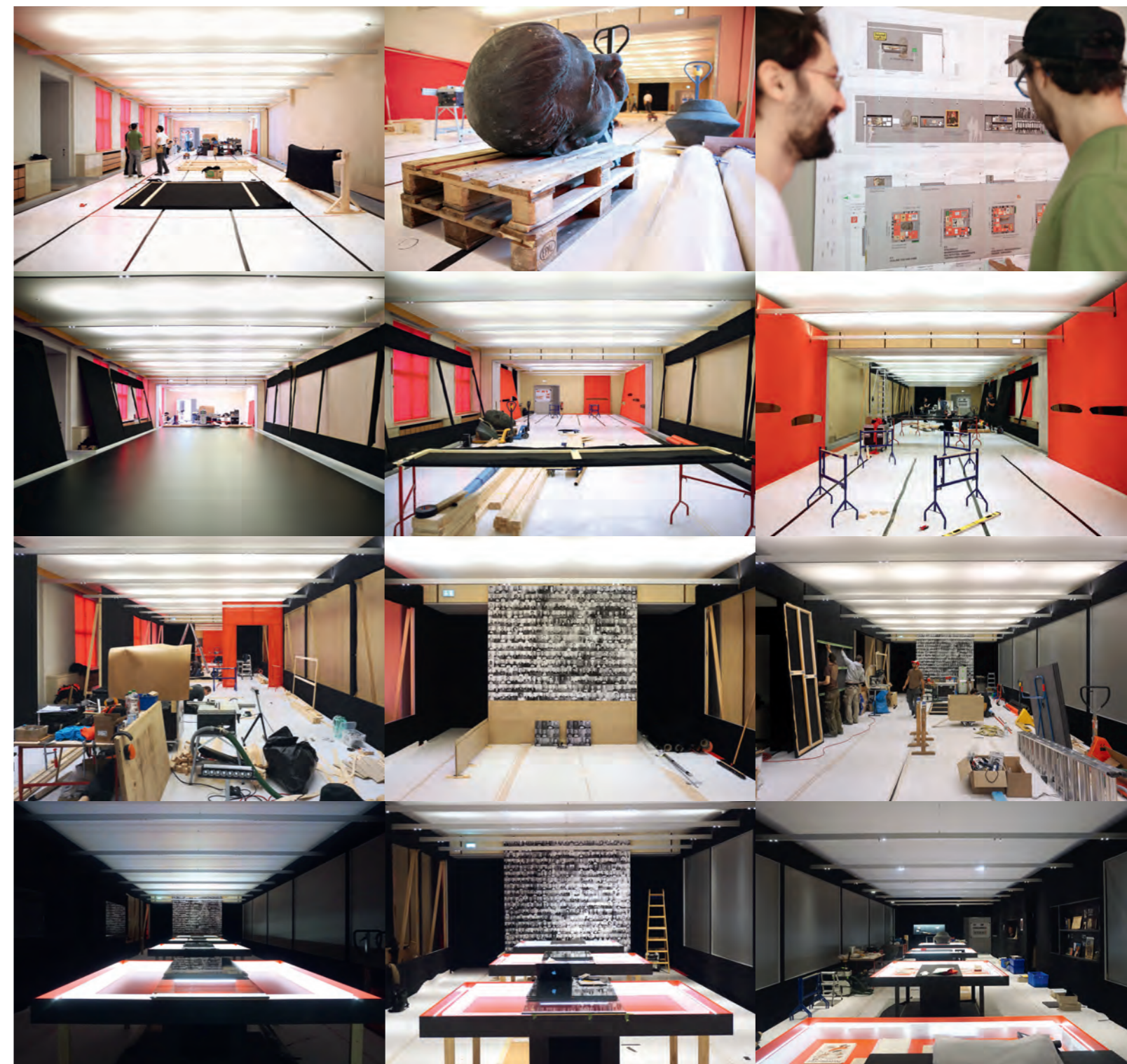
planmäßiges System der Vernichtung, Terrorisierung, Freiheitsberaubung und Ausgrenzung vermeintlicher oder wirklicher Abweichler entgegenstand. Die russische Historikerin Prof. Irina Scherbakowa von der Menschenrechtsorganisation Memorial in Moskau führte in die Ausstellung ein, gefolgt vom Kurator Andreas Engwert. Die Veranstaltung war mit 200 Personen sehr gut besucht.

Die Ausstellung war bis zum 30. Juni 2018 im 240 Quadratmeter großen Wechsellausstellungsbereich zu sehen und wurde mittels einer Plakataktion öffentlichkeitswirksam beworben. Die spektakulären Leihobjekte aus dem In- und Ausland, die audio-visuellen Stationen, die Ausstellungsgestaltung sowie die mediale Raumszenierung stießen auf große Resonanz. Die Ausstellung wurde in zahlreichen Zeitungsartikeln sowie Radio- und Fernsehbeiträgen positiv besprochen. Insgesamt haben sich knapp 26.200 Gäste die Schau angesehen.

Zur Eröffnung erschien der aufwändig gestaltete Begleitband zur Ausstellung. Der Katalog illustriert die (ost-)deutsche Ausprägung des Stalin-Kultes. In Fachbeiträgen werden die politischen Hintergründe beleuchtet und die bei der Errichtung der stalinistischen Diktatur angewandte Gewalt dargestellt. Der Band enthält Aufsätze externer Autorinnen und Autoren sowie Beiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gedenkstätte.

Während der Laufzeit der Sonderausstellung fanden mehrere Begleitveranstaltungen statt. Am 26. Februar 2018 wurde der Film „Hotel Lux“ gezeigt, der sich auf ungewöhnliche Weise den stalinistischen Säuberungen der 30er Jahre in Moskau nähert. Im Anschluss fand ein Gespräch mit dem Regisseur Leander Haußmann und den Historikern Dr. Jan C. Behrends und Dr. Hubertus Knabe statt.

Anlässlich des Todestags Stalins am 5. März bot die Gedenkstätte am Wochenende des 3./4. März 2018 Sonderführungen durch das Kellergefängnis an. Es wurde Ende der 40er Jahre als sowjetische Untersuchungsanstalt errichtet. Der sowjetische Geheimdienst NKWD und ab 1951 die DDR-Staatssicherheit verhörten und folterten politische Gegner, zu denen auch zahlreiche Kommunistinnen und



Einrichtungsphasen der Sonderausstellung „Der Rote Gott. Stalin und die Deutschen“, Laufzeit Januar bis Juni 2018



Hand der im Ungarn-Aufstand 1956 gestürzten Budapester Stalin-Statue



Modell eines geplanten zentralen Ost-Berliner Regierungsgebäudes im Stil des sowjetischen Klassizismus



Ausstellungsraum zum Bild Stalins in der Weimarer Republik und während der NS-Diktatur



Jacke eines deutschen Gulag-Häftlings, im Hintergrund mediale Rauminszenierung zum Stalin-Kult

Kommunisten zählten. Die Sonderführung zeigte an ausgewählten Beispielen, mit welcher Härte das stalinistische Regime gegen tatsächliche und vermeintliche Andersdenkende in Deutschland vorging.

Am 18. April 2018 präsentierte Prof. Dr. Jörn Düwel, Professor für Geschichte und Theorie der Architektur, bei einem Vortrag die sowjetischen Pläne in der frühen DDR, das kriegszerstörte Zentrum Berlins und andere ostdeutsche Städte nach Moskauer Vorbild neu aufbauen zu lassen – mit repräsentativen Magistralen im „Zuckerbäckerstil“, gigantischen Turmhochhäusern und riesigen Kundgebungsplätzen.

Der Begleitband zur Ausstellung „Der Rote Gott. Stalin und die Deutschen“ wurde am 17. März 2018 im Rahmen der Leipziger Buchmesse im Museum in der Runden Ecke Leipzig vorgestellt.

Am 12. Juni 2018 stellte die Gedenkstätte eine neue Biografie des sowjetischen Diktators Josef Stalin vor. Der Osteuropaexperte und Autor des Buches „Stalin – Der Herr des Terrors“ Prof. Dr. Helmut Altrichter las aus seinem neuen Werk, in dem er Bilanz seiner jahrzehntelangen Forschungen zu dem sowjetischen Diktator zieht. Prof. Dr. Hermann Wentker, Leiter der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte, führte in das Thema ein.

Parallel dazu wurde 2017 und 2018 das Ausstellungsprojekt „Stasi in Berlin. Überwachung und Repression in Ost und West“ vorbereitet. Die Ausstellung (Eröffnung März 2019) thematisiert die Mittel und Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit, die Stadt Berlin und ihre Bevölkerung unter Kontrolle zu halten.

Das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB) großzügig finanzierte Projekt startete im September 2016. Für die Umsetzung wurde ein dreiköpfiges wissenschaftliches Projektteam zusammengestellt.

Szenografischer Mittelpunkt ist ein hochaufgelöstes Luftbild Berlins, das flächig unter- bzw. hinterleuchtet wird. Die Luftaufnahme aus dem Jahr 2017 ist auf eine begehbare Bodenfläche sowie zwei Wandflächen verteilt



DER ROTE GOTT
Stalin und die Deutschen

Begleitband zur Sonderausstellung „Der Rote Gott. Stalin und die Deutschen“, erschienen 2018 im Lukas Verlag

und erstreckt sich insgesamt auf 170 Quadratmeter. Das Luftbild soll mithilfe interaktiver Multimedia-Guides (mobilen Tablet-Computern) individuell erschlossen werden. Zudem soll das Ineinandergreifen des Repressionsapparates anhand von konkreten Maßnahmen gegen einzelne Betroffene erläutert werden. In der Zusammenschau von 14 individuellen Geschichten, die jeweils an mehreren verschiedenen Orten im Stadtraum spielen, wird eine Infrastruktur der politischen Unterdrückung und Überwachung erkennbar, die eine neue Sicht auf die Stadt gewährt.

Um die Erzählung besser im Stadtbild der Gegenwart zu verankern, wurden im Laufe des Jahres 2018 für das Projekt über 50 Außendrehen an relevanten Berliner Schauplätzen sowie zahlreiche Interviews aufgenommen.

Wanderausstellungen

Um weitere Leihnehmer für die Wanderausstellung „Gewalt hinter Gittern. Gefangenemisshandlungen in der DDR“ zu gewinnen, wurden im Jahr 2017 Schreiben an Landtage, Staatskanzleien, Oberbürgermeister und an

verschiedene Kulturinstitutionen versandt. Sehr interessiert war das Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland. Die von den Gedenkstätten Bautzen und Berlin-Hohenschönhausen gemeinsam erarbeitete Ausstellung war daraufhin von Juni bis Mitte September 2018 in Schwerin zu sehen.



Die Sonderausstellung „Gewalt hinter Gittern. Gefangenenmisshandlungen in der DDR“ im Schweriner Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, Laufzeit Juni bis September 2018

Darüber hinaus wurde im Berichtszeitraum die Plakatausstellung „Jugendopposition in der DDR“ der Robert-Havemann-Gesellschaft und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im ersten Obergeschoss der Gedenkstätte gezeigt.



Veranstaltungen



Impressionen während der Eröffnung der Sonderausstellung „Der Rote Gott. Stalin und die Deutschen“, Januar 2018

Veranstaltungen gehören neben der Bildungs- und Ausstellungsarbeit zum Stiftungsauftrag der Gedenkstätte. In den Jahren 2017 und 2018 fanden insgesamt 38 Veranstaltungen statt, darunter Musik- und Theateraufführungen, Vorträge und Diskussionen, Gedenk- und Sonderveranstaltungen. Ein Highlight war die Eröffnung der Sonderausstellung „Der Rote Gott. Stalin und die Deutschen“ Anfang 2018 (siehe Ausstellungen). Die Gedenkstätte nutzte die Vorteile von Kooperationen, um weitere Multiplikatoren zu gewinnen, Kosten einzusparen und Veranstaltungsräume in der Berliner Innenstadt zu nutzen. Partner waren beispielsweise das Deutsch-Russische Museum Karlshorst, die Bundesstiftung Aufarbeitung, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Topographie des Terrors und das Radialsystem Berlin.

Die Gedenkstätte konnte rund 8.000 Menschen bei ihren Veranstaltungen begrüßen. Besucherinnen und Besucher bei Außenveranstaltungen wie dem Tag der Deutschen Einheit oder dem Kirchentag sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Podiumsdiskussionen und Vorträge

Historische Themen und aktuelle Debatten wurden in der Regel in Form von Vorträgen oder Podiumsdiskussionen behandelt.

Der Historiker Peter Erler erläuterte am 4. April 2017 im Deutsch-Russischen Museum Karlshorst das System der „GPU-Keller“ und der inneren Gefängnisse der sowjetischen Geheimpolizei in Berlin von 1945 bis 1955. Ursprünglich als Bestrafung für nationalsozialistische Täter geplant, entwickelten sich die Haftorte in der SBZ/DDR bald zu einem entscheidenden Bestandteil des politischen Repressionssystems gegen die einheimische Bevölkerung.

Am 11. Mai 2017 stellte die Gedenkstätte einen Virtual-Reality-Film vor, in dem die Zuschauer selbst zum Häftling werden. Der Kurzfilm basiert auf den „Vernehmungsprotokollen“ des DDR-Dissidenten und Schriftstellers



Der Architekturhistoriker Prof. Dr. Jörn Düwel über die Pläne, Berlin nach Moskauer Vorbild wiederaufzubauen, April 2018

Jürgen Fuchs. Die Premiere fand in Anwesenheit seiner Witwe Lilo Fuchs, des Schauspielers Udo Schenk sowie des früheren Stasi-Häftlings Hans-Jochen Scheidler statt. In einer anschließenden Diskussion wurden neue Formen der Vermittlung in der politischen Bildung diskutiert. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit IntoVR, dem Deutschen Spionagemuseum und dem Filmnetzwerk Berlin statt.

Am 11. September 2017 erinnerte die Gedenkstätte in der Berliner Gethsemanekirche an aus politischen Gründen in der Türkei inhaftierte Deutsche. Der türkischstämmige Bundestagsabgeordnete Özcan Mutlu, der Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“, Christian Mihr, und die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier sowie der Beauftragte für die Türkei im Auswärtigen Amt, Dr. Christian Hellbach, diskutierten unter anderem über das Schicksal des Berliner Politologen Peter Steudtner, der sich zu dem Zeitpunkt seit Monaten in türkischer Haft befand.

Am 8. November 2017 beschäftigte sich die Gedenkstätte mit der weltweit totalitärsten kommunistischen Diktatur: Nordkorea. In Ko-

operation mit der NGO „Herz für Korea e.V.“ und dem „North Korea Reform Radio“ diskutierten geflüchtete ehemalige Mitarbeiter der Propagandamaschinerie über die Informationslage in dem abgeschotteten Land. Der Historiker Dr. Christoph Classen vom Zentrum für zeithistorische Forschung in Potsdam gab einen Überblick über die Situation der Medien in der DDR.

Der Strafvollzug im heutigen Russland und in der DDR war Thema einer Veranstaltung am 15. November 2017 in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Drei ehemalige politische Häftlinge aus Russland trafen auf drei DDR-Zeitzeugen. Die Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte, der russischen NGO „Russland hinter Gittern“ und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fand in Anwesenheit der russischen Menschenrechtsaktivistin Olga Romanowa statt.

Am 23. November 2017 beschäftigte sich die Gedenkstätte mit der Frage, wie in und von kommunistischen Staaten politische Positionen und Machtgefüge in Bezug auf Menschenrechte ausgehandelt und gerechtfertigt wurden. Die Veranstaltung fand im Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) an der Humboldt-Universität zu Berlin statt. Es

diskutierten unter anderem die Historikerinnen und Historiker Dr. Christian Halbrock, Ernst Wawra und Dr. Annette Weinke.

Die engen Verflechtungen zwischen Politik, Sport und Doping in Russland waren Thema einer Veranstaltung am 19. März 2018 im Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrum in Berlin-Mitte. Einen Tag nach der Präsidentenwahl und drei Monate vor der Fußball-Weltmeisterschaft diskutierten Expertinnen und Experten über die Rolle des Staatsdopings in Putins Reich. Auf dem Podium saßen Jürgen Rollmann, WM-Koordinator 2006 der Bundesregierung und ehemaliger Fußballprofi, der Journalist Dr. Richard Herzinger und die Radiojournalistin Jessica Sturmberg sowie die frühere Leistungssportlerin und damalige Vorsitzende des Doping-Opfer-Hilfe e.V., Prof. Ines Geipel.

Die Errichtung einer Karl-Marx-Statue in Trier nahm die Gedenkstätte am 9. April 2018 zum Anlass, sich kritisch mit dem Geschenk der Kommunistischen Partei Chinas an die Geburtsstadt von Karl Marx auseinanderzusetzen. Die Veranstaltung fand in der Europäischen

Akademie für Bildende Kunst in Trier statt. Es diskutierten der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Dieter Dombrowski, die Präsidentin des Unabhängigen Chinesischen PEN Clubs, Tienchi Martin-Liao, der Trierer Baudezernent Andreas Ludwig sowie der damalige Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe. Von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner wurde eine Videobotschaft eingespielt.

Am 24. April 2018 beschäftigte sich die Gedenkstätte mit den äußerst aktuellen Themen Desinformation und Fake News. Zu den Fragen, was uns die Erfahrungen mit den Desinformationskampagnen des Staatssicherheitsdienstes lehren und wie autoritäre Regime Fake News heute für ihre Zwecke einsetzen, diskutierten unter anderem die Journalisten Hans-Ulrich Jörges und Sven Felix Kellerhoff, der Historiker Dr. Hubertus Knabe sowie eine Vertreterin des Chaos Computer Clubs. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung statt.



Diskussion mit Özcan Mutlu (2. von rechts) und Dr. Christian Hellbach (rechts) zur Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei, September 2017



Jung Hyun Kim (rechts), ehemaliger Mitarbeiter der nordkoreanischen Propagandaabteilung, November 2017

Kulturelle Veranstaltungen

Anlässlich des 27. Jahrestags der Schließung der Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen traten am 21. September 2017 die Magdeburger Rockband „Klosterbrüder“ und die Sängerin Beata Kossowska auf. Das Open-Air-Konzert war der Höhepunkt der Feierlichkeit nach einem Gespräch mit den Mitgliedern der Band über ihre Erfahrungen in der DDR mit Zensur und Gängelung. 1981 hatten sämtliche Mitglieder der Band einen gemeinsamen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik gestellt. Ihr Schritt bedeutete das Ende der Band, alle Musiker erhielten Berufsverbot. Zwei von ihnen wurden verhaftet. Ihr erstes gemeinsames Konzert in Berlin war eine Hommage an den Tag der Deutschen Einheit, an dem das Gefängnis in Hohenschönhausen letztendlich geschlossen wurde. Mehr als 200 Gäste kamen zu dieser Veranstaltung.

Am 14. Dezember 2017 kooperierte die Gedenkstätte mit dem Radialsystem Berlin, wo das Musiktheaterstück „Volk unter Verdacht“ der Musikerin und Regisseurin Ulrike Ruf uraufgeführt wurde. Es basiert auf den „Vernehmungsmotivprotokollen“ des Schriftstellers und

Zum Jahrestag der G20-Ausschreitungen in Hamburg fand am 5. Juli 2018 in der Gedenkstätte eine Diskussionsveranstaltung mit Partnern aus Wissenschaft, Politik und innerer Sicherheit statt. Sie diskutierten über die Gründe des Gewaltausbruchs und über mögliche Gegenstrategien. Zu Beginn der Veranstaltung stellte die Gedenkstätte einen neuen 360-Grad-Film über die Krawalle vor. In der anschließenden Podiumsdiskussion kam der Hamburger Drogeriebesitzer Christoph Wöhlke, der Bundesjugendvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Niels Sahling, der Dresdner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Werner Patzelt sowie Stephan Mayer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, zu Wort. Tom Schreiber, verfassungspolitischer Sprecher der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, nahm zur Frage Stellung, wie Berlin mit dem Thema Linksextremismus umgehen sollte.

Zusammen mit den syrischen Frauenrechtsorganisationen „Women Now for Development“ und „Families for Freedom“ organisierte die Gedenkstätte am 6. September 2018 einen Erfahrungsaustausch zwischen syrischen Menschenrechtsaktivistinnen und Opfern der SED-Diktatur. Nach einer Zeitzeugenführung durch das ehemalige Stasi-Gefängnis berichteten Vertreterinnen beider Opfergruppen während einer Abendveranstaltung über ihre Erlebnisse. Angesprochen wurden sowohl die aktuelle Situation in Syrien als auch Deutschlands Erfahrungen bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen.

Am 18. Oktober 2018 kamen Historiker und Publizisten in die Gedenkstätte, um über Rechtsextremismus und den staatlich verordneten Antifaschismus in der DDR zu sprechen. Fremdenfeindlichkeit war wesentlich weiter verbreitet, als es die SED zugeben wollte. Die Historiker Dr. Harry Waibel und Dr. Christian Booß sowie der Publizist Konrad Weiß diskutierten über die Rolle der Partei, des Ministeriums für Staatssicherheit und die Auswirkungen auf das Demokratieverständnis in der heutigen Bundesrepublik.



Podiumsdiskussion mit Journalisten zum Thema Fake News gestern und heute in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, April 2018

Dissidenten Jürgen Fuchs. Der Schriftsteller, Bürgerrechtler und Psychologe saß Monate in Stasi-Haft in Berlin-Hohenschönhausen. Nach seiner Entlassung und Ausreise in die Bundesrepublik verarbeitete er seine Haft Erfahrungen literarisch. Vor der Aufführung fand ein Gespräch mit Ulrike Wolf und der Witwe von Jürgen Fuchs, Lilo Fuchs, statt.

Gedenkveranstaltungen

Traditionell findet jedes Jahr im Herbst in Kooperation mit dem Lichtenberger Bezirksamt auf dem Friedhof Gärtnerstraße/Ecke Rhinstraße in Hohenschönhausen eine Kranzniederlegung in Erinnerung an die Toten des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 statt. Das Lager bestand zwischen Mai 1945 und Oktober 1946. Von den etwa 20.000 Insassen starben über 1.000 durch Hunger, Kälte und Krankheit. 1994 wurden bei Suchgrabungen die sterblichen Überreste von 127 Toten gefunden. Diese wurden 1995 nachbestattet. Vier Jahre später wurden dort die Gebeine von weiteren 132 Menschen beigesetzt. Ihnen ist der „DenkOrt“ auf dem Friedhof unweit der Gedenkstätte gewidmet. Die Gedenkveranstaltungen fanden am 8. November 2017 sowie am 9. November 2018 statt.

Weitere Gedenktage nahm die Gedenkstätte zum Anlass, thematische Sonderführungen zu veranstalten. Zum Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 legten die öffentlichen Rundgänge einen Schwerpunkt auf das Kellergefängnis, in dem nach dessen Niederschlagung 350 Menschen eingesperrt waren.

Zum Internationalen Tag der Menschenrechte fanden am 9. und 10. Dezember 2017 kostenlose Rundgänge statt. Die Gedenkstätte präsentierte erstmals Bereiche, in denen männliche Strafgefangene der Staatssicherheit bis 1989 in Werkstätten arbeiten mussten.

Am Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 2018 organisierte die Gedenkstätte Sonderführungen mit Zeitzeugen durch das ehemalige Untersuchungsgefängnis der Volkspolizei in der Keibelstraße. Das original erhaltene Polizeigefängnis in der Nähe des Alexan-

derplatzes stand seit Jahren leer und wird nur selten der Öffentlichkeit präsentiert.

Sonderveranstaltungen

Wie jedes Jahr beteiligte sich die Gedenkstätte auch 2017/18 an diversen Veranstaltungsreihen. Sie fanden in Kooperation mit anderen Einrichtungen oftmals berlinweit statt.

Zum Internationalen Museumstag, der jährlich im Mai stattfindet, während der Langen Nacht der Museen am letzten Augustwochenende und zum Tag des offenen Denkmals am zweiten Septemberwochenende öffnete die Gedenkstätte ihre Tore. Besucherinnen und Besucher hatten die Möglichkeit, in der Regel unzugängliche oder nur eingeschränkt sichtbare Bereiche zu besichtigen. Dazu gehörten Häftlingsunterkünfte für Frauen, die Küche und Wäscherei im Keller des Neubaus, eine in den 70er Jahren eingebaute Sauna für MfS-Mitarbeiter im Altbau sowie das Haftkrankenhaus. Knapp 5.000 Menschen nahmen allein diese Angebote wahr.

Im Rahmen des 36. Deutschen Evangelischen Kirchentages bot die Gedenkstätte verschiedene Möglichkeiten, sich aus erster Hand über das Leben politisch engagierter Christinnen und Christen in der DDR zu informieren. Sie spielten eine Schlüsselrolle beim Sturz der SED-Diktatur im Herbst 1989. Für die Beteiligten bedeutete dies oft jahrelange Ausgrenzung und Verfolgung, an der nicht selten auch die Kirchenobrigkeit Anteil hatte. Drei Zeitzeugen – Dr. Carlo Jordan, Gilbert Furian und Andreas Thieme – berichteten in Interviews von ihren Erfahrungen. Während des Kirchentages präsentierte die Gedenkstätte auf dem Messegelände und an der Topographie des Terrors an Infoständen zwei originale Gefangenentransporter der Staatssicherheit.

Jährlich feiert die Bundesrepublik am 3. Oktober den Tag der Deutschen Einheit mit einem großen Fest. 2017 fanden die Feierlichkeiten in der Mainzer Innenstadt, ein Jahr später im Berliner Tiergarten auf der Straße des 17. Juni statt. Für die Gedenkstätte ist der 3. Oktober ein besonderes Datum, da die Haftanstalt mit dem Tag der Wiedervereinigung endgültig ge-



Erinnerung an die Toten des Speziallagers Nr. 3 mit dem Zeitzeugen Heinz-Joachim Schmidtchen, November 2017



Sonderführung durch das Kellergefängnis zum Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953, Juni 2017



Die Zeitzeugen Harry Santos (links) und Hartmut Richter (rechts) bei Rundgängen durch die ehemalige Untersuchungsanstalt der DDR-Volkspolizei in der Keibelstraße, August 2018



schlossen wurde. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichteten bei öffentlichen Gesprächen über ihre Erfahrungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Erstmals wurden die von der Gedenkstätte produzierten VR-Filme vorgestellt.

Jedes Jahr im Herbst veranstaltet die Gedenkstätte in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung eine wissenschaftliche Konferenz: das Hohenschönhausen-Forum. Das 10. Forum mit dem Titel „Kommunismus und Gewalt – Ideologie und Praxis eines Herrschafts-

systems“ fand am 6. November 2017 statt und stand unter dem Zeichen des 100-jährigen Jubiläums der russischen Oktoberrevolution. Im ersten Panel ging es um die Bedeutung der Gewalt in den Theorien des Kommunismus und während der Revolutionen in Russland und Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges. Im zweiten Panel wurde die Rolle der Gewalt in Staaten wie der Sowjetunion, der DDR oder Kambodscha erörtert, in denen kommunistische Parteien die Macht ausübten. Das dritte Panel widmete sich aktuellen Erscheinungen wie dem Linksextremismus in Berlin und der aktuellen Situation in Nordkorea und Venezuela. Zu den Referenten zählten namhafte Kommunismus-Forscher wie Prof. Dr. Jörg Baberowski, Dr. Gerd Koenen oder der irische Historiker Mark Jones. Die damalige Ministerpräsidentin des Saarlands, Annegret Kramp-Karrenbauer, hielt die Hohenschönhausen-Re-



Zeitzeugengespräche mit Gilbert Furian (links oben) und Andreas Thieme (rechts) sowie Infostand mit Original-Gefangenentransportern auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag, Mai 2017



10. Hohenschönhausen-Forum „Kommunismus und Gewalt – Ideologie und Praxis eines Herrschaftssystems“: Rede der damaligen saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (links), rechts der moderierende Journalist Sven Felix Kellerhoff, November 2017



11. Hohenschönhausen-Forum „Überwachungsstaat?! – Observation und Kontrolle in Geschichte und Gegenwart“: Einführungsvortrag der früheren Stasiunterlagenbeauftragten Marianne Birthler (rechts), November 2018

de mit dem Titel „Was wir aus der Geschichte des Kommunismus lernen können.“

Das 11. Forum fand am 5. November 2018 auf dem künftigen Campus der Demokratie in Berlin-Lichtenberg statt. Die Konferenz, bei der erstmals auch der BStU Kooperationspartner war, trug den Titel „Überwachungsstaat?! – Observation und Kontrolle in Geschichte und Gegenwart.“ Im Mittelpunkt stand die Frage, wie viel staatliche Kontrolle eine Demokratie verträgt und was die maßgeblichen Unterschiede zu einer Diktatur sind. Im ersten Panel

diskutierten die Teilnehmenden über Funktion und Folgen staatlicher Überwachung und Kontrolle. Das zweite Panel beschäftigte sich mit der Rolle der Überwachung im Nationalsozialismus, der Sowjetunion, der DDR und dem heutigen China. Im letzten Panel widmeten sich die Beteiligten der Frage, inwieweit staatliche Observation mit Demokratien vereinbar ist. Zu den Referierenden zählten unter anderem der Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, Prof. Dr. Andreas Nachama, die Historikerin Dr. Daniela Münkel, der Politikwissenschaftler Rudolf van Hüllen und der frühere Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar.



Zeitzeugenbüro



Anneliese Gabel, Jahrgang 1927, im Zeitzeugeninterview mit der Gedenkstätte zu ihrer Zeit im „U-Boot“ 1947/48, der sowjetischen Untersuchungshaftanstalt



Manfred Köllner (2. von links), inhaftiert 1971 in Hohenschönhausen wegen angeblicher Spionagetätigkeiten, mit Konstantin Neumann, Franziska Richter und Felix Meyer aus dem Zeitzeugenbüro der Gedenkstätte (von links nach rechts)

Das Zeitzeugenbüro (ZZB) diente auch in den Jahren 2017/18 als bundesweiter Ansprechpartner für alle ehemaligen Häftlinge, die ihre persönlichen Erinnerungen an die erlebte Haftzeit und die damit verbundenen Umstände für die Nachwelt erhalten möchten. Im Zusammenhang mit familiengeschichtlichen Recherchen und der Schicksalsaufklärung wurde das ZZB auch zunehmend von Angehörigen als Kontaktstelle genutzt.

Die biografischen Hinterlassenschaften und Quellen werden im Zeitzeugenarchiv gesammelt, fachgerecht gelagert und verzeichnet sowie unter Berücksichtigung der Urheberrechte der allseitigen Nutzung zugänglich gemacht. Die Art und Weise der Aufzeichnung, des Umfangs und die Verwendung dieser Quellen werden von den Zeitzeugen selbst bestimmt und unterliegen den Bestimmungen des Datenschutzes.

Im Zeitzeugenbüro der Gedenkstätte sind die Oral-History-Tätigkeiten in mehreren aufeinanderfolgenden Arbeitsschritten organisiert. Zunächst findet eine Kontaktaufnahme mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen statt. Dies geschieht entweder durch persönlichen Kontakt in der Gedenkstätte, auf Veranstaltungen, durch Angehörige bzw. Bekannte oder über schriftliche und telefonische Anfragen. Außerdem ermittelt das Zeitzeugenbüro selbstständig Kontakte der ehemaligen Häftlinge durch Literatur- und Archivrecherchen und beantragt Auskünfte aus Melderegistern. In den Jahren 2017 und 2018 konnten 75 neue beständige Kontakte hergestellt werden.

Anschließend bittet das Zeitzeugenbüro die ehemaligen Häftlinge, einen standardisierten Fragebogen mit den wichtigsten Angaben zu ihrer Haft auszufüllen. Wenn die Betroffenen dazu bereit sind, werden mit ihnen nach einem Vorgespräch und Unterzeichnung einer Datenschutzvereinbarung halboffene, narrative, leitfadengestützte Videointerviews geführt, die durchschnittlich anderthalb bis drei Stunden dauern. Die Gedenkstätte verfügt über einen speziell eingerichteten Aufnahmerraum mit der notwendigen technischen Ausrüstung. Die Interviews werden gesichert und in ein DVD-Format konvertiert.

Im Berichtszeitraum nahm das Zeitzeugenbüro der Gedenkstätte Interviews mit 52 Personen auf, die zusammen ein Volumen von 194 Aufnahmestunden haben. Einige frühere Häftlinge waren schon Jahre oder Jahrzehnte nicht mehr an dem Ort ihrer Haft. Im Jahr 2017 konnte das Zeitzeugenbüro ein emotionales Wiedersehen ermöglichen: Der aus Birma stammende ehemalige Fluchthelfer Leonard Vum Ko Hau und Marita Ulbricht, die er im Kofferraum seines Diplomaten-PKW nach West-Berlin bringen wollte, trafen nach 36 Jahren in der Gedenkstätte wieder aufeinander. Das letzte Mal hatten sich die beiden bei ihrer gemeinsamen Verhaftung durch die Stasi gesehen. Die älteste Zeitzeugin 2018 war die 1927 geborene Anneliese Gabel. Sie berichtete von ihren erschütternden Erfahrungen, die sie 1947/1948 im sowjetischen Kellergefängnis („U-Boot“) machen musste. Insgesamt liegen in der Gedenkstätte gegenwärtig 829 Ton- und Bildinterviews vor.

Für die weitere wissenschaftliche Nutzung der Zeitzeugeninterviews werden Abschriften von den Aufzeichnungen erstellt. Diese Tätigkeit beansprucht viel Zeit und ist sehr kostenaufwendig. Die Schreibbüros erhalten für die Transkriptionen einen Regelkatalog als Hilfs- und Arbeitsmittel. Im Berichtszeitraum wurden 96 Transkriptionen von externen Schreibbüros erstellt.

Ihre eigenen Erfahrungen sehen viele ehemalige Häftlinge als belanglos an und müssen teilweise erst mehrfach dazu ermutigt werden, sie zu teilen. Das Zeitzeugenbüro ist daher auch Anlaufstelle für alle Betroffenen und deren Angehörige, die verunsichert sind oder Hilfe bei der Bewältigung ihrer Vergangenheit benötigen. Täglich finden vertrauensvolle und einfühlsame Gespräche am Telefon statt, in denen die Kolleginnen und Kollegen des Zeitzeugenbüros beraten, zuhören oder sie gegebenenfalls an andere Einrichtungen weitervermitteln. Das hohe Alter sowie die angegriffene Gesundheit vieler Betroffenen machen zudem eine Reise nach Berlin oft unmöglich. Angesichts der beschränkten finanziellen Mittel der Stiftung ist oft auch die Erstattung von Fahrt- oder Übernachtungskosten ein Problem.

Zukünftig müssen vermehrt Interviews außerhalb der Gedenkstätte in der privaten Umgebung geführt werden. Darüber hinaus sind immer häufiger Todesfälle zu beklagen, darunter langjährige Besucherreferenten wie Dieter Drewitz, Dietmar Serafin, Wolfgang Warnke oder Personen, die Bildungsarbeit im Rahmen des Koordinierenden Zeitzeugenbüros geleistet haben – Ellen Thiemann, Ursula Rumin, Joachim Markstadt, Ulrich Schacht, Regina Albrecht, Dr. Wolfgang Mayer und Ralf Kotowski.

Die Aufnahme der Häftlingsbiografien mittels Methoden der Oral History wird durch eine umfangreiche Dokumentation weiterer Unterlagen ergänzt. Das Zeitzeugenbüro sammelt dazu alle dazugehörigen Materialien, wie Publikationen von und über die Betroffenen, eigene Aufzeichnungen, persönliche Dokumente sowie Briefe und Fotos, die im Zeitzeugenarchiv fachgerecht aufbewahrt werden.

Dreidimensionale Objekte werden dem Sammlungsdepot der Gedenkstätte übergeben. Entsprechende Dokumentarfilme auf DVD und Mitschnitte von Fernsehsendungen befinden sich in der Mediathek.

Ferner recherchiert das Zeitzeugenbüro nach Dokumenten im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Um „ungeschwärzte“ Kopien zu erhalten, ist eine persönliche Einwilligungserklärung der Betroffenen erforderlich. Lediglich bei seit längerem Verstorbenen oder Personen der Zeitgeschichte kann davon Abstand genommen werden. Dieser Arbeitsschritt ist außerordentlich zeit-

aufwändig, zumal der Staatssicherheitsdienst zu jedem Betroffenen mehrere Aktenbände angelegt hatte. 2017/2018 beantragte das Zeitzeugenbüro zu 76 ehemaligen Häftlingen eine Aktenrecherche und die Anfertigung von Duplikaten. Im gleichen Zeitraum stellte der Bundesbeauftragte ca. 11.000 Blatt Kopien aus den Untersuchungsvorgängen und Sachakten zur Verfügung.

Die Gedenkstätte trägt zunehmend zur individuellen bzw. privaten Geschichtsaufarbeitung und Schicksalsaufklärung bei. Wöchentlich beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zeitzeugenbüros schriftliche Anfragen über den Verbleib von Angehörigen und über die Haftgeschichte von ehemals unterdrückten Personen.

Das Zeitzeugenarchiv stellt die gesammelten Materialien und Interviews externen Interessierten zur Verfügung. Studierende, Forschende und Medienvertreter können nach Rücksprache mit den Betroffenen und nach Unterzeichnung einer Nutzungsvereinbarung die Aufzeichnungen auswerten und Einsicht in andere aufbewahrte Unterlagen nehmen. Insgesamt nutzten im Berichtszeitraum 45 Personen, darunter Studierende, Promovierende, und Medienvertreter das Zeitzeugenarchiv für ihre Forschungs- und Recherchezwecke. 2018 unterstützte das Zeitzeugenarchiv zudem das Projekt „Bildungs- und Lernort im ehemaligen Polizeigefängnis in der Keibelstraße“ in Berlin-Mitte großzügig mit Videomaterial und Dokumentenkopien.



Forschung

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hat den gesetzlichen Auftrag, die Geschichte der Haftanstalt in den Jahren 1945 bis 1989 zu erforschen. Der Stiftung stehen dafür jedoch nur begrenzte personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung. Die Forschungsarbeit der Einrichtung konzentriert sich deshalb in erster Linie auf die Dokumentation der circa 38.000 Häftlingsschicksale des Haftortes Berlin-Hohenschönhausen. Dafür sind zwei fest angestellte Mitarbeiter, eine Teilzeitkraft und ein wissenschaftlicher Volontär im seit 1995 bestehenden Zeitzeugenbüro verantwortlich.

Die Forschungs- und Recherchetätigkeit der Gedenkstätte war vorrangig auf die Ermittlung von biografischen Grunddaten aller Gefangenen des Haftortes Berlin-Hohenschönhausen und anderer politischer Gefangener aus der SBZ/DDR, der Suche nach relevanten personenbezogenen Unterlagen und Sachakten in Archiven sowie die Bearbeitung kleiner Projekte fokussiert.

Im Mittelpunkt der Personenrecherche und der biografischen Forschung stand die „Personendatenbank“ der Gedenkstätte. In ihr wurden weiterhin alle durch die Auswertung der Zeitzeugeninterviews, von Archivquellen und Publikationen sowie von elektronischen Medien gewonnenen Personendaten erfasst. Darüber hinaus gibt diese Datenbank auch detaillierte Auskunft über alle verwendeten Datenquellen sowie das im Zeitzeugenbüro vorliegende Aktenmaterial und die gesammelten Datenträger.

2017/2018 wurden 3.370 Personen, die in der SBZ und in der DDR vom MfS bzw. von der sowjetischen Geheimpolizei inhaftiert wurden, in der „Personendatenbank“ neu erfasst. Darunter befanden sich 264 ehemalige Gefangene des Haftortes Berlin-Hohenschönhausen. Die Personendatenbank enthielt Ende 2018 insgesamt 33.870 Datensätze.

Damit sind bis auf wenige Sonderfälle alle Stasi-Untersuchungsgefangenen aus Hohenschönhausen (rund 9.600) und des zentralen Haftkrankenhauses des MfS (ca. 3.100) registriert. Von den schätzungsweise 8.000 Häftlingen des Arbeitslagers X konnten bisher nur 1.390 (2016: 1.307) als solche identifiziert werden, da die entsprechenden Registrierbü-

cher, die im unaufgearbeiteten Bestand des BStU-Archivs vermutet werden, bisher nach wiederholten Anträgen durch die Gedenkstätte nicht gefunden wurden. 2.039 (2016: 1.976) Datensätze betreffen Gefangene des sowjetischen Speziallagers Nr. 3. Von den Häftlingen des sowjetischen Untersuchungsgefängnisses wurden sogar nur 326 (2016: 299) erfasst.

Weiterhin ist hinsichtlich der Ergänzung der Personendatenbank hervorzuheben, dass im vorigen Jahr die namentliche Erfassung der über 3.300 Verurteilten der Waldheimer Prozesse aus dem Jahr 1950 abgeschlossen werden konnte.

Eine weitere Datenbank („Speziallager-Quellendatenbank“) widmet sich Personen, die ab 1945 zunächst in die sogenannten GPU-Keller und danach in sowjetische Speziallager verschleppt worden waren. Sie beruht bis auf wenige Ausnahmen auf den russischsprachigen Angaben aus dem Bestand Speziallager des Staatlichen Archivs der russischen Föderation in Moskau (GARF) – in erster Linie Häftlingsregistrierungen und Transportlisten, deren Kopien hauptsächlich vom DRK-Suchdienst in München zur Verfügung gestellt wurden. Mit ihrer Hilfe kann der oft aus mehreren Etappen bestehende Leidensweg der über 16.000 internierten Frauen und Männer des Speziallagers Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen rekonstruiert werden. Darüber hinaus werden in dieser Datenbank Informationen über weitere Inhaftierte aus dem Großraum Berlin und über die in anderen sowjetischen Speziallagern verstorbenen Betroffenen erfasst. Im Berichtszeitraum konnte außerdem die Auswertung eines umfangreichen Verzeichnisses mit Angaben von über 15.500 Personen, die ab 1945 in der SBZ verschleppt und die der DRK-Suchdienst in Hamburg bis Anfang der 1950er Jahre als Vermisste registriert hatte, beendet werden. Insgesamt wurden 2017/2018 18.493 Datensätze in dieser Spezialdatenbank angelegt. Diese Recherchen ermöglichen es, den Weg der in Berlin-Hohenschönhausen internierten Personen über die Lageretappen Weesow und Fünfeichen bzw. Weesow und Landsberg im heutigen Polen bis in das Speziallager im ehemaligen KZ Buchenwald zurückzufol-

gen. Nachforschungen sind auch für Betroffene aus dem Speziallager Nr. 3 möglich, die über verschiedene Haftstationen Anfang 1950 aus Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen kommend im Zuchthaus Waldheim zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren. Bisher konnten 258 derartige Fälle dokumentiert werden. Durch diese Recherchen kann auch detailliert auf Anfragen von Angehörigen reagiert werden, die konkrete Angaben über den Haftverlauf ihrer mittlerweile verstorbenen Familienangehörigen suchen. Ende 2018 enthielt die „Speziallager-Quellendatenbank“ insgesamt 125.037 (2016: 106.544) Datensätze.

Im Zusammenhang mit der Untersuchung der sowjetischen Haftphase in Berlin-Hohenschönhausen (1945-1951) arbeitete die Gedenkstätte bisher eng mit der Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte in der NS-Zeit und der SBZ/DDR bei der Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Dresden und mit dem Suchdienst des DRK in München zusammen. Durch Vermittlung der Dresdner Dokumentationsstelle konnte die Gedenkstätte bei der zuständigen Militärstaatsanwaltschaft in Moskau 28 weitere Rehabilitierungsanträge stellen. Anzumerken ist jedoch, dass sich die von der Dokumentationsstelle Dresden neu festgelegten formaljuristischen und bürokratischen Regularien für Anfragen stark hemmend auf die bisher problemlos funktionierende Rechercheunterstützung für die Gedenkstätte ausgewirkt haben.

Die Recherchen nach Personen, die von sowjetischen Stellen inhaftiert worden waren, gestalteten sich schwierig. Die entsprechenden Unterlagen lagern überwiegend im Archiv des FSB in Moskau. Im Jahr 2017 gab es erstmals Anlass zur Hoffnung, dass die Gedenkstätte Zugang zu diesen Unterlagen erhalten könnte. Nach Gesprächen des Direktors der Gedenkstätte in Russland hat der stellvertretende Archivchef des FSB in einem Schreiben seine Unterstützung zugesichert. Bisher wurden allerdings nur sogenannte Archivauskünfte über bearbeitete Rehabilitierungsverfahren übersandt. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat der Gedenkstätte zudem in einem Brief zugesagt, sich bei nächster Gelegenheit beim rus-



Das ehemalige Untersuchungsgefängnis der Volkspolizei in der Keibelstraße

sischen Präsidenten Putin für einen Zugang zu den relevanten Unterlagen einzusetzen.

Weitere eigenständige Recherchen im BStU-Archiv konzentrierten sich auch im Berichtszeitraum auf die Durchsicht der Haftunterlagen der Insassen des Untersuchungsgefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen. Diese Akten aus dem Bestand „Allgemeine Sachablage“ (AS)

Forschung in Zahlen (2017/18):

33.870 Datensätze in der Personendatenbank

125.037 Datensätze in der Speziallagerdatenbank

52 neue Interviews mit einer Gesamtlänge von 194 Stunden

BStU-Anfragen zu 76 ehemaligen Häftlingen

11.000 Seiten bereit gestellte Kopien aus dem BStU-Archiv

im ehemaligen Stasi-Archiv enthalten signifikante biografische Angaben der Inhaftierten. Gleichfalls dokumentieren sie wichtige Sachverhalte aus der Zeit der Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen. Mitunter findet man hier auch Kopien von Urteilen und Unterlagen aus dem Strafvollzug. Insgesamt wurden 2017/2018 aus diesem Aktenkonvolut 902 Akten aus dem Zeitraum Januar 1965 bis Ende Dezember 1969 ausgewertet.

Ein analog strukturierter Quellenbestand ist für das Untersuchungsgefängnis der Bezirksverwaltung Berlin des MfS überliefert. Da für diese Stasi-Haftanstalt, die sich zunächst in der Prenzlauer Allee befand und dann in die Kissingenstraße verlegt wurde, keine Registrierbücher vorliegen, wurde im Jahr 2015 auch mit der systematischen Sichtung dieser Archivunterlagen und der Erfassung der entsprechenden Personendaten begonnen. In diesem Fall konnten 135 AS-Akten aus dem Jahr 1956 ausgewertet werden.

Weitere Recherchen betrafen Kaderunterlagen von MfS-Personal, Materialien über den Richter am Obersten Gericht der DDR, Rudi Beckert, Sachakten sowie 16 Vorgänge u.a.

aus dem zentralen Untersuchungsgefängnis im Umfang von insgesamt 371 Akteneinheiten.

Einen Schwerpunkt bildete dabei die Sichtung der Repressionsbelege von Personen der Zeitgeschichte, wie z.B. Anna und Friedrich Schlotterbeck (21 Aktenbände) sowie Leo und Margarete Bauer (9 Aktenbände), die Anfang der 1950er Jahre in den Verfolgungskomplex Noel Field involviert waren. Eine umfangreiche Dokumentation fertigte die Stasi auch vom Untersuchungsfall gegen die vermeintliche Terrorbande „Bluthunde“ an, der Ende Februar 1952 mit der Verurteilung einer Gruppe von Jugendlichen durch das Oberste Gericht der DDR zu hohen Zuchthausstrafen abgeschlossen wurde (62 Aktenbände). Sehr aufschlussreich für die weitere Erforschung der Untersuchungshaft beim MfS war zudem die Auswertung der nur in Resten überlieferten ZI-Kartei der HA IX sowie des Ein- und Abgangsbuches des bis 1953 existierenden Stasi-Gefängnisses in Greifswald.

Im Landesarchiv Berlin fanden Nachforschungen im Bestand Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und zum ehemaligen Frauenjugend- und SMT-Gefängnis in der Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg statt. Im Bundesarchiv Berlin wurden Recherchen zum MGB-Sperrgebiet am Ober- und Orankesee in Berlin-Hohenschönhausen zu Beginn der 1950er Jahre durchgeführt.

Neben der Zeitzeugenarbeit sowie der Recherche- und Dokumentationstätigkeit realisierte der Bereich Forschung eigenständige Projekte, betreute studentische Qualifizierungsarbeiten, warb für die Durchführung von Forschungsvorhaben Drittmittel ein und schloss mit externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Kooperationsvereinbarungen ab.

Die Historikerin Julia Reichheim forschte in ihrem Dissertationsvorhaben zu in Hohenschönhausen inhaftierten MfS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern. Dabei wurde sie von der Gedenkstätte mit dem neu geschaffenen „Bäbel-Bohley-Stipendium“ finanziell unterstützt. Ein kleines Honorarvorhaben galt weiterhin der namentlichen Erfassung der in den 1950er und 1960er Jahren im Untersuchungs-

gefängnis Hohenschönhausen tätigen Vernehmer.

Um die Erforschung der politischen Verfolgung in der DDR zu verbessern, hat die Stiftung im August 2017 an einer Ausschreibung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung“ teilgenommen. Da die Richtlinie vorrangig große Forschungsverbünde fördert, hat sich die Stiftung an einem Verbund mit verschiedenen Universitäten und Gedenkstätten unter der Leitung der Humboldt-Universität zu Berlin beteiligt. Das Vorhaben mit dem Titel „Landschaften der Verfolgung. Forschungsverbund zur Erfassung und Analyse der politischen Repression in SBZ und DDR“ wird für eine Dauer von vier Jahren gefördert. Projektstart war der 1. Januar 2019. Der Forschungsverbund gliedert sich in vier Module: Im Modul I (Daten politischer Verfolgung), das von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen koordiniert wird, geht es um den Aufbau einer Datenbank mit den Namen, Grunddaten und Biografien der während der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland durch sowjetische und deutsche Organe aus politischen Gründen Getöteten, Inhaftierten, Zwangsausgesiedelten oder bei Fluchtversuchen Verletzten. Die hier gewonnenen Erkenntnisse bilden die empirische Grundlage für die Erforschung der politischen Verfolgung in SBZ und DDR in den Modulen II (Willkür und Verrechtlichung), III (Diktatur und Gewissen) und IV (Repression und ihre Folgen). Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist im Rahmen des Moduls I für die Erfassung der auf dem Gebiet von SBZ und DDR durch deutsche Organe Getöteten, Inhaftierten, Zwangsausgesiedelten oder der bei Fluchtversuchen Verletzten zuständig. Nach Möglichkeit sollen auch die in Jugendwerkhöfe und psychiatrische Anstalten aus politischen Gründen Zwangseingewiesenen erfasst werden. Die Erfassung der durch sowjetische Organe Getöteten, Inhaftierten und Deportierten, der Inhaftierten in der Untersuchungshaftanstalt der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam, der Inhaftierten in der Untersuchungshaft- und Strafvollzugsanstalt Cott-

bus sowie die Komplettierung aller Datensätze durch Kurzbiografien, Literaturhinweise und Schlüsseldokumente wird von anderen Verbundpartnern übernommen.

Das wichtige, von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderte Pro-



jekt des Aufbaus einer Datenbank zur systematischen Erfassung von Informationen über Menschen, die während der Herrschaft des Kommunismus verhaftet, deportiert, hingerichtet oder umgebracht wurden, wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Datenbank steht jetzt dem Forschungsverbund „Landschaften der Verfolgung“ als Rechercheinstrument zur Verfügung.

Um verstärkt studentische Kreise zu erreichen, wird von der Gedenkstätte an der Humboldt-Universität zu Berlin seit dem Wintersemester 2017/2018 eine Übung angeboten. Im Wintersemester 2017/2018 stand die Thematik „Geschichtsvermittlung in Gedenkstätten am Beispiel der DDR“ im Mittelpunkt. Die Übung wurde von rund 25 Studierenden besucht. Im Sommersemester 2018 wurde das Thema „Was war die Stasi? Grundzüge, Kontroversen, Aufarbeitung“ behandelt. Rund 30 Studierende beschäftigten sich in diesem Rahmen ein Semester lang intensiv mit Fragen der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Im Wintersemester 2018/2019 befasste sich die Übung mit dem Schwerpunkt „Stasi-Untersuchungshaft: Eine Übung zur Quelleninterpretation und zur Vermittlung von Forschungsergebnissen“, an der über 30 Studierende teilgenommen haben.

Im Rahmen eines Austauschprogramms der Bundesstiftung Aufarbeitung wirkte Dr. Vera Dubina aus Moskau im Jahr 2018 für drei Mo-

nate an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und wurde intensiv von den Mitarbeitern des Bereiches Forschung betreut. Im Mittelpunkt der Tätigkeit von Frau Dr. Dubina standen die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte des Speziallagers Nr. 3, die Biografie-Forschung von Gefangenen, die Zeitzeugenarbeit sowie die Vernetzung mit anderen Kolleginnen und Kollegen, die in Deutschland zu ähnlichen Themen forschen.

Die systematischen Arbeiten an einer quellengestützten Chronik zur Vor-, Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Gefängnisses bzw. der Gedenkstätte sowie an der wissenschaftlichen Spezial-Bibliografie mit

dem Titel „Stasi-Untersuchungsgefängnis und Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ wurden ebenfalls fortgesetzt. Die Chronik hat einen Umfang von 40 Seiten. Die Bibliografie berücksichtigt rund 850 Titel.

Im Berichtszeitraum verfassten die Mitarbeiter des Zeitzeugenbüros Fachbeiträge für Zeitschriften und andere Publikationen und hielten außerhalb der Gedenkstätte Vorträge über die Repressionspraxis in der SBZ/DDR. Weiterhin waren sie u. a. auch für das Bürgerkomitee 15. Januar e.V. als Gutachter und im wissenschaftlichen Beirat des Ausstellungsprojekts „Perm 36“ des DRA tätig.



Sammlungen

Zum einstigen Haftort Hohenschönhausen verwahrt die Gedenkstätte in unterschiedlichen Sammlungen Objekte, Exponate und andere Materialien. Entsprechend dem gesetzlichen Auftrag der Stiftung belegen sie die Geschichte der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt, das System der politischen Justiz in der DDR sowie die Formen und Folgen der Unterdrückung in der kommunistischen Diktatur. All diese Zeugnisse dienen nicht nur der Arbeit der Gedenkstätte, sondern können auch von externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Medienvertretern und weiteren Interessierten genutzt werden. In der Objektsammlung werden historische Exponate gesammelt, im Fotoarchiv zeitgenössische und historische Fotografien. Das Zeitzeugenarchiv sammelt Dokumente zu ehemals Inhaftierten, das Dokumentenarchiv verschiedene Unterlagen zum Haftort Hohenschönhausen. In der Bibliothek finden sich Fachbücher und Zeitschriften, während in der Mediathek Filmbeiträge archiviert werden.

Objektsammlung

Hauptanziehungspunkt in der Gedenkstätte für die fast eine halbe Million Besucherinnen und Besucher jährlich ist die historische Gefängnisanlage. Seit ihrer Schließung im Jahr 1990 hat sie sich bis heute fast unverändert erhalten. Doch Alterungsprozesse, Witterungseinflüsse und nicht zuletzt der große Besucherandrang haben den Gebäuden im Inneren und Äußeren zugesetzt. Eine Hauptaufgabe und zugleich auch eine große Herausforderung für die Stiftung ist es deshalb dafür zu sorgen, dass die Zellen- und Vernehmerräume, die Arbeits- und Funktionsbereiche des einstigen Gefängnisareals auch in Zukunft ihr originales Aussehen behalten. Der bauliche Erhalt der Anlage geschieht in enger Kooperation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und der Berliner Immobilien GmbH (BIM) als Verwalterin des Areals (siehe Bautätigkeit). Bei der Planung und bei der Ausführung der Arbeiten vor Ort wacht die Objektsammlung zudem darüber, dass diese in enger Zusammenarbeit mit Restauratorinnen und Restauratoren und

unter Einbeziehung der zuständigen Denkmal-schutzbehörde geschehen.

Die Gedenkstätte verfügt heute über die weltweit größte Sammlung zum Haftbetrieb in der DDR, darunter einen einzigartigen Bestand an Zellentüren. Besonders wertvoll sind die Erinnerungsstücke ehemaliger Häftlinge, die auf berührende Weise die persönlichen Schicksale während der Haft zeigen. Um das Wesen der Diktatur auch nachfolgenden Generationen begreiflich zu machen, werden ebenso Zeugnisse des Widerstands gesammelt wie Flugblätter, Tarnschriften, illegale Veröffentlichungen oder Plakate, deren Besitz oder Verbreitung in der SBZ/DDR verboten war und von der Staatsobrigkeit als Grund für eine Inhaftierung angesehen wurde. Gesammelt werden auch die Hinterlassenschaften und Dokumente der in Hohenschönhausen ansässigen Dienst-einheiten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die ihre Arbeitsweise, die innere Organisation und das Selbstverständnis illustrieren. Sachzeugnisse und Devotionalien staatlicher Organisationen der DDR sowie Gegenstände zum Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit nach dem Ende der SED-Diktatur ergänzen den Bestand. Seit 2012 kümmert sich eine fest angestellte Registrarin/Archivarin um die Objektsammlung und deren fachgerechte Aufbewahrung, Inventarisierung und Verwaltung. Sie wird dabei von studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt.

Einige dieser Objekte können in der Dauerausstellung oder im musealen Rundgang betrachtet werden. Die überwiegende Anzahl der etwa 15.000 Objekte großen Objektsammlung lagert hingegen in den Depoträumen der Gedenkstätte. Das Zentraldepot bietet auf rund 740 Quadratmetern Platz für Uniformen, Häftlingskleidung, Gefängnisgeld, Überwachungstechnik, Häftlingsobjekte und Grafiken. Damit können die Exponate unter angemessenen musealen Bedingungen gelagert werden. Klimalogger überwachen kontinuierlich Luftfeuchte und Temperatur, Entfeuchtungsgeräte sorgen für das nötige Klima. Mit den künftigen Baumaßnahmen für den Bauabschnitt II werden Teilbereiche des Depots zusätzlich automatisch klimatisiert, die dann besonders empfind-



Objekte und Exponate der Objektsammlung der Gedenkstätte: Teller, Tassen, Becher und Kübel aus dem Küchenbereich, Uniformen des Gefängnispersonals und Zellentüren aus unterschiedlichen Haftanstalten



liche Materialgruppen aufnehmen werden. Im Zentraldepot befinden sich außerdem Arbeitsräume für die in der Sammlung Beschäftigten, ein Fotostudio, ein kleiner Laborraum sowie einen Besuchsraum. Für Wechselausstellungen wurde ein spezieller Raum zur Zwischenlagerung von Ausstellungsexponaten eingerichtet. Großobjekte wie große Telefonanlagen, Modelle, Plastiken oder Möbel sind in einem ebenfalls neu geschaffenen Depot aufbewahrt, das mit einem Schwerlast-Regalsystem ausgestattet ist.

Die Objektsammlung wird ständig erweitert. Im Berichtszeitraum hinzugekommen sind unter anderem Schenkungen durch Betroffene: eine selbst gebaute wasserdichte Uhr, die beim Fluchtversuch über die Ostsee zum Einsatz kam; ein von einem Häftling der Strafvollzugseinrichtung Brandenburg-Görden selbstgebaute Tauchsieder sowie ein Radio zum Empfang westlicher Sender; ein Kontrollbuch der Wachmannschaften zur Funktion der Sicherheitsreißleinen (Alarmanlage) in der Untersuchungshaftanstalt; Broschüren aus der Zeit des Kalten Krieges, die über die Methoden des DDR-Geheimdienstes im Westen aufklären sollten. Für den Rundgang konnten fehlende Objekte wiederbeschafft werden, unter anderem eine Plattenkamera vom Typ „Globus Stella“ für die erkennungsdienstliche Behandlung sowie ein OP-Tisch für das Haftkrankenhaus. Darüber hinaus werden regelmäßig historische Materialien und Bauteile angeschafft, die baugleich auf dem historischen Gelände verbaut wurden, um sie bei Bedarf ersetzen zu können. Dazu gehören Tapeten und Bodenbeläge, Armaturen und Lichtschalter, Türklinken und Lampen.

Objekte aus der Objektsammlung werden sowohl für Veranstaltungen im Hause als auch außerhalb verliehen. Ein Gefangenentransporter Barkas 1000 (Replik) kam bei Filmarbeiten für die TV-Serie „Deutschland '86“ zum Einsatz. Für die Produktion „Der Ballon“ von Michael „Bully“ Herbig, der die spannende Flucht einer Familie aus der DDR thematisiert, wurden zahlreiche Ausstattungsgegenstände ausgeliehen. Ein originales Arrestzellengitter aus



Unterkünfte des Männerarbeitskommandos, die im Rahmen von Sanierungsarbeiten ab Sommer 2019 wiederhergestellt werden

der Haftanstalt Cottbus ging als Dauerleihgabe an das Menschenrechtszentrum Cottbus.

Die Objekte werden mit Hilfe einer Objektdatenbank verwaltet, die von allen Kolleginnen und Kollegen der Gedenkstätte eingesehen werden kann. Im Berichtszeitraum umfasste die Datenbank 11.615 Datensätze (2016: 10.146 Datensätze). Die relativ hohe Zahl an neuen Datensätzen (1.469) in den letzten Berichtszeiträumen erklärt sich auch mit der Inventur für den Bauabschnitt II, bei der bislang nicht erfasste Möbel, Ausstattungsgut und technische Bauteile aus der Untersuchungshaftanstalt über eine Inventur-Spezialmaske in der Datenbank aufgenommen werden (siehe Bautätigkeit). Damit wird sichergestellt, dass nach den Sanierungsarbeiten alle Gegenstände wieder an ihren angestammten Platz zurückkehren. Zur Sammlungsarbeit gehört aber auch die ständige Überarbeitung und Pflege älterer Datensätze, etwa wenn sich neue Erkenntnisse zu einem Objekt ergeben.

Bei den Planungen zu den ab 2019 stattfindenden umfassenden Sanierungsarbeiten waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Objektsammlung Ansprechpartner für Fragen des Denkmalschutzes in der Gedenkstätte. Sämtliche Eingriffe am denkmalgeschützten Gebäude, die beispielsweise aus Gründen des Brandschutzes oder der Barrierefreiheit vorgenommen werden müssen, wurden mit dem planenden Architekturbüro beraten und der zuständigen Denkmalschutzbehörde abgestimmt. Ziel ist dabei stets, den Originalbestand weitestgehend zu schonen. Zur Klärung technischer und bauhistorischer Fragestellungen wurden den Architekten und Fachleuten Unterlagen wie historische Baupläne, vorliegende bauhistorische Expertisen und fotografische Dokumentationen aus dem Bestand zur Verfügung gestellt.

Eine wichtige Aufgabe der Objektsammlung im Zusammenhang mit dem Bauabschnitt II ist es, für Baufreiheit für die ab Frühsommer 2019 beginnenden Sanierungsarbeiten in der Gedenkstätte zu sorgen, damit die Restaurierungsarbeiten an den historischen Oberflächen störungsfrei erfolgen können. Rund 4.000 Quadratmeter Fläche im Altbau und im Neubau, im

Haftkrankenhaus und dem Werkstattthof müssen dafür von Mobiliar und Technik beräumt werden. Eine Ausnahme bildet die Ausstattung im Rundgang, der trotz Baumaßnahmen weiter geöffnet bleiben soll. Die Organisation für diese logistische Herausforderung – von der Suche nach einem Ausweichlager bis zur Planung der Transporte – lag in den Händen der Objektsammlung und erforderte viel Zeit und Anstrengung. Allein im Zentraldepot müssen für den Einbau einer Klimaanlage und eines Fahrstuhls rund 200 Quadratmeter Lagerfläche freigeräumt werden. Das nach langer Suche gefundene Ausweichlager befindet sich in Nähe der Gedenkstätte in einem ehemaligen Kino- und Veranstaltungstrakt des operativ-technischen Sektors in der Freienwalder Straße 16.

Im Berichtszeitraum fanden wieder Führungen für interne und externe Interessierte durch die Depots statt. 2018 hatte die Sammlung Gelegenheit, auf einem internationalen Kongress von IICCMER „Totalitarian Buildings of Memory and Conscience“ in Bukarest über den Denkmalschutz in der Gedenkstätte zu berichten sowie Studierende der Humboldt-Universität zu Berlin die Sammlungsarbeit in der Gedenkstätte vorzustellen.

Fotoarchiv

Das Fotoarchiv verwaltet alle bislang aufgefundenen Bildquellen zur Geschichte des Haftortes Berlin-Hohenschönhausen. Darunter finden sich allerdings nahezu keine Fotos, die den früheren Gefängnisbetrieb zeigen. Historisch relevant werden dadurch Fotografien des MfS zur Schulung des Wachpersonals von 1967, bei denen Szenen aus dem Arbeitsalltag der Wärter nachgestellt wurden. Ein anderes Konvolut zeigt auf Außenaufnahmen den desolaten Zustand von Wirtschaftsbereichen, die sich auf dem Gelände der Haftanstalt und in deren näherer Umgebung finden.

Darüber hinaus besitzt die Gedenkstätte Abzüge erkennungsdienstlicher Fotos zahlreicher Häftlinge sowie eine größere Zahl an Passfotos aus den Kaderakten des Gefängnispersonals. Aufschlussreich sind auch mehrere Fotoserien,

die von MfS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Feierlichkeiten zu runden Geburtstagen des leitenden Personals, zu Auszeichnungsveranstaltungen oder Jubiläen gemacht wurden. Kurz nach der Schließung des Gefängnisses fertigte das Berliner Landesarchiv mehrere Fotodokumentationen der Räume und Gebäude der Haftanstalt an, die heute für die Baugeschichte von besonderem Wert sind. Schließlich besitzt die Gedenkstätte diverse Privatfotos aus dem Leben und der Haftgeschichte ehemaliger Häftlinge. Zu den Neuzugängen im Berichtszeitraum zählt unter anderem ein Konvolut mit 28 großformatigen Abzügen von Fotos, die das MfS Ende der 1980er Jahre von den Außenanlagen der Untersuchungshaftanstalt Magdalenenstraße angefertigt hat.

Das Fotoarchiv dokumentiert zugleich anhand von Fotografien die aktuelle Arbeit der Stiftung. Von nahezu allen Veranstaltungen, prominenten Besuchergruppen und vielen Seminaren werden Fotos angefertigt. Auch Bauarbeiten und andere besondere Vorkommnisse werden auf diese Weise dokumentiert. Hinzu kommen Aufnahmen, die von externen Fotografinnen und Fotografen für journalistische oder künstlerische Projekte angefertigt wurden. Die historischen Bilder liegen in der Regel

als Papierabzüge oder Diapositive vor, digitale Aufnahmen sind elektronisch archiviert.

Recherchiert werden kann der Bestand des Fotoarchivs von Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern und Außenstehenden über die Fotodatenbank. Zu jedem Foto werden Angaben zum Aufnahmegegenstand, Aufnahmeort, Aufnahmedatum und Rechteinhaber festgehalten. Die Nutzer des Fotoarchivs haben dadurch die Möglichkeit, über Suchfelder gezielt nach Personen, Gebäuden, historischen Ereignissen oder Aspekten der Gedenkstättenarbeit zu suchen. Jeder Datensatz enthält auch eine Ansichtsversion des Bildes in geringer Auflösung. Da die Datenbank mit der Personendatenbank verknüpft ist, können Interessierte mit einem Klick vom Foto eines Häftlings direkt zu dessen biografischen Angaben wechseln. Die Fotografien finden bei Veröffentlichungen, Bildvorträgen, Ausstellungen oder bauhistorischen Forschungen Verwendung. Die Nutzung der Fotos unterliegt den Regeln des Datenschutzes und des Urheberrechts.

Bibliothek

Die Bibliothek der Gedenkstätte ist eine Präsenzbibliothek. Die Bücher werden nicht entliehen und können nur vor Ort benutzt werden. Der Bestand steht vor allem den Beschäftigten der Gedenkstätte zur Verfügung, aber auch Außenstehende wie Schülerinnen und Schüler, Studierende, Promovierende, Pressevertreter und andere Interessierte können ihn nutzen. Außerdem kommen sie bei Seminaren und Projekttagen zum Einsatz. Die Bibliothek, die im Erdgeschoss der Gedenkstätte untergebracht ist, ist von Montag bis Freitag zwischen 9 und 17 Uhr geöffnet. Sechs Arbeitsplätze und ein Rechner stehen zur Verfügung. Neuerscheinungen und aktuelle Zeitschriften werden an exponierter Stelle präsentiert.

Der Buchbestand reicht von Darstellungen zum Haftort Hohenschönhausen über Veröffentlichungen zur politischen Justiz in der DDR und zum MfS bis hin zu Publikationen zu Opposition und Widerstand in Ostdeutschland. Einen Schwerpunkt bilden zudem biografische und autobiografische Schriften ehemaliger Inhaf-

tierter. Auch Publikationen zur DDR-Geschichte, zur Nachkriegsentwicklung in Deutschland sowie zu den Ost-West-Beziehungen werden gesammelt. Darüber hinaus umfasst die Bibliothek Werke über den Kommunismus und die politische Verfolgung in anderen Diktaturen, insbesondere in der Sowjetunion, in Osteuropa und im Nationalsozialismus. Fachliteratur zur Gedenkstättenarbeit, allgemeine Nachschlagewerke und Bibliografien zu den oben genannten Themen vervollständigen den Bestand.

Im Berichtszeitraum wurden Bücher und Zeitschriften für rund 8.400 Euro neu angeschafft. Dabei galt das Augenmerk nicht nur Neuerscheinungen, sondern auch dem Erwerb solcher Bücher, die nur noch antiquarisch verfügbar sind. Zudem wurde der Bestand durch Schenkungen von Privatpersonen – meist ehemalige politische Häftlinge – erweitert.

Die Verwaltung des Buchbestandes erfolgt über die Bibliotheksdatenbank. Alle Bücher werden dort unter anderem nach Autorenschaft, Titel und Erscheinungsjahr verzeichnet. Mittels einer Suchmaske und einer Verschlagwortung kann der Bestand durchsucht werden. Im Berichtszeitraum wurden mehr als 480 Titel neu verzeichnet, was einem Wachstum des Bestandes um rund fünf Prozent entspricht. Die Zahl der Datensätze stieg von 8.928 Ende 2016 auf 9.413 im Dezember 2018. Im Sommer 2018 erfolgte eine Inventur, bei der Fehlbestände erfasst und Datensätze bereinigt wurden.

Mediathek

In der Mediathek der Gedenkstätte werden vor allem Fernseh-, Film- und Hörfunkproduktionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gesammelt. Themenbezogene Spielfilme und TV-Dokumentationen zu wichtigen historischen Ereignissen sowie Mitschnitte von Diskussionsrunden und Fernsehbeiträge über das MfS und die DDR ergänzen den Bestand.

Zudem werden Berichte über die Aktivitäten der Stiftung archiviert. Dazu gehören Zeitzeugenporträts, in denen ehemalige Inhaftierte über ihre Hafterfahrungen berichten. Darüber hinaus hat die Stiftung Mitschnitte von vielen ihrer Veranstaltungen angefertigt. Zu den

Neuzugängen gehörten auch zahlreiche Belegexemplare von Filmbeiträgen, die von Fernsehsendern und Produktionsfirmen nach Abschluss ihrer Dreharbeiten in der Gedenkstätte abgeliefert wurden.

Die Sammlungen in Zahlen (2018):

15.000 Objekte in der Objektsammlung

Akten zu 4.600 Personen im Zeitzeugenarchiv

829 Zeitzeugeninterviews mit einer Länge von 1.518 Stunden

9.413 Publikationen in der Bibliothek

1.700 Datenträger in der Mediathek

Der Gesamtbestand der Mediathek umfasste Ende 2018 etwa 1.700 Ton- und Bildträger. Sie bestehen aus den gängigen Formaten DVD, CD-ROM, VHS- und Audio-Kassetten. Um die Aufnahmen vor dem Verfall zu schützen, wurden im Berichtszeitraum zahlreiche VHS-Videos auf DVD kopiert.

Die Beschäftigten der Gedenkstätte haben von jedem Arbeitsplatz aus Zugang zur Mediatheksdatenbank. Auch auswärtige Interessierte können die Mediathek nach vorheriger Terminabsprache von Montag bis Freitag zwischen 10 und 16 Uhr nutzen.

Zeitzeugenarchiv

Im Zeitzeugenarchiv sammelt die Gedenkstätte personenbezogene Unterlagen ehemaliger Inhaftierter aus der Haftanstalt Hohenschönhausen. Zumeist handelt es sich dabei um Unterlagen von Betroffenen, zu denen die Gedenkstätte Kontakt unterhält.

Für jede Person wird ein Aktenbestand gebildet. Mitunter besteht er aus mehreren Ordnern. Darin werden neben historischen Unterlagen Vermerke der Gedenkstätte und diverse Veröffentlichungen gesammelt – in der Regel der Fragebogen mit den Grunddaten zur Haft, das Zeitzeugeninterview, Kopien aus anderen Archiven, insbesondere dem BStU-Archiv, Rehabilitierungsunterlagen, Erinnerungsberichte,



Präsenzbibliothek der Gedenkstätte im Erdgeschoss des Altbaus

Briefe, Fotos und andere relevante Dokumente.

Die Materialien dienen als Grundlage für die Forschungs-, Ausstellungs- und Bildungsarbeit der Gedenkstätte. Darüber hinaus können auch externe Historikerinnen und Historiker, Journalistinnen und Journalisten sowie Studierende diese Archivalien unter Berücksichtigung des Datenschutzes einsehen.

Der physische Bestand des Zeitzeugenarchivs umfasst etwa 1.410 Ordner und Kartons zu Einzelpersonen sowie 90 Sammelordner. Die Konvolute haben einen sehr unterschiedlichen Umfang: von einer Zeitungsnotiz bis hin zu einem kompletten Nachlass, der der Gedenkstätte überlassen wurde. Insgesamt verfügt die Gedenkstätte über Unterlagen zu etwa 4.600 ehemaligen Häftlingen.

Neben den Dokumenten bewahrt das Zeitzeugenarchiv auch Audio- und Videoaufnahmen mit ehemaligen Häftlingen und weiteren Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auf. Insgesamt liegen 829 Interviews mit einer Länge von 1.518 Stunden vor. Die Sammlung besteht aus analogen Audioaufnahmen aus den Anfangsjahren der Gedenkstätte sowie aus digitalem Videomaterial aus der Zeit nach 2000. Letzteres besteht wiederum – der technischen Entwicklung geschuldet – aus unterschiedlichen Aufnahmeformaten. Seit dem Jahr 2011 nimmt das Zeitzeugenbüro die Interviews nur noch digital auf. Anschließend wird das Material auf Festplatten und Servern gesichert.

Die Unterlagen und die wichtigsten Daten der ehemaligen Häftlinge sind zudem in einer Datenbank („Personendatenbank“) erfasst. Mit ihrer Hilfe kann die Gedenkstätte von jedem Arbeitsplatz nach einzelnen Gefangenen recherchieren – z. B. bei Anfragen durch Historikerinnen und Historikern, Medien, Betroffenen oder deren Angehörigen. Sofern bekannt bzw. vorhanden sind dort auch Haftzeiten und -orte, Tatvorwurf, Angaben aus dem Fragebogen, das transkribierte Zeitzeugeninterview sowie Hinweise auf andere Materialien und Quellen gespeichert.

Durch den stetig wachsenden Daten- und Archivbestand des Zeitzeugenarchivs nehmen die Aktualisierung der Daten und Akten

zunehmend Zeit in Anspruch. Hinzu kommen die aufwändigen Recherchen beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Außerdem bedarf die technische Aufbereitung, Duplizierung, Verzeichnung und Archivierung der Zeitzeugeninterviews sowie das Digitalisieren zweidimensionaler Leihgaben wie Dokumente oder Fotos einen enormen Aufwand. Die personellen Ressourcen der Gedenkstätte reichen für diese Arbeiten nicht mehr aus.

Dokumentenarchiv

Die Gedenkstätte hat sich im Berichtszeitraum auch um Sachakten über den Haftort Hohenschönhausen bemüht. Diese werden im Dokumentenarchiv gesammelt. Der Bestand setzt sich überwiegend aus Kopien von Akten des Ministeriums für Staatssicherheit zusammen, die in der Stasi-Unterlagenbehörde gelagert werden. Der Gesamtbestand umfasst mittlerweile mehrere Regalmeter.

Das Archiv enthält Richtlinien zum Untersuchungshaftvollzug, Berichte über außerordentliche Vorkommnisse, Statistiken oder Kaderakten bzw. Diplomarbeiten der in Hohenschönhausen beschäftigten MfS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter. In geringerem Umfang sind auch Kopien aus anderen Archiven abgelegt, etwa aus dem Bundesarchiv, dem Berliner Landesarchiv oder dem Bauarchiv des Bezirks Lichtenberg. Die Recherche im Dokumentenarchiv ist über eine eigene Datenbank („MfS-Datenbank“) möglich.

Die 2014 neu angelegte „MfS-Kader-Datenbank“ enthält biografische und auf die Karriere bei der Stasi bezogene Grunddaten hauptsächlich von Angestellten des Untersuchungsgefängnisses aus den Reihen der HA IX (Untersuchungsorgan) und der Abt. XIV (Untersuchungshaft, Strafvollzug). Über sie können auch die als Kopie vorliegenden Personalunterlagen, die an der Juristischen Hochschule der Staatssicherheit erworbenen Diplom- und Doktorarbeiten sowie weitere im Sachaktenarchiv vorhandene Materialien über ehemalige Stasi-Offiziere recherchiert werden. Gegenwärtig enthält diese Datenbank etwa 600 personenbezogene Datensätze.



Öffentlichkeitsarbeit



Pressestatement der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nach ihrem Rundgang durch die Gedenkstätte, August 2017



Pressetermin mit originaler Stalin-Statue zur Sonderausstellung „Der Rote Gott. Stalin und die Deutschen“, Januar 2018

In der Tätigkeit der Gedenkstätte spielt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle. Mit unterschiedlichen Instrumenten hat die Stiftung im Berichtszeitraum die Öffentlichkeit über den Haftort Berlin-Hohenschönhausen informiert und zur kritischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur angeregt. Sie unterstützte Medienschaffende bei ihren Recherchen, ermöglichte Filmaufnahmen auf dem Gelände, veröffentlichte regelmäßig Pressemitteilungen, nahm in aktuellen Debatten über die DDR-Vergangenheit Stellung und produzierte eigene preisgekrönte Inhalte, um die Präsenz der Gedenkstätte in den sozialen Medien zu stärken. Darüber hinaus druckte sie verschiedene Publikationen, betreute Besucheranfragen über die sozialen Medien und baute ihren Auftritt im Internet aus.

Die Arbeit der Stiftung ist auf große öffentliche Resonanz gestoßen. Zwischen Januar 2017 und Dezember 2018 erschienen mehr als 3.500 Berichte, in denen die ehemalige Untersuchungshaftanstalt, die Gedenkstätte oder ihre Beschäftigten Erwähnung fanden. Im Durchschnitt kam die Stiftung damit fast fünf Mal täglich in den Medien vor. Die Berichte werden durch eine externe Medienbeobachtung gesammelt und in einem monatlichen Pressespiegel dokumentiert. Darüber hinaus war die Gedenkstätte auf zahlreichen Portalen und Websites vertreten.

Im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum hat sich die Zahl der Erwähnungen in den Medien somit fast verdoppelt. Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch der Bundeskanzlerin am 11. August 2017 im Vorfeld des 56. Jahrestags des Mauerbaus 1961. Mehr als 60 Medienvertreterinnen und -vertreter begleiteten den Rundgang von Dr. Angela Merkel durch das ehemalige Stasi-Gefängnis und die Dauerausstellung. Zudem fand eine Kranzniederlegung mit dem ehemaligen politischen Häftling Arno Drefke statt. Das Presseecho war überwältigend. Mehr als 210 Berichte in TV, Hörfunk, Print und Online erschienen anlässlich dieses Pressetermins.

Der Besuch des damaligen Bundesinnenministers Dr. Thomas de Maizière am 4. September 2017 war ebenfalls ein Erfolg. Der Minister

nahm an einem Schülerseminar zum Thema Linksextremismus teil. Erstmals wurde in diesem Rahmen ein 360-Grad-Film vorgestellt, der während des G20-Gipfels im Sommer 2017 gedreht worden war. Dieser Film entstand mit Hilfe der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, die hier ihre Expertise einbringen konnte. Mehr als 40 Journalistinnen und Journalisten berichteten über das Ereignis. Bei beiden Besuchen erhielten die anwesenden Medien auch Pressemappen mit thematisch abgestimmtem Informationsmaterial.

Das gestiegene Medienecho ist auch auf die erfolgreiche mediale Präsenz der Ausstellung „Der rote Gott. Stalin und die Deutschen“ zurückzuführen. Die Öffentlichkeitsarbeit platzierte in diesem Zusammenhang die Stalinstatue aus der Ausstellung während ihrer Anlieferung aus der Mongolei kurzzeitig auf der Frankfurter Allee in Berlin und präsentierte diese der Presse. Somit entstand Bildmaterial, das internationale Beachtung fand. Darüber hinaus wurde die Ausstellung durch die proaktive Pressetätigkeit in zahlreichen renommierten überregionalen und internationalen Medien besprochen.

Ein weiteres Highlight war der fünfmillionste Besucher der Gedenkstätte, der von Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters und dem damaligen Gedenkstättendirektor Dr. Hubertus Knabe am 11. April 2018 empfangen wurde.

Durch proaktive Pressearbeit fanden Veranstaltungen der Gedenkstätte in regionalen und überregionalen und teilweise sogar in internationalen Medien Beachtung. Besonders hervorzuheben sind hier die Veranstaltungen mit nordkoreanischen Dissidenten, mit ehemaligen russischen politischen Gefangenen der Putin-Ära sowie mit den Angehörigen der Opfer des Assad Regimes. Die Veranstaltung zum Thema Linksextremismus zählt ebenfalls dazu. Nicht zuletzt erzielte die Gedenkstätte durch die Auszeichnung ihres 360-Grad-Films „Was wollten Sie in Berlin?!“ mit dem Deutschen Reporterpreis 2017 in der Medienbranche große Beachtung. Beim Anstieg der Berichterstattung spielte auch die Kündigung des ehemaligen Direktors, Dr. Hubertus Knabe, und seines Stellvertreters, Helmuth Frauendorfer, durch

den Stiftungsrat im Herbst 2018 eine erhebliche Rolle.

Medienbetreuung

Die Gedenkstätte ist für viele Medien aus dem In- und Ausland ein wichtiger Anlaufpunkt, wenn es um die DDR-Vergangenheit geht. Die Stiftung bemüht sich, diesem Interesse durch schnelle Hilfe bei Recherchen, durch Vermittlung kompetenter Gesprächskontakte oder durch sachkundige Einschätzungen zu historischen Sachverhalten nachzukommen. Auch bei der Vermittlung von ehemals Inhaftierten ist die Gedenkstätte regelmäßig behilflich. Vielfach baten Journalistinnen und Journalisten auch um eine Bewertung aktueller Vorgänge, die die Auswirkungen des SED-Unrechts auf die Gegenwart betrafen. Neben einer fachlichen Einschätzung bestimmter Sachverhalte ging es den Medien dabei oftmals um ein fundiertes Urteil aus der Perspektive der einst Verfolgten.

Gut 200 Anträge auf die Genehmigung von Dreharbeiten oder Fotoaufnahmen gingen im Berichtszeitraum bei der Gedenkstätte ein. Die

eingegangenen Anträge mussten jeweils genau geprüft werden, um einen Missbrauch der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt als bloße Kulisse, etwa für Krimis oder Musikvideos, auszuschließen. Anfragen, die keinen Bezug zur politischen Verfolgung in der DDR erkennen ließen oder die Gefühle ehemaliger Häftlinge verletzen könnten, wurden abgelehnt.

Im Berichtszeitraum wurden mehr als 150 Aufnahmegenehmigungen erteilt, was in etwa der Zahl in den beiden Jahren zuvor entspricht. Während der Dreharbeiten war es in der Regel erforderlich, dass die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit die Filmteams begleitete. In den meisten Fällen vereinbarte die Stiftung mit den Produzenten die Zahlung einer Drehgebühr sowie die Erstattung der Personalkosten. Auf diese Weise konnte die Gedenkstätte in den Jahren 2017/2018 rund 4.400 Euro (2015/2016: 16.100 Euro) zusätzlich einnehmen. Die Stiftung erhielt zudem Kopien der Filme für ihre Mediathek bzw. der Fotoaufnahmen für ihr Fotoarchiv.

Auf Ereignisse, Veranstaltungen oder prominente Besuchergruppen hat die Stiftung auch

mit eigenen Pressemitteilungen aufmerksam gemacht – im Berichtszeitraum insgesamt 36 Mal (2015/2016: 57 Mal). Die Gedenkstätte benutzt dazu verschiedene Presseverteiler, die regional, national, international und themenspezifisch ausgerichtet sind. Interessierte Journalisten können so gezielt angesprochen werden. Die großen Nachrichtenagenturen (dpa, epd, Reuters) haben die Pressemitteilungen meist aufgegriffen, was zu einer wesentlich höheren Reichweite führte.

Publikationen

Im März 2018 erschien der Begleitband zur Sonderausstellung „Der Rote Gott“ (Andreas Engwert / Hubertus Knabe (Hgg.), *Der Rote Gott: Stalin und die Deutschen*. Katalog zur Wechsellausstellung, 176 Seiten, 134 Abbildungen, ISBN 978-3-86732-298-0). Der Ausstellungskatalog zeigt eine in dieser Zusammenschau bisher unbekannte Bildwelt und lässt ausgewählte Experten zu den politischen Hintergründen zu Wort kommen (siehe Ausstellungen).

Ein wichtiges und verhältnismäßig kostengünstiges Medium stellt der mehrsprachige Auftritt der Gedenkstätte dar. Neben Deutsch und Englisch wurde die Webseite um eine französische Version erweitert. Die Seite www.stiftung-hsh.de enthält alle wesentlichen Informationen zum historischen Ort, zum Aufbau der Stiftung und zur Arbeit der Gedenkstätte. An hervorgehobener Stelle wird auf laufende Ausstellungen, aktuelle Veranstaltungen und prominente Gäste aufmerksam gemacht. Außerdem findet man Veranstaltungsberichte, Fotos aus der Gedenkstättenarbeit und alle praktischen Informationen für den Besuch.

Die Gedenkstätte verfügt über Präsenzen in den sozialen Medien. Neben den bereits vorhandenen sozialen Netzwerken (Facebook und Twitter) wurde Ende 2018 ein Instagram-Account angelegt. Über die sozialen Netzwerke erreicht die Gedenkstätte nicht nur viele Besucherinnen und Besucher, sondern auch politische Akteure, Betroffene, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Kooperationspartner. Bis zum Ende des Berichtszeitraums zählte die Gedenkstätte auf Facebook



Der Zeitzeuge Arno Drefke im Interview für eine Dokumentation des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen



Dreh für die MDR-Reihe „Spur der Ahnen“ mit dem Leiter des Zeitzeugenbüros Dr. Stefan Donth



Der frühere Häftling Hans-Jochen Scheidler beim Dreh für die rbb/Arte-Produktion „1968mm“



Gilbert Furian (rechts) im Gespräch mit dem Sender TV Tokyo

4.870 „Gefällt mir“-Angaben (2015/2016: 2.320). Somit konnte die Anzahl der Follower mehr als verdoppelt werden. Die Postings geben Einblicke in die Arbeit der Gedenkstätte, berichten über den Haftort Hohenschönhausen und über einzelne ehemalige politische Gefangene. Über Facebook lädt die Stiftung auch zu ihren Veranstaltungen ein. Wiederholt wurden Veranstaltungen via Facebook live übertragen. Im Berichtszeitraum wurden 319 Facebook-Posts veröffentlicht. Twitter zählte bis Ende 2018 1.548 Follower. Im Vergleich zu 2017 betrug die Wachstumsrate hier fast 40 Prozent. Social Media erwies sich auch als geeignetes Werkzeug, um die Anzahl der Besucherinnen und Besucher der Veranstaltungen zu steigern



Werbeplakat zur Sonderausstellung „Der Rote Gott“ im U-Bhf. Stadtmitte

und jüngere Zielgruppen für die Arbeit der Stiftung zu interessieren. Mit dem „Ask Me Anything“-Format konnten Social-Media-User früheren Häftlingen live Fragen zur Haft in Hohenschönhausen stellen. Das Format wurde insbesondere in der jüngeren Zielgruppe gut angenommen und wurde insgesamt mehr als 9.200 Minuten angesehen.

Die Stiftung veröffentlichte auch verschiedene Falt- und Informationsblätter. Je nach Verwendungszweck wurden sie unterschiedlich aufwändig hergestellt. So druckte die Gedenkstätte zu herausgehobenen Veranstaltungen speziell gestaltete Einladungskarten und Infoblätter. Für die Besucherinnen und Besucher stellte sie zudem kostenlos einen Flyer mit Grundinformationen zur Geschichte des Haftortes Hohenschönhausen zur Verfügung. Für die wachsende Zahl ausländischer Gäste wurde er auch in den Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Dänisch, Niederländisch, Schwedisch, Norwegisch und Russisch ausgelegt, auf der Homepage zusätzlich (als PDF-Datei) in Bulgarisch, Estnisch, Lettisch, Litauisch, Polnisch, Slowenisch, Tschechisch und Türkisch. Von den gedruckten Flyern wurden im Berichtszeitraum rund 600.000 Exemplare verteilt. Für die 2017 eingeführten russischsprachigen Führungen wurden spezielle Karten gedruckt und an einschlägigen Orten in Berlin ausgelegt. Es liegen auch Flyer in Blindenschrift vor, die Rundgänge für blinde und sehbehinderte Besucher bewerben.



Internationale
Zusammenarbeit

Die internationale Bedeutung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist im Berichtszeitraum weiter gewachsen. Das ehemalige Stasi-Gefängnis ist in vielen anderen Ländern als besonders interessanter Ort der Geschichtsaufarbeitung in Deutschland bekannt. Dies drückt sich nicht nur in der steigenden Anzahl ausländischer Besucherinnen und Besucher und in vielen Anfragen internationaler Medien aus. Auch zahlreiche Delegationen aus dem Ausland wollten die Gedenkstätte besichtigen und ein Gespräch mit der Leitung führen (siehe Besucherbetreuung). Für Institutionen wie das Auswärtige Amt, das Goethe-Institut, die Europäische Akademie, die Konrad-Adenauer-Stiftung oder die Robert Bosch Stiftung, die regelmäßig ausländische Interessierte nach Deutschland einladen, ist die Gedenkstätte ein wichtiger Programmpunkt.

Im Berichtszeitraum besichtigten unter anderem Delegationen aus den USA, Japan, Russland, Korea, Taiwan, Tunesien, Lateinamerika, Kambodscha, Liechtenstein, Albanien, Weißrussland, Mongolei und der Karibik. Die Stiftung baute im Berichtszeitraum ihre internationalen Kontakte weiter aus und beteiligte sich an mehreren Kooperationsprojekten.

Am 6. September 2018 führte die Gedenkstätte mit den syrischen Frauenrechtsorganisationen „Women now for Development“ und „Families for Freedom“ eine gemeinsame Veranstaltung durch. Erstmals konnten ehemalige politische Gefangene und deren Angehörige aus Syrien und der DDR ihre Erfahrungen austauschen. Die Veranstaltung hat auf die zahlreichen Verschwundenen in Syrien aufmerksam gemacht, über 65.000 allein zwischen 2011 und 2015. Mit den Opfern der SED-Herrschaft sprachen die syrischen Frauen über ihre Erlebnisse und darüber, wie Staatsverbrechen in einer Demokratie aufgearbeitet werden können.

Am 8. November 2017 fand mit den koreanischen Menschenrechtsorganisationen „Herz für Korea“ und „North Korea Reform Radio“ eine Veranstaltung in der Gedenkstätte statt. Geflüchtete Nordkoreaner, die zum Teil vorher für die staatliche Propaganda gearbeitet hatten, sprachen mit Historikern über die Übermittlung ungefilterter Nachrichten nach Nordkorea und

ihre Wirkungen. Mitte November veranstaltete die Gedenkstätte einen dreitägigen Austausch mit der russischen Menschenrechtsorganisation „Russland hinter Gittern“ und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Ehemalige politische Gefangene aus dem heutigen Russland reisten in die Bundesrepublik, um sich mit früheren Stasi-Häftlingen auszutauschen. Sie berichteten von ihren Erfahrungen und diskutierten, ob und wie der Strafvollzug in Russland humanisiert werden kann.

Die Gedenkstätte erhielt auch zahlreiche Anfragen aus dem Ausland, um ihre Expertise in Anspruch zu nehmen. So besuchte der Microsoft-Präsident und Chief Legal Officer, Brad Smith, im Februar 2018 die Gedenkstätte und tauschte sich mit dem damaligen Gedenkstättenleiter Dr. Hubertus Knabe über Aufarbeitung und neue Formen der Geschichtsvermittlung aus.

Im Februar 2017 nahm der damalige Gedenkstättenleiter Dr. Hubertus Knabe an einer Konferenz der Cambridge University zum Thema „Erinnerung und Vergessen in der deutschsprachigen Welt“ teil und hielt einen Vortrag über die Aufarbeitung des Kommunismus in Deutschland. Ebenfalls im Februar reiste er zu einem Experteneinsatz nach Phnom Penh in Kambodscha. Auf Einladung des European Network Remembrance and Solidarity (ENRS) wirkte er am 7. Juni 2017 an einem Panel über „Violence in the 20th-century European history: commemorating, documenting, educating“ im Rahmen des European Remembrance Symposiums 2017 in Brüssel mit. Am 8. November 2017 war er auf Einladung der International Association of Privacy Professionals Keynote speaker auf dem Europe Data Protection Congress 2017 in Brüssel. Anfang August 2017 nahm er auf Einladung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur an einer Studienreise in Nordrussland und zu den Solowezki-Inseln teil, wo unter Lenin das erste sowjetische Arbeitslager eingerichtet wurde. Der Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Internationale Beziehungen, Michael Ginsburg, nahm Ende November 2017 an einer Zusammenkunft der „Platform of European Memory and Conscience“ in Vilnius teil.



Die russische Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Olga Romanowa zu Besuch in der Gedenkstätte, Juli 2017



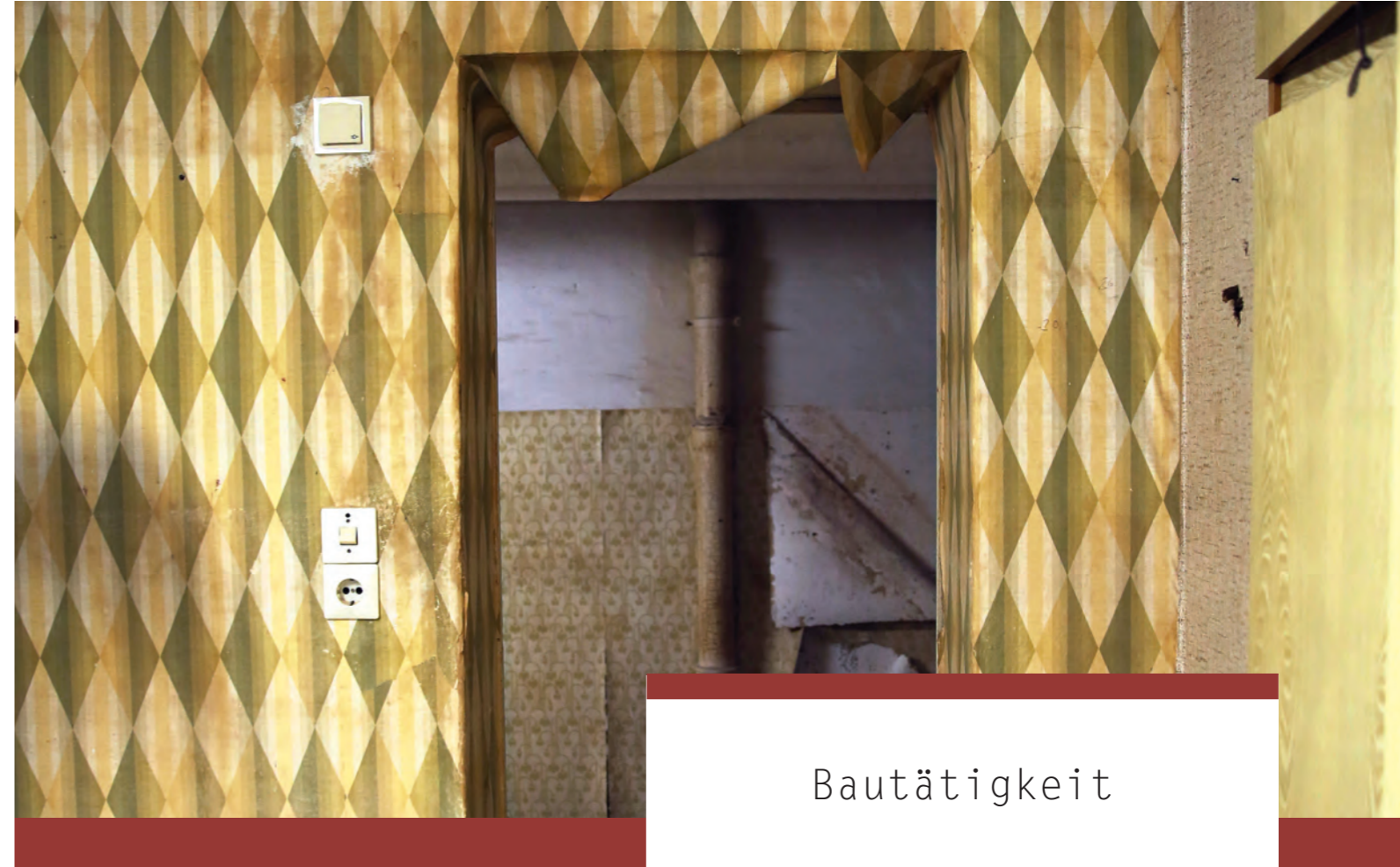
Der Zeitzeuge Friedemann Körner mit Teilnehmerinnen einer Delegation von Aufarbeitungsexpertinnen und -experten aus Rumänien, März 2017



Eine Gruppe des Museums für Menschenrechte in Taiwan mit der Referentin Céline Gilly (links), Juli 2018



Vertreterinnen syrischer Frauenrechtsorganisationen mit der Zeitzeugin Monika Schneider (2. v. links) bei einer Führung durch die Gedenkstätte, September 2018



Bautätigkeit



Das ehemalige zentrale Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit steht seit 1992 unter Denkmalschutz. Die Anlage als geschichtliches Denkmal auch für künftige Generationen zu erhalten, ist mit großem finanziellem und personellem Aufwand verbunden. Für den Bauunterhalt, der zumeist kleinere Reparaturen betrifft, ist die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) zuständig. Für größere, investive Maßnahmen ist die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen verantwortlich. Bei der Nutzung des ehemaligen Stasi-Gefängnisses als Gedenkstätte sind meist zeitaufwändige Abwägungen zwischen Funktionalität, Sicherheit und Kosten auf der einen Seite und Erhalt der Authentizität auf der anderen Seite notwendig. Selbst kleinere Baumaßnahmen erfordern in der Regel eine intensive Abstimmung zwischen der Gedenkstätte und weiteren Beteiligten wie Architekten, den Denkmalschutzbehörden, der Kulturverwaltung, der Bauverwaltung und den korrespondierenden Bundeseinrichtungen.

Bauunterhalt

An der historischen Anlage der einstigen Haftanstalt wurden im Berichtszeitraum verschiedene Sanierungsarbeiten vorgenommen. 2017 wurden vom Unternehmen Vattenfall Schachtarbeiten für eine neue Fernwärmetrasse zur Gedenkstätte vorgenommen. Im Eingangsbereich musste dafür die historische Betondecke großflächig aufgerissen und anschließend wieder verschlossen werden. Mittels Materialanalysen und nach mehreren aufwändigen Versuchen gelang es schließlich, einen Beton zu mischen, der dem ursprünglichen sehr nahekommt. Im Kellergefängnis besserten Restauratoren großflächige Schadstellen im Betonboden des Flures aus, die zur Stolperfalle für die Besucher wurden. Auch dafür mussten mehrere Materialversuche vor Ort ausgeführt werden, um ein sowohl haltbares wie auch authentisch wirkendes Material zu finden. Im Berichtszeitraum wurden zudem mehrere kleinere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, so die Ausbesserung von schadhafte Trittplätzen und Kantenprofilen im Bereich der „U-Boot“-

Verlegung einer neuen Fernwärmetrasse durch Vattenfall im Eingangsbereich der Gedenkstätte, 1. Halbjahr 2017



Treppe, die Reparatur undichter Fenster, defekter Türen und rissiger PVC-Fußbodenbeläge im Vernehmertrakt. Immer wieder treten auch unvorhergesehene Havarien auf dem Gelände auf, deren Beseitigung keinen Verzug duldet, so die Reparatur der bei einem Sturm beschädigten historischen Außenbeleuchtung, die Schäden eines Regenwassereinbruchs im Kellergefängnis und die Abdichtung eines Rohrbruchs der Heizungsversorgung zum Haftkrankenhaus, bei dem Wasser auf dem Hof austrat. Hier musste ein breiter Kanal im Boden gegraben werden, um den Schaden zu beheben. Die Arbeiten fanden in enger Abstimmung mit der zuständigen Denkmalschutzbehörde und der BIM statt. Dabei beschränkte man sich im Vorfeld der 2019 beginnenden Generalsanierung darauf, möglichen Quellen einer drohenden Unfallgefahr für die Besucher sowie weiterem Materialverlust vorzubeugen.

Investive Maßnahmen

Auch wenn sich die historische Gefängnisanlage fast 30 Jahre nach ihrer Schließung in großen Teilen original erhalten hat, entspricht ihr heutiges Erscheinungsbild nicht mehr dem Zustand ihrer Nutzung durch den Staatssicherheitsdienst. Klimatische Einflüsse und insbesondere die hohen Besucherzahlen haben deutliche Spuren hinterlassen. Dazu gehören unter anderem vergilbte oder abgefallene Tapeten, brüchige Fußbodenbeläge, Risse in den Wänden, abfallender Putz oder abblätternde Anstriche. Eine umfassende Sanierung der denkmalgeschützten Anlage ist deshalb nötig, die im Rahmen eines zweiten und letzten Bauabschnitts erfolgen soll. Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2017 hat der Bund nach dem Land Berlin formal seine Bereitschaft dazu erklärt, sich an den Kosten von insgesamt 8,75 Millionen Euro hälftig zu beteiligen. Bei laufendem Betrieb sollen ab Juni 2019 die bisher unsanierten Flächen im Hauptgebäude (Altbau), im Zellen- und Vernehmertrakt des Neubaus, im Haftkrankenhaus, in den Freigangzellen und im Werkstattthof denkmalgerecht saniert werden. Neben der grundlegenden Restaurierung der historischen Ober-



Rohrbruch der Heizungsversorgung zwischen Altbau und Haftkrankenhaus, Ende 2018



Ehemalige Unterkünfte des Strafgefängnenarbeitskommandos der Männer, ab 2019 Teil des 2. Bauabschnitts

flächen werden zusätzliche Seminarräume geschaffen und der museale Rundgang durch sogenannte Überblicksinseln und Medieneinspielungen erweitert.

In enger Kooperation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und der Senatsverwaltung für Kultur und Europa, dem Architektenbüro hg merz, den Fachplanern und der Gedenkstättenleitung wurde die Bauplanung für die Sanierung im Herbst 2016 abgeschlossen und der Bauantrag Anfang 2018 eingereicht. Er beinhaltet im Einzelnen die verschiedenen Maßnahmen, die zur Restaurierung der historischen Oberflächen und Möbel, zur Besuchersicherheit, Barrierefreiheit sowie

zu den museumspädagogischen Vorhaben in der Gedenkstätte durchgeführt werden sollen. Mit Genehmigung des Bauantrages zum zweiten Bauabschnitt begannen die konkreten Ausführungsplanungen für das Projekt. Unter anderem fanden Brandschutztests sowie mehrere Bodenbelastungstests statt, bei denen drei übereinanderliegende Räume im Neubau Süd einer statischen Belastungsprobe unterzogen wurden. Es stellte sich heraus, dass die Decken erheblich stabiler sind als bisher angenommen, was für den Besucherbetrieb von großer Bedeutung ist. Umfangreiche bauhistorische Untersuchungen begleiten die Baumaßnahmen.



Haushalt

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist eine Stiftung öffentlichen Rechts des Landes Berlin. Zur Finanzierung ihrer Arbeit erhält die Stiftung einen sogenannten institutionellen Zuschuss des Landes Berlin. Als Kultureinrichtung von nationaler Bedeutung erhält die Gedenkstätte zusätzliche Bundeszuwendungen auf dem Wege der sogenannten Fehlbedarfsfinanzierung. In der Praxis sind Bund und Land bestrebt, sich die Kosten der Arbeit hälftig zu teilen. Die Stiftung erwirtschaftet aber auch erhebliche Einnahmen, insbesondere durch das Führungsentgelt (siehe Abb. 9). Als sogenannte Zuwendungsempfängerin gelten für die Stiftung die haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes und des Bundes. Der Haushalt wird nach kameralistischen Grundsätzen geführt. Nach Abschluss eines Haushaltsjahres wird die Art des Umgangs der Stiftung mit den zur Verfü-

gung gestellten Geldmitteln von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft.

2017 betrug die institutionelle Förderung durch Bund und Land 3,585 Millionen Euro (siehe Abb. 10). Der Anteil des Bundes betrug 1,240 Millionen Euro. Die Anhebung der Bundesmittel um 191.000 Euro sollte die Lücke zwischen Bundes- und Landesförderung schließen, da Bund und Land die Kosten der Gedenkstätte je zur Hälfte übernehmen sollen. Aus dem Berliner Landeshaushalt erhielt die Stiftung Mittel in Höhe von 2,295 Millionen Euro. Darin enthalten war ein zweckgebundener Zuschuss in Höhe von 112.119 Euro für die Angleichung der Gehälter des Stiftungspersonals an den TV-L Berlin 2017b. Die Angleichung wurde auf Beschluss des Stiftungsrates vom 7. Dezember 2017 vom Vorstand rückwirkend zum 1. Januar 2017 vorgenommen. Darüber hinaus war in den Mitteln des Landes Berlin ein zweckgebundener Zuschuss in Höhe von 1,16

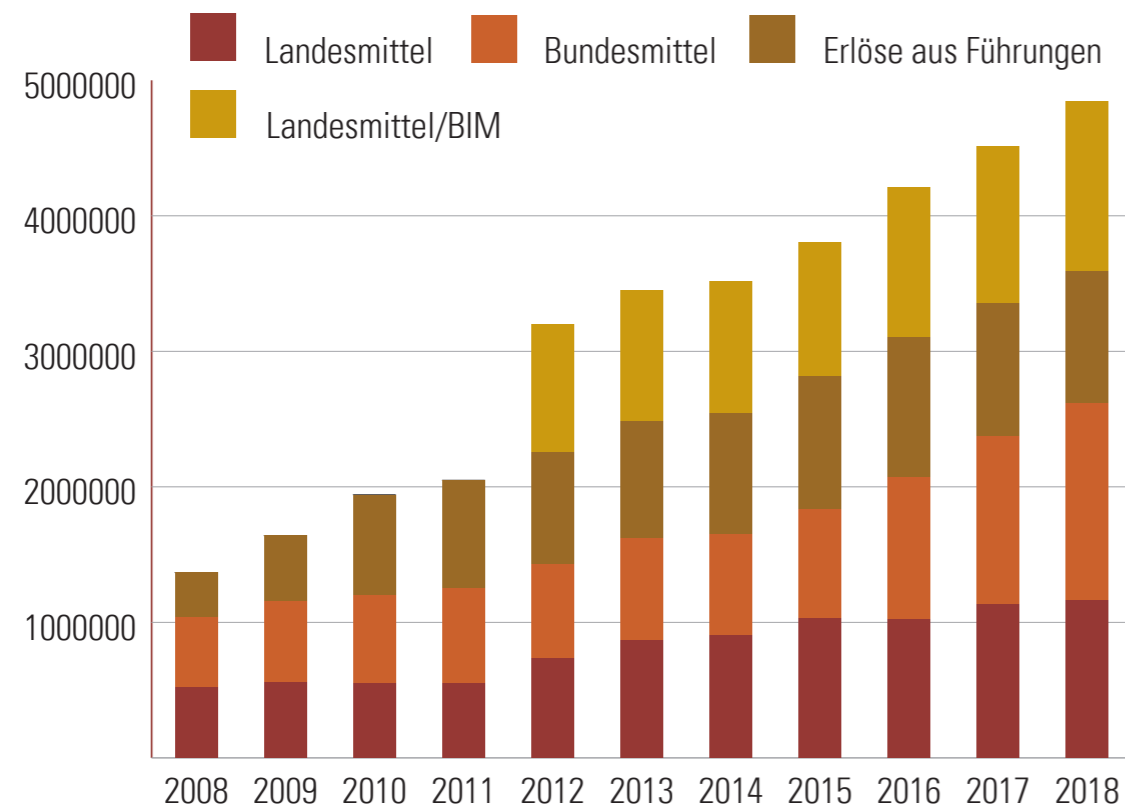


Abb. 9: Aufstellung der Einnahmen durch Landesmittel, Bundesmittel und Führungserlöse in Euro (2008-2018)

Millionen Euro für Miete und Betriebskosten enthalten. Das Land Berlin stellte auch im Jahr 2017 1,5 Lehrerstellen zur Verfügung, deren Kosten in Höhe von rund 75.000 Euro von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBildJugFam) getragen wurden.

2018 betrug die institutionelle Förderung durch Bund und Land 3,695 Millionen Euro. Der Anteil des Bundes erhöhte sich 2018 um 38.000 Euro auf 1,278 Millionen Euro. Der Anteil der Förderung durch das Land Berlin betrug 2018 2,417 Millionen Euro. Darin enthalten war ein zweckgebundener Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro für das Programm „Vermittlung/Outreach“. Darüber hinaus war in den Mitteln des Landes Berlin ein zweckgebundener Zuschuss in Höhe von 1,255 Millionen Euro für Miete und Betriebskosten enthalten. Das Land

Berlin stellte auch im Jahr 2018 1,5 Lehrerstellen zur Verfügung, deren Kosten in Höhe von rund 75.000 Euro von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBildJugFam) getragen wurden.

Die Gedenkstätte erzielte erhebliche Zusatzeinnahmen – insbesondere durch die Erhebung von Führungsentgelten, durch Projektmittel und durch Spenden. Allein die Einnahmen aus den Führungsentgelten betragen im Haushaltsjahr 2017 insgesamt 978.127 Euro. Weitere 58.245 Euro Einnahmen verzeichnete sie aus Veröffentlichungen, Drehgenehmigungen, Mieteinnahmen und Spenden. 2018 betragen die Einnahmen aus Führungsentgelten 972.324 Euro, weitere 81.739 Euro Einnahmen verzeichnete sie aus Veröffentlichungen, Drehgenehmigungen, Mieteinnahmen und Spenden.

Einnahmen	2017 (Euro)	2018 (Euro)
Zuschuss Bund	1.240.000	1.454.000
<i>davon Anteil für KZB</i>	0	176.000
Zuschuss Land	2.345.119	2.417.000
<i>abgeordnete Lehrer (außerhalb des Haushalts)</i>	75.000	75.000
Führungsentgelte	978.127	972.324
Drittmittel, Spenden und sonstige Einnahmen	698.779	838.635
Summe	5.454.775	5.681.959
Ausgaben	2017 (Euro)	2018 (Euro)
Personalausgaben	2.653.717	3.025.468
<i>(davon Honorare für Führungen)</i>	893.607	1.021.710
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.816.649	2.067.059
<i>(davon Miete und Facilitymanagement BIM)</i>	1.176.425	1.426.151
Zweckausgaben	561.844	417.347
Sonstige Bewirtschaftungskosten	225.759	71.556
Rückzahlung an Bund/Land	122.460	54.839
Summe	5.380.429	5.636.269
Kassenmäßiges Ergebnis	74.345	45.689

Abb. 10: Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben der Haushaltsjahre 2017 und 2018 im Vergleich

Stellt man die selbst erwirtschafteten Einnahmen den staatlichen Zuwendungen für den Stiftungsbetrieb gegenüber, hat die Gedenkstätte im Jahr 2018 ca. 27 Prozent der Gesamteinnahmen selbst erwirtschaftet (2017: ca. 29 Prozent).

In diesen Zahlen sind noch nicht die umfangreichen Drittmittel enthalten, die die Stiftung für verschiedene Projekte akquiriert hat. So stellte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) für das Jahr 2017 insgesamt 150.000 Euro für die Vermittlung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen an Schulen zur Verfügung, im Jahr 2018 erhöhte sich die Förderung um 26.000 Euro auf 176.000 Euro.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unterstützte die Aufklärung Jugendlicher über die Gefahren des Linksextremismus mit 199.000 Euro (2017) bzw. 212.803 Euro (2018). Mit 68.221 Euro förderte das Ministerium zudem im Jahr 2017 einen Modellversuch zur Onlineprävention im Bereich Linksextremismus, im Jahr 2018 betrug die Förderung 137.703 Euro.

Für das Sonderausstellungsprojekt „Stasi in Berlin. Überwachung und Repression in Ost und West“ erhielt die Stiftung im Jahr 2018 Zuwendungen in Höhe von 346.000 Euro (2017: 143.000 Euro), wobei die Hälfte von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) kam, die andere Hälfte von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Stiftung). Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützte im Jahr 2017 ein datenbankgestütztes Projekt mit dem Titel „Den Opfern einen Namen geben“ mit 48.500 Euro.

Insgesamt beliefen sich die Drittmittel im Jahr 2017 auf 653.471 Euro und im Jahr 2018 auf 682.551 Euro. Zusätzliche Gelder stellten die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, die Bundeszentrale für politische Bil-

dung und der Förderverein der Gedenkstätte zur Verfügung.

Die Ausgaben der Stiftung gliederten sich in Personalkosten, sächliche Verwaltungsausgaben, Zweckausgaben und sonstige Bewirtschaftungskosten für Grundstück und Gebäude. Mit etwa 49 Prozent im Jahr 2017 sowie etwa 54 Prozent im Jahr 2018 entfiel der größte Anteil auf die Personalkosten, die 2,654 Millionen Euro in 2017 und 3,025 Millionen Euro in 2018 betragen. Für die Gehälter und Löhne der fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden 976.000 Euro (2017) bzw. 1.047.928 Euro (2018) aufgewendet. Die Projektbeschäftigten erhielten 383.068 Euro (2017) bzw. 470.945 Euro (2018). Diverse Hilfskräfte und befristet Beschäftigte kosteten 356.275 Euro (2017) bzw. 426.818 Euro (2018).

Hinzu kamen die Honorare für die Besucherreferentinnen und -referenten sowie Ausgaben für sonstige Honorarkräfte und Werkverträge. Diese lagen zusammen bei 938.724 Euro (2017) bzw. 1.079.777 Euro (2018). Die Sachausgaben (sächliche Verwaltungsausgaben und sonstige Bewirtschaftungskosten) beliefen sich 2017 auf 2,042 Millionen Euro und 2018 auf 2,139 Millionen Euro. Den größten Posten bildeten die Miete und die Betriebskosten für die Gefängnisimmobilie mit 1,176 Millionen Euro (2017) bzw. 1,426 Millionen Euro (2018). An zweiter Stelle standen die übrigen Bewirtschaftungskosten für Besucherdienst, Reinigung und Wachschatz mit 554.398 Euro (2017) bzw. 347.741 Euro (2018).

Für den laufenden Geschäftsbedarf und den Stiftungsunterhalt wurden 303.311 Euro (2017) bzw. 346.840 Euro (2018) verausgabt. Weitere Ausgaben fielen für so genannte Zweckausgaben wie Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit und Sachausgaben aus Drittmitteln an. 2017 handelte es sich um 561.844 Euro, 2018 um 417.347 Euro.



Der Stellenplan der Gedenkstätte umfasste 2017 und 2018 jeweils 19 Stellen (2016: 17). Sie waren zum Jahresende mit acht kulturfachlichen und elf nicht-kulturfachlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt. Hinzugekommen waren 2017 eine Fremdsprachensekretärin im Bereich Programmplanung sowie die neu geschaffene wissenschaftliche Leitung der Gedenkstättenpädagogik. Die Stelle wurde im Februar 2018 neu besetzt und in „Bildung und Vermittlung“ umgewandelt. In der Pädagogischen Arbeitsstelle waren in 2017 drei vom Land Berlin abgeordnete Lehrkräfte mit fünfzig Prozent ihrer Arbeitskraft sowie eine pensionierte Lehrerin auf freiberuflicher Basis tätig (2018: zwei). Für einige Monate wurde 2017 im Bereich Pädagogik zudem eine von der Senatskulturverwaltung finanzierte Volontärin beschäftigt. In der Bildungsarbeit des LEX-Projektes waren vier Kolleginnen und Kollegen tätig.

Im Bereich Programmplanung waren 2017 und 2018 zwei Volontärinnen sowie zwei Freiwillige im Rahmen des Programms „Freiwilliges Soziales Jahr“ (FSJ) tätig. Dem Leiter der Programmplanung und stellvertretenden Direktor Helmuth Frauendorfer wurde zum Ende des Jahres 2018 gekündigt.

Im Bereich Forschung waren im Berichtszeitraum neben dem Abteilungsleiter ein wissenschaftlicher Mitarbeiter, eine Volontärin/ein Volontär, eine studentische Hilfskraft, zwei Praktikanten und ein Mitarbeiter auf Grundlage geringfügiger Beschäftigung tätig.

Im Juli 2017 wurde eine neue Stelle „Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Internationales“ geschaffen. Dem Bereich sind ein Volontariat sowie zwei befristete Stellen des Projekts „Linke Militanz auf Facebook, Twitter & Co.“ zugeordnet.

Weitere personelle Unterstützung fand im Ausstellungsbereich statt. Für die Sonderausstellung „Der Rote Gott. Stalin und die Deutschen“ wurden eine wissenschaftliche Assistentin, ein studentischer Mitarbeiter sowie für vier Monate ein ehemaliger Volontär eingestellt. Das Ausstellungsprojekt „Stasi in Berlin. Überwachung und Repression in Ost und West“ verfügte über einen Projektleiter, eine Assistentin und einen Volontär. Der Bereich Sammlung wurde 2017/2018 von zwei studentischen Hilfskräften unterstützt.

Im Oktober 2017 nahm eine neue Verwaltungsleiterin ihre Arbeit auf. Sie kündigte aus persönlichen Gründen zum Ende 2018 ihre Stelle.

Der vormalige Vorstand Dr. Hubertus Knabe wurde im September 2018 beurlaubt und im November vom Amt des Vorstands der Stiftung abberufen. Bis zur Einsetzung eines neuen Vorstands übernahm Jörg Arndt die Aufgabe eines Interimsvorstands. Er ist von der Zentral- und Landesbibliothek Berlin an die Stiftung abgeordnet.

Zusammen mit den rund 110 Besucherreferentinnen und -referenten und den etwa 15 Servicekräften beim Besucherdienst, der Reinigung und dem Wachschutz arbeiteten im Berichtszeitraum mehr als 160 Personen in der Gedenkstätte.

Nach entsprechender Änderung des Stiftungsgesetzes im Jahr 2018 findet seit dem 1. Juli 2018 für alle Beschäftigten das Tarifrecht der Länder Anwendung, soweit diese in den persönlichen Geltungsbereich des Tarifvertrags TV-L fallen. Nicht in den persönlichen Geltungsbereich fallen Volontärinnen und Volontäre sowie die zur Gedenkstätte abgeordneten Lehrerinnen und Lehrer. Volontärinnen und Volontäre erhalten als Entgelt 50 Prozent der Einstufungsstufe der E 13 des jeweils maßgeblichen Tabellenentgelts.



Stiftungsorgane

Dr. Klaus Lederer (Vorsitz)	Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin
Maria Bering (stv. Vorsitz)	Gruppenleiterin bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien
Martina Gerlach	Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Dieter Dombrowski, MdL	Vorsitzender des Beirats
Birgit Neumann-Becker	Entsandtes Beiratsmitglied

Abb. 11: Mitglieder des Stiftungsrats, Stand 31.12.2018

Dieter Dombrowski, MdL (Vorsitz)	Vizepräsident des Landtags Brandenburg und Vorsitzender der UOKG
Prof. Dr. Hans-Joachim Veen (stv. Vorsitz)	Universität Trier
Dr. Jens Gieseke	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Prof. Dr. Hans Walter Hütter	Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
Roland Jahn	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Dr. Anna Kaminsky	Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Ulrike Kretzschmar	Stv. Präsidentin der Stiftung Deutsches Historisches Museum
Birgit Neumann-Becker	Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Ulrike Poppe	Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur a. D.
Mario Röllig	Zeitzeuge und Besucherreferent
Edda Schönherz	Stv. Landesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS)
Prof. Dr. Hermann Wentker	Leiter der Außenstelle Berlin des Instituts für Zeitgeschichte

Abb. 12: Mitglieder des Beirats, Stand 31.12.2018

Gesetzliche Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat, der Vorstand und der Beirat. Der Stiftungsrat beschließt alle Angelegenheiten von grundsätzlicher oder besonderer Bedeutung und den Haushaltsplan. Vorsitzender ist laut Gesetz das für kulturelle Angelegenheiten zuständige Mitglied des Berliner Senats. Darüber hinaus gehören ihm ein Vertreter der Senatsverwaltung für Justiz, ein Vertreter des für Angelegenheiten der Kultur zuständigen Mitglieds der Bundesregierung sowie der Vorsitzende und ein weiteres Mitglied des Beirats der Stiftung an.

Der Vorstand ist der Direktor der Gedenkstätte und wird vom Stiftungsrat bestellt. Er führt die laufenden Geschäfte der Stiftung und ist dabei an die Beschlüsse und Weisungen des Stiftungsrats gebunden. Von Dezember 2000 bis November 2018 war dies der Historiker Dr. Hubertus Knabe. Ihm folgte bis zur endgültigen Neubesetzung der Stelle Jörg Arndt, bis dahin stellvertretender Vorstand und Verwaltungsleiter der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin.

Der Beirat berät den Stiftungsrat sowie den Vorstand in allen inhaltlichen und gestalterischen Fragen. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter von Gedenkstätten, Einrichtungen, Gruppen und Initiativen, Wissenschaftler sowie sonstige qualifizierte Persönlichkeiten, die mit dem Stiftungszweck befasst sind, an. Die Mitglieder werden vom Vorsitzenden des Stiftungsrates im Einvernehmen mit dem für Angelegenheiten der Kultur zuständigen Mitglied der Bundesregierung für die Dauer von drei Jahren berufen. Ende 2016 berief der Stiftungsratsvorsitzende die Mitglieder des 6. Beirats der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der sich im Mai 2017 konstituierte.

Anhang

Veranstaltungschronik 2017/2018

4. April 2017

Geheimes Karlshorst – „GPU-Keller“ und Innere Gefängnisse

Deutsch-Russisches Museum Karlshorst

11. Mai 2017

Gefangen in Hohenschönhausen Eine virtuelle Reise in die Vergangenheit

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

21. Mai 2017

Internationaler Museumstag 2017 Spurensuche – Mut zur Verantwortung!

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

25. bis 27. Mai 2017

Zwischen Ausgrenzung und Aufbegehren – Politisch engagierte Christen in der DDR

Deutscher Evangelischer Kirchentag

17. Juni 2017

Aufbruch in der Diktatur – Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 und die Folgen

BStU-Archiv

19. August 2017

Lange Nacht der Museen

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

9. und 10. September 2017

Tag des offenen Denkmals

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

11. September 2017

Freiheit für Peter Steudtner! Zur Lage politischer Häftlinge in der Türkei

Gethsemanekirche Berlin-Prenzlauer Berg

21. September 2017

Musik, Freiheit, Stasi-Haft – Wie die Rockband „Klosterbrüder“ der DDR den Rücken kehren wollte

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

2. und 3. Oktober 2017

Tag der Deutschen Einheit 2017

Mainz und Berlin

6. November 2017

10. Hohenschönhausen-Forum Kommunismus und Gewalt – Ideologie und Praxis eines Herrschaftssystems

Christliches Sozialwerk Berlin

8. November 2017

Gibt es eine Opposition in Nordkorea? Wie Informationen Kims Regime gefährden

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

8. November 2017

Gedenkveranstaltung für die Toten des sowjetischen Speziallagers Nr. 3

Friedhof Gärtnerstraße

15. November 2017

Gefangenen-Austausch – Politische Haft in der DDR und im heutigen Russland

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

23. November 2017

Frei und gleich – gleich und frei? Kommunismus und Menschenrechte im 20. Jahrhundert

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

9. und 10. Dezember 2017

Internationaler Tag der Menschenrechte

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

14. Dezember 2017

Volk unter Verdacht Gespräch und Musiktheater

Radialsystem Berlin

25. Januar 2018

Der Rote Gott. Stalin und die Deutschen

Ausstellungseröffnung

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

26. Februar 2018

„Hotel Lux“

**Film und Gespräch mit dem Regisseur
Leander Haußmann**

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

3. und 4. März 2018

Stalins Opfer in Hohenschönhausen

Sonderführung durch das Kellergefängnis

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

17. März 2018

**Der Rote Gott. Stalin und die Deutschen
Buchvorstellung zur Leipziger Buchmesse**

Museum Runde Ecke Leipzig

19. März 2018

Putins Spiele - Staatsdoping als Politikum

Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrum

9. April 2018

**Ein vergiftetes Geschenk? Die chinesische
Karl-Marx-Statue in Trier**

Europäische Kunstakademie Trier

18. April 2018

Stalins Städte - Entwürfe für Deutschland

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

24. April 2018

**Im Dienste der Unwahrheit – Fake News
gestern und heute**

Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung

13. Mai 2018

**Internationaler Museumstag 2018
Netzwerk Museum: Neue Wege, neue
Besucher**

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

12. Juni 2018

Stalin – Herr des Terrors

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

17. Juni 2018

**65. Jahrestag des DDR-Volksaufstandes –
Sonderführungen**

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

24. Juni 2018

**Mitmachmarkt unter dem Motto „Wir er-
ben“ zum Europäischen Kulturerbejahr**

Gendarmenmarkt

5. Juli 2018

**Linksextremismus – eine unterschätzte
Gefahr?**

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

13. August 2018

**Verborgene Orte: Das Gefängnis Keibel-
straße – Sonderführungen**

Ehemaliges Polizeigefängnis Keibelstraße

25. August 2018

Lange Nacht der Museen

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

6. September 2018

**Wenn Menschen einfach so verschwinden
– Syrische Frauen auf der Suche nach ihren
Angehörigen**

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

8. und 9. September 2018

**Tag des offenen Denkmals „Entdecken,
was uns verbindet“**

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

1. bis 3. Oktober 2018

Tag der Deutschen Einheit

Straße des 17. Juni, Berlin-Mitte

18. Oktober 2018

**Antifaschistische DDR? Fremdenfeindlich-
keit im SED-Staat**

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

5. November 2018

**11. Hohenschönhausen-Forum
„Überwachungsstaat?!“ – Observation und
Kontrolle in Geschichte und Gegenwart**

Campus der Demokratie, Haus 22

9. November 2018

**Gedenkfeier für die Toten des sowjetischen
Speziallagers Nr. 3**

Friedhof Gärtnerstraße

Stiftungsgesetz

**Gesetz über die Errichtung der Stiftung
„Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“
vom 21. Juni 2000 (GVBl. S. 360), das
zuletzt durch Gesetz vom 21. Juni 2018
(GVBl. S. 448) geändert worden ist**

§ 1

Errichtung

Unter dem Namen „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ wird eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin errichtet. Die Stiftung entsteht mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.

§ 2

Aufgaben und Zweck der Stiftung

(1) Zweck der Stiftung ist es, über die Geschichte des Haftortes Berlin-Hohenschönhausen und das System der politischen Justiz in der Deutschen Demokratischen Republik mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen zu informieren und zu forschen und zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung in der kommunistischen Diktatur anzuregen. Die Stiftung, die in der ehemaligen Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen ein Ausstellungs- und Dokumentationszentrum betreibt, kooperiert dabei mit Gedenkstätten, Museen und Aufarbeitungseinrichtungen im In- und Ausland. Sie berät und unterstützt das Land Berlin in allen einschlägigen Angelegenheiten.

(2) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

(3) Näheres regelt die Satzung.

§ 3

Stiftungsvermögen

(1) Die vom Land Berlin für die Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ erwor-

benen beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenstände werden auf die Stiftung übertragen.

(2) Der Stiftung werden die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Grundstücks- und Gebäudeflächen des Landes Berlin dauerhaft entgeltlich zur Nutzung überlassen. Das Nähere wird in einem Mietvertrag geregelt, der zwischen dem Land Berlin oder dem von ihm Beauftragten und der Stiftung abgeschlossen wird.

(3) Zur Erfüllung des Stiftungszwecks erhält die Stiftung einen jährlichen Zuschuss des Bundes und des Landes Berlin nach Maßgabe des jeweiligen Bundes- und Landeshaushalts.

(4) Die Mittel der Stiftung sind nur im Sinne des Stiftungszwecks zu verwenden. Die Stiftung ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(5) Die Stiftung kann in Ergänzung der ihr zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel Zuwendungen (Geld- und Sachleistungen) einschließlich Mittel aus letztwilligen Verfügungen annehmen. Die Annahme darf nur erfolgen, wenn damit keine Auflagen verbunden sind, die den Erfolg des Stiftungszwecks beeinträchtigen. Der Stiftungszweck gilt als beeinträchtigt, wenn die Erfüllung der Auflagen einen Aufwand erwarten lässt, der in Bezug auf den Wert der Zuwendung unverhältnismäßig ist.

(6) Bei ersatzloser Aufhebung oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks der durch dieses Gesetz errichteten Stiftung fällt deren Vermögen dem Land Berlin zu, das es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung und in einer dem Stiftungszweck möglichst nahe kommenden Weise zu verwenden hat.

§ 4

Organe der Stiftung

(1) Die Organe der Stiftung sind

1. der Stiftungsrat,
2. der Vorstand und
3. der Beirat.

(2) Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Stiftungsrats und des Beirats haben einen Anspruch auf die Erstattung von Reisekosten und sonstigen Aufwendungen nach den für die Berliner Verwaltung geltenden Bestimmungen.

§ 5

Stiftungsrat

(1) Der Stiftungsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Ihm gehören an:

1. das für kulturelle Angelegenheiten zuständige Mitglied des Senats oder eine von ihm benannte Vertretung,
2. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Senatsverwaltung für Justiz,
3. eine Vertreterin oder ein Vertreter der für Kultur zuständigen obersten Bundesbehörde,
4. die oder der Vorsitzende des Beirats,
5. ein weiteres Mitglied des Beirats.

(2) Für jedes Mitglied ist für den Fall der Verhinderung ein stellvertretendes Mitglied zu benennen.

(3) Die entsendungsberechtigten Stellen können jedes von ihnen entsandte Mitglied aberufen, sofern die Mitgliedschaft nicht an eine bestimmte Funktion gebunden ist. Scheidet ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied aus, so ist ein neues Mitglied oder ein neues stellvertretendes Mitglied zu entsenden.

(4) Den Vorsitz führt das Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, das durch das Mitglied gemäß Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 im Vorsitz vertreten wird.

(5) Jedes Mitglied hat eine Stimme im Stiftungsrat. Im Falle der Verhinderung kann die Stimmausübung einem anderen Mitglied des Stiftungsrats übertragen werden.

(6) Der Stiftungsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Die Stimme der oder des Vorsitzenden gibt bei Stimmgleichheit den Ausschlag.

(7) Der Stiftungsrat beschließt alle Angelegenheiten von grundsätzlicher oder besonderer Bedeutung sowie den Haushaltsplan.

(8) Die oder der Vorsitzende des Stiftungsrats hat das Recht, die Prozessführung in Rechtsstreitigkeiten an sich zu ziehen. Der Stiftungsrat ist über anhängige Rechtsstreitigkeiten unverzüglich zu unterrichten.

(9) Der Vorstand ist Personalstelle und Personalwirtschaftsstelle. Er kann diese Befugnisse übertragen. Personalstelle für den Vorstand ist die oder der Vorsitzende des Stiftungsrats. Sie oder er kann damit verbundene administrative Aufgaben, insbesondere die Personalaktenführung des Vorstands, übertragen.

(10) Näheres regelt die Satzung.

§ 6

Vorstand

(1) Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte der Stiftung. Er ist dabei an die Beschlüsse und Weisungen des Stiftungsrats gebunden.

(2) Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

(3) Der Vorstand ist die Direktorin oder der Direktor der Gedenkstätte. Sie oder er wird vom Stiftungsrat bestellt und kann nicht dessen Mitglied sein. Der Stiftungsrat bestimmt auch die Vertretung des Vorstands.

(4) Näheres regelt die Satzung.

§ 7

Beirat

(1) Der Beirat berät den Stiftungsrat sowie den Vorstand in allen inhaltlichen und gestalterischen Fragen.

(2) Der Beirat besteht aus mindestens zehn und höchstens 15 sachverständigen Mitgliedern. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen, Gruppen und Initiativen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie sonstige qualifizierte Persönlichkeiten, die mit dem Stiftungszweck befasst sind, an.

(3) Die Mitglieder des Beirats werden von der oder dem Vorsitzenden des Stiftungsrats im Einvernehmen mit der für Kultur zuständigen obersten Bundesbehörde für die Dauer von drei Jahren berufen. Die Wiederberufung ist zulässig.

(4) Der Beirat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden. Er benennt das weitere Mitglied des Stiftungsrats (§ 5 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5).

(5) Näheres regelt die Satzung.

§ 8

Personal

Die Stiftung kann für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das jeweils geltende Tarifrecht des Landes Berlin anwenden.

§ 9

Satzung

(1) Die Stiftung gibt sich eine Satzung, die vom Stiftungsrat mit der einfachen Mehrheit seiner Mitglieder beschlossen wird. Das Gleiche gilt für Änderungen der Satzung.

(2) Die Satzung trifft nähere Bestimmungen über Organisation und Verwaltung der Stiftung.

§ 10

Berichterstattung

Der Vorstand legt alle zwei Jahre einen öffentlich zugänglichen Bericht über die Tätigkeit der Stiftung vor.

§ 11

Aufsicht, Rechnungsprüfung

(1) Die Rechtsaufsicht über die Stiftung führt die für kulturelle Angelegenheiten zuständige Senatsverwaltung.

(2) Für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie für die Rechnungslegung der Stiftung gelten die für die unmittelbare Landesverwaltung maßgeblichen Bestimmungen. Der Vorstand veranlasst die Prüfung der Rechnungslegung durch eine Wirtschaftsprüferin oder einen Wirtschaftsprüfer, die oder der im Einvernehmen mit dem Stiftungsrat und dem Rechnungshof von Berlin bestellt wird. Das Prüfungsrecht des Rechnungshofs von Berlin und des Bundesrechnungshofes bleibt hiervon unberührt.

(3) Näheres regelt die Satzung.

§ 12

Anwendung der Landeshaushaltsordnung

Werden gemäß §105 der Landeshaushaltsordnung Vorschriften der Landeshaushaltsordnung entsprechend angewendet, kommen die dort in Bezug auf die Ausführung des Haushaltsplans der Senatsverwaltung für Finanzen sowie der für das Beamtenversorgungsrecht zuständigen Senatsverwaltung zugewiesenen Zuständigkeiten dem Stiftungsrat zu.

§ 13

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2000 in Kraft.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Stand: 31.12.2018)

Leitung

Jörg Arndt, Vorstand

Ulrike Döbel, wissenschaftliche Volontärin

Simone Rösner, Direktionsassistentin

Bereich Ausstellungen

Beatrice Berthel, Projektmitarbeiterin

Leia Bourichter, studentische Mitarbeiterin

Andreas Engwert, Leiter Ausstellungen

Bertold Jentsch, studentischer Mitarbeiter

Jochen Krüger, wissenschaftlicher Volontär

Daniela Martinova, Registrarin

Dr. Michael Schäbitz, Projektleiter

Julia Wigger, Projektmitarbeiterin

Bereich Bildung und Vermittlung

Jörg von Bilavsky, Leiter Bildung und Vermittlung

Anette Detering, Projektmitarbeiterin

Jens Hasselmeier, Lehrer in der Pädagogischen Arbeitsstelle

Gerold Hildebrand, Projektmitarbeiter

Enrico Jähn, Mitarbeiter Besucherdienst

Ute Kietzmann, Lehrerin in der Pädagogischen Arbeitsstelle

Dr. Christine Lasch, Lehrerin in der Pädagogischen Arbeitsstelle

Michael Lotsch, Projektmitarbeiter

Lukas Lüder, wissenschaftlicher Volontär

Dominik Ortner, Lehrer in der Pädagogischen Arbeitsstelle

Dr. Andrea Prause, Projektmitarbeiterin

Friedemann Seidel, Mitarbeiter Besucherdienst

Jessica Steckel, Projektmitarbeiterin

Janina Thernesse, wissenschaftliche Volontärin

Henry Wenzel, Projektmitarbeiter

Bereich Forschung

Dr. Stefan Donth, Leiter Forschung

Peter Eler, Mitarbeiter Forschung

Konstantin Neumann, wissenschaftlicher Volontär

Günter Scheel, Mitarbeiter Forschung

Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Internationale Kooperationen

Christine von Bose, wissenschaftliche Volontärin

Johannes Bruhn, Projektmitarbeiter

Michael Ginsburg, Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Internationale Beziehungen

Maximilian Klein, Projektmitarbeiter

André Kockisch, Pressesprecher

Bereich Programmplanung

Laura Klöckner, Assistentin Programmplanung

Geertje Liebig, wissenschaftliche Volontärin

Bereich Verwaltung

Mario Achsnig, Mitarbeiter Haustechnik

Franziska Andree, Sachbearbeiterin Controlling/Drittmittel

Bernd Marx, Leiter Veranstaltungstechnik

Jessica Piwecki, Sachbearbeiterin Haushalt/Rechnungswesen

Eva Sommer, Mitarbeiterin Rechnungswesen

Steffen Thielisch, Sachbearbeiter Personal

Daniel Voigtländer, Mitarbeiter Haustechnik

Besucherreferentinnen und Besucherreferenten

(Stand: 31.12.2018)

Alcazar, Jessica
 Arndt, Wolfgang
 Ballarin, Pietro
 Bernauer, Reinhard
 Brack, Michael
 Bradler, Michael
 Breitbarth, Hans-Jürgen
 Czech, Sandra
 Damkjaer Thierlein, Jesper
 Dellmuth, Rainer
 Dendl, Jörg
 Dickstein, Rachel
 Dörken, Hanjost
 Drouart, Dr. Julien
 Ebert, Ulrich
 Ehlert, Gerhard
 Ehrlich, Rainer
 Eltink, Dr. Irma
 Fabbrizi, Dr. Chiara
 Falanga, Gianluca
 Fast, Dr. Kirsten
 Fischer, Christian
 Fissenewert, Robert
 Fuhrmann, Reinhard
 Furian, Gilbert
 Garcia Vazquez, Jorge L.
 Gerber, Witali
 Gilly, Céline
 Grünewald, Sigrid
 Hammer-Klonowski, Sonja
 Hartmann, Jan-Paul
 Heidenreich, Tony
 Heim, Lea
 Hildebrandt, Lutz
 Hillmer, Birgit
 Hillmer, Uwe
 Höhenleitner, Lisa
 Hoffmann, Andreas
 Hron, Tanja
 Hugl, Sonja
 Immerz, Alexandra
 Isaeva, Nadezda
 Jänichen, Horst
 Jordan, Dr. Carlo

Kallweit, Kristin
 Karwoth, Corinna
 Keup, Peter
 Kistner, André
 Körner, Friedemann
 Köster, Jacqueline
 Kollmann, Katja
 Komnenovic, Dora
 Kranz, Rolf
 Krebs, Friederike
 Krebs, Norbert
 Krug, Holger
 Kuiper, Jeroen
 Kulnev, Ivan
 Kummer, Dolores
 Langmeier, Ret
 Lehmann, Veit
 Lengsfeld, Jonas
 Lengsfeld, Vera
 Leuschner, Henry
 Lietsche, Hans-Joachim
 Lillge-Korgard, Jan
 Marinou-Strohm, Andromachi
 Matthies, Manfred
 Mehlstäubl, Andreas
 Melchiorson, Agnethe
 Naue, Michael
 Neubert, Ehrhard
 Priebe, Philipp
 Rau, Andrea

Raufeisen, Thomas
 von Ribbeck, Nikolaus
 Richter, Bärbel
 Richter, Hartmut
 Richter, Karl-Heinz
 Röllig, Mario
 Rüddenklau, Wolfgang
 Rüegg, Peter
 Rupnow, Torsten
 Santos, Harry
 Sbutewitsch, Olexander
 Scheidler, Hans-Jochen
 Schlutter, Volkmar
 Schmidt-Graute, Gundula
 Schneider, Monika
 Schöneberger, Jean-Baptiste
 Schönherz, Edda
 Schößler, Hansjürg
 Schulz, Lothar
 Schulze, Hans
 Stolle, Hardburg
 van der Ploeg, Marijke
 van Hamersveld, Marcel
 Vodakova, Alena
 Voigtländer, Henrik
 von Wichmann, Dieter
 Wickert, Tilmann
 Wiethoff, Carolin
 Zimmermann, Gerd
 Zorn, Maximilian

Besucherstimmen

Prominente Gäste

„Wie beeindruckend, durch die Gänge und Räume dieses Pseudo-Rechtssystems zu gehen, und wie gut, dabei so viele Jugendliche zu sehen, die diese Stätte besuchen und die heute so selbstverständlich für Werte der Demokratie sensibilisiert werden: Recht, Rechtsstaat und Gerechtigkeit!“
Dr. Thomas Zwiefelhofer, stv. Regierungschef und Justizminister des Fürstentums Liechtenstein
Gästabuchbeitrag vom 8. März 2017

„Ein zutiefst beeindruckender und verstörender Ort. Vielen Dank für all Ihr Engagement und gleichzeitig die Bitte weiterzumachen. Hohenschönhausen muss erhalten bleiben und sollte eine noch viel größere Rolle als Gedenkort in Berlin erhalten!“
Antje Kapek, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus
Gästabuchbeitrag vom 13. Juli 2017

„Es war wieder tief beeindruckend, die Gedenkstätte Hohenschönhausen zu besuchen. Die Erinnerung an das Unrecht in der DDR muss wach gehalten werden, um die Freiheit von heute zu verteidigen. Herzlichen Dank an alle ehemaligen Gefangenen für ihren Einsatz bei den Führungen und herzlichen Dank Hubertus Knabe und seinen Mitarbeitern und viel Kraft für die weitere Arbeit.“
Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Gästabuchbeitrag vom 11. August 2017

„Vielen Dank für eine sehr beeindruckende Führung durch einen sehr bedrückenden Ort. Dieser gibt uns den Auftrag, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung jederzeit aufzustehen.“
Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus
Gästabuchbeitrag vom 25. Juli 2018

Schülerinnen und Schüler

„Sehr gute Führung! Dass man die Möglichkeit hat, einen Einblick in diese Vergangenheit zu haben, finde ich wichtig und man kann viel davon lernen.“
Claudia, 11. Klasse, Luxemburg
Gästabuchbeitrag vom 3. Juli 2017

„Bin mit großen Erwartungen gekommen (Geschichtslehrer, dt.-dt. Familienbiographie) und schwer beeindruckt (auch unsere Schüler)!! Wir kommen wieder!“
K. T., Weinheim
Gästabuchbeitrag vom 11. Juli 2017

„Man kommt mit einer gewissen Haltung an diesen bedeutsamen Ort. Man möchte respektvoll mit der Geschichte Berlins umgehen und der damaligen Opfer gedenken. Niemand hat es verdient, auf so grausame Art und Weise seiner Freiheit entzogen zu werden und ich bin froh jetzt in Freiheit leben zu dürfen.“
Franz-Marc-Gymnasium, München
Gästabuchbeitrag vom 18. September 2017

„Vielen Dank Mischa Naue für die realitätsnahe Führung durch die Gedenkstätte & deine Erlebnisse. Mit ihrer Arbeit öffnen Sie die Augen vieler Menschen.“
Sabina und Aylin
Gästabuchbeitrag vom 12. Mai 2018

„Danke für eine sehr interessante Führung, die uns sehr nahe ging und uns Einblicke in das Schicksal der Häftlinge erlaubte!“
Abschlussklasse 10c, Grailsheim
Gästabuchbeitrag vom 11. Juni 2018

„Keine Sekunde langweilig. Eine höchst interessante, einfühlsame und engagierte Führung. Wir bedanken uns recht herzlich bei Herrn Nikolaus von Ribbeck.“
Klasse 10f der Friedrich-Adler-Realschule Laupheim
Gästabuchbeitrag vom 4. Juni 2018

Erwachsene

„Absolut berührendes Erlebnis. Ich war bereits zum zweiten Mal hier und habe wieder ein anderes persönliches Schicksal vor Augen geführt bekommen. Neben dem Hype um die Ostalgie zeigt sich hier das wahre Gesicht der damaligen DDR! Erschreckend!“

Sebastian B.

Facebook-Bewertung vom 31. März 2017

„Ein Muss für jeden geschichtsinteressierten Menschen. Bei der Führung durch einen ehemaligen Gefangenen habe ich erst die Methodik der Stasi und warum es so viele IM gab wirklich verstehen können.“

Detlef E.

Facebook-Bewertung vom 1. Mai 2017

„Immer wieder bedrückend und mahnend, für Humanität und Freiheit und Demokratie zu kämpfen. Danke für die beeindruckende und sehr informative Führung von Frau Richter.“

Gästepucheintrag vom 22. Juni 2017

„Auch nach mehrmaligen Besuchen der Gedenkstätte ist es immer noch interessant und eindrucksvoll. Die neue Ausstellung ist sehr gut gemacht. Grüße aus Thüringen.“

A. & A.

Gästepucheintrag vom 27. Juni 2017

„Die Ausstellung verdeutlicht einem gerade in den momentanen politischen Zeiten, wie wichtig es ist, unsere Demokratie zu schützen, zu verbessern und auszubauen. Sie ist nicht selbstverständlich. Sie währt nicht ewig, wenn wir sie nicht pflegen.“

M.F. und Monika F.

Gästepucheintrag vom 1. Juli 2017

„Das schöne Erlebnis bei so einer Führung ist, einen Menschen zu erleben, der ein durch und durch gemeines System überlebt hat, nicht zufällig, sondern ‚zielgerichtet‘ überlebt, Mensch geblieben ist, vom Leben erzählt.“

Isa H.

Gästepucheintrag vom 31. Juli 2017

„Ein Museum und eine Führung, die man nie vergisst. Auch unsere Kinder, die anfangs schockiert von einer 2-stündigen Führung waren, sind jetzt beeindruckt.“

Familie aus Hürth

Gästepucheintrag vom 16. September 2017

„Ich finde es bemerkenswert, wie sie sich jeden Tag für die Erinnerung einsetzen. Ich arbeite als Geschichtslehrerin und weiß darum, wie wichtig es ist, Vergangenes gegenwärtig zu halten, um aus Fehlern zu lernen!“

Katharina H.

Gästepucheintrag vom 2. Januar 2018

„Eine sehenswerte und vor allem erlebenswerte Gedenkstätte - wenn auch sehr traurig stimmend. Vor allem beeindruckend durch die Führung und Erklärungen eines Zeitzeugen.“

Heide E.

Facebook-Bewertung vom 5. April 2018

„Auch bei unserem dritten Besuch in diesem historischen Ort haben wir wieder mal fassungslos den Erlebnissen zugehört, in der Hoffnung, dass zukünftig alle Menschen in Frieden zusammen leben können.“

Birgit und Ralf J.

Gästepucheintrag vom 20. April 2018

„Ein eindrucksvoller Ort der schrecklichen Rechtslosigkeit. Großartig aufgearbeitete Geschichte.“

S. P. B.

Gästepucheintrag vom 20. Mai 2018

„Vielen Dank an Herrn Neubert für die packende und aufklärende Führung in diesem beklemmenden Gefängnis!“

Chorfreunde Willsbach

Gästepucheintrag vom 2. Juni 2018

Zeitzeugen und Angehörige

„Es war sehr beeindruckend und hat mich zu tiefst ergriffen, was für eine menschenverachtende Maschinerie in der DDR herrschte! Mein Mann hatte zu DDR Zeiten auch mit Stasi Repressalien zu kämpfen.“

Sabrina B.

Facebook-Bewertung vom 12. März 2017

„Von hier aus wurde ich unter strengen, schwer bewaffneten MfS Personal an die Staatsgrenze zu West-Berlin über die Friedrichstraße gebracht. Das alles passierte am 06.10.1986.“

J. G.

Gästepucheintrag vom 9. Juli 2017

„Meine Mutter hat hier 1961 eingesessen und wurde durch den Arbeitgeber meines jetzigen Vaters und der BRD nach Monaten freigekauft. [...] Meine Mutter durfte nie darüber sprechen und hat nie eine Psychotherapie gemacht. Nun ist es mit 77 Jahren zu spät, es kommt wieder hoch in den Erinnerungen und sie spricht nie darüber...“

B. M.

Gästepucheintrag vom 1. November 2017

„Ich war 1990 hier und habe mit Bestürzung das Gefängnis besichtigt – wie gut, dass es nun 27 Jahre später zu einer respektvollen Gedenkstätte wurde.“

G.

Gästepucheintrag vom 12. Februar 2018

Ausländische Besucher

„J'espère qu'une chose pareille ne se reproduira plus jamais. On vaut mieux que ça.“

Gästepucheintrag vom 20. Juni 2017

„Kudos to guides that were ex-convicts in this prison and today are brave enough to show their stories.“

J., Singapur

Gästepucheintrag vom 28. Juni 2017

„Ihr alle, die Ihr wieder nach einer ‚starken Hand‘ ruft – kommt hierher und seht, was eine starke Hand anrichten kann!“

Dieter, Wien / Österreich

Gästepucheintrag vom 1. Juli 2017

„A well preserved and presented piece of German history that is not to be forgotten. Fantastic tour guides and wonderfully horrific stories. This tour was recommended to me and I will recommend it to others.“

Anne R., Australien

Gästepucheintrag vom 2. August 2017

„Bravo pour cette illustration de cette partie d'histoire particulièrement claire tout au long de la visite.“

Philippe M., Frankreich

Gästepucheintrag vom 27. August 2017

„Un système oppressant est un système de la mort! Un système du néant!“

Christine L.

Gästepucheintrag vom 11. September 2017

„People must not forget the past times and how others resisted for freedom.“

Eugenio P., Spanien

Gästepucheintrag vom 1. Mai 2018

„Thank you for preserving this as a means of educating the world. Let us never forget what we are capable of doing to each other, and to learn from our mistakes.“

Ted M, USA

Gästepucheintrag vom 4. Mai 2018

„Considérons la chance que l'on a de quitter cette prison en être humain libre.“

Magaly und Annie, Montréal / Kanada

Gästepucheintrag vom 10. Mai 2018

„Una experiencia muy emotiva. Gracias por la valentia de contar la historia a las nuevas generaciones. Nunca más la libertad debe ser coartado.“

Gästepucheintrag vom 2. Juni 2018

Mit freundlicher Unterstützung der



Senatsverwaltung
für Kultur und Europa



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Bildnachweise

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern (S. 30); pixelio/S. Hofschläger (S. 77)

Impressum

Herausgeber

Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Genslerstraße 66, 13055 Berlin
Telefon: +49 (0)30 - 98 60 82 30
Telefax: +49 (0)30 - 98 60 82 464
info@stiftung-hsh.de
www.stiftung-hsh.de

Redaktion

André Kockisch

Bildbearbeitung

Pralle Sonne

Druck

Speedruck Berlin GmbH

© Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen